Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

3842 W 3

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag* plus Montag

BILDERDIENST

Wir vom Bilderdienst sind aus dem Sommerschlaf zurückgekehrt an unseren Schreibtisch, hinter die Kamera und in die Dunkelkammer.

1) Die Klüngelkerls aus Dortmund haben ein Poster fabriziert, das bestellt werden kann bei:
Bücherstube GmbH
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1
Es kostet einzeln 1,- DM und ab 1o Stück 0,5o DM



Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 195 17. SEPTEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

HAUSMITTEILUNG

Das schwerbewaffnete Aufgebot, das letzte Woche samt Beschlagnahmebeschluß den ID heimsuchte und 11 Exemplare des ID 173 einsteckte, um anschließend ohne Durchsuchungsbefehl den Druckladen stundenlang ohne das wohl erhoffte Ergebnis auf den Kopf zu stellen (darüber stand alles im letzten ID), kam nicht aus dem blauen Himmel angereist. Diese Inszenierung war zumindest publizistisch vorbereitet. Wenn schon nichts Strafbares vorliegt, so heizt doch der Staatsschutz mit fragwürdigen ‚Erkenntnissen', die er ins Ohr der ihm stets zuneigenden Presse träufelt, die öffentliche Meinung an, um sich im nachhinein auf „Stimmen der Öffentlichkeit" berufen zu können.

Für's Klima sorgte zum Beispiel der ‚Spiegel', der im Juli einen Bericht über die „heimlichen Nachrichtenwege zwischen Anarchisten in Haft und im Untergrund" veröffentlichte. Der Bericht stützt sich auf „Erkenntnisse" des Bundeskriminalamtes (BKA). Diese „Erkenntnisse" haben gezielte Unwahrheiten über den ID zum Inhalt. Als Publizist ist unschwer der BKA-Vizepräsident Rupprecht auszumachen. Schon aus seinem Leserbrief an die ‚Süddeutsc he Zeitung', in dem er seine persönliche, seine ganz und gar „persönliche" Meinung über den ID ausbreitet (siehe ID 187), geht hervor, wo die Bundeskriminalisten den ID publizistisch anzusiedeln sich vorgenommen haben: „Nahezu ausschließlich Stimmen aus dem linksextremistischen und aus dem terroristischen Lager oder dem sympathisierenden Umfeld kommen zu Wort... fast ausschließlich Äußerungen zu linksextremistischen Themen... (der ID dient) Linksextremisten wie Terroristen als korrekturfreies Sprachrohr... versteckte Gewaltbefürwortung undsoweiter.

Zu belegen hat er das nicht, solange die Presse das frißt. Er kann sich außerdem auf die Kollegen vom Verfassungsschutz berufen, die ähnliches seit Jahren verbreiten. Wen wundert es, wenn die FAZ, gestützt auf diese Quellen, verbreitet, der ID sei „inzwischen fast gänzlich ins terroristische Lager ab gedriftet".
Nachrichten von der Basis? Selbstdarstellung der Betroffenen? Widerstand gegen Repression, gegen menschenfeindliche Technologien, gegen Zerstörung von Ansätzen alternativen Lebens, gegen Unterdrückung der Phantasie, gegen Disziplinierung, gegen Berufsverbot und gegen aufgeblasene Autorität? Fehlanzeige bei unseren Publizisten, das zu sehen ist nicht ihr Interesse; auch nicht, den ID zu lesen, bevor sie darüber schreiben. – Ein Herr Mayer, der solches für die FAZ schrieb, gab an, nie einen ID in der Hand gebhabt zu haben.

Staatsschutz und Polizei diktieren, was die Öffentlichkeit „lernen" soll. Im ‚Spiegel' liest sich das so: „Während der ‚Zorn vor allem die Aktivisten der Szene zu motivieren sucht, wenden sich andere Anarcho-Blätter, von den Sicherheitsbehörden bislang geduldet, an die Tausende von Sympathisanten. Beispiel: Der Frankfurter „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebender Nachrichten" (‚ID') , der sogar im Postvertrieb zu abonnieren ist." Sogar im Postvertrieb! Nicht nur in Buchhandlungen! Ja darf das denn sein, wo doch auch der ‚Spiegel' im Postvertrieb zu beziehen ist? Nebenbei: das Erstaunen des ‚Spiegel' ist völlig unangebracht: bezieht er doch den ID seit langem im Postvertrieb und liegt im Übrigen mit der pünktlichen Bezahlung seines Abonnements im Rückstand.

Doch das ist kleine ‚Spiegel'-Masche. Dicker kommts mit dem „Zorn", wie der ‚Spiegel' den Titel eines Blattes ‚Revolutionärer Zorn' kürzelt, dessen anonyme Herausgeber, die „Revolutionären Zellen", von Fahndern bisher ohne erkennbaren Erfolg gesucht werden; wofür stattdessen nonkonforme Einrichtungen wie der Politische Buchladen Bochum und der Giessener Prolit-Vertrieb in die Mangel des BKA genommen wurden. Für den ‚Spiegel' ist alles eins und einfach: Was der „Zorn" für die ‚Aktivisten' ist der ‚ID' für die ‚Sympathisanten', reimen des Publizisten Rupprecht Lehrjungen in der Redaktion des „deutschen Magazins". Den Beleg für ihre wundersame Gleichung liefert wiederum die Stimme ihres Herrn: „BKA-Vize Reinhard Rupprecht sieht in dem Info-Dienst (Auflage: 3 500) ein ‚Sprachrohr einzelner Stadtguerilla-Gruppen'. In insgesamt 44 Artikeln des ‚ID' (Spezialität: Kassiber, Kommando-Erklärungen, Hungerstreik-Aufrufe im Originaltext) entdeckte die Polizei „Passagen von strafbarem Inhalt". Seit Monaten laufen Ermittlungsverfahren in Frankfurt."

Wer es nicht weiß: Der ID erscheint inzwischen im fünften Jahr, wöchentlich. Wenn Rupprecht und seine Beamten tatsächlich Artikel gezählt haben sollten, dürften sie schätzungsweise bei 7000 oder 8000 angelangt sein. Falsch ist schon Rupprechts (oder des ‚Spiegel'? schwer auseinanderzuhalten!) obige Bemerkung, der ID würde von den Sicherheitsbehörden „geduldet". Rupprecht müßte es eigentlich besser wissen: Sein Chef, BKA-Präsident Herold, stellte bereits letztes Jahr Strafantrag gegen den ID und mußte sich inzwischen im juristischen Vorfeld belehren lassen, er hä[illegible] dies „nicht ordnungsgemäß" getan.

Dafür nennt der ‚Spiegel', nachdem er seitenlang über „konspirative Kommunikation", „geheimdienstähnliches Informationssystem", „Info 2" und „Info"-Hersteller der Stadtguerilla zu berichten weiß, den ID einfach Info-Dienst, was wohl Untergrund und Konspiration suggerieren soll („sogar im Postvertrieb"!)

Trotz Herolds „nicht ordnungsgemäßes" Antrag zur Verfolung des ID laufen tatsächlich Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure, und zwar nicht erst seit Monaten. Im letzten Jahr wurde ein Verfahren eingestellt, ein weiteres endete mit Freispruch, der Staatsanwalt ging in Revision. Man will die presserechtlich Verantwortlichen für Billigung von Handlungen haftbar machen, die lediglich Bestandteil einer Nachricht oder Erklärung gewesen ist. Spätestens seit dem Attentat auf Buback wird nach schärfstem Vorgehen des Staates gegen Kritiker, Nonkonformisten und Initiativen von unten, die sich z. B. für Rechte der Gefangenen einsetzen, geschrien. In diesem politischen Klima ka[illegible] einen nicht mal sonderlich zuversichtlich stimmen, was e[illegible] bundesrepublikanisches Amtsgericht in einen Eröffenungsbeschluß zu einem Verfahren gegen den ID u.a. schrieb. (Dem Angeklagten wird vorgeworfen, Sprengstoffexplosionen gebilligt zu haben, weil diese Gegenstand einer Erklärung sind, die in einer ID-Nummer erschien, für die er presserechtlich verantwortlich ist.)

Der Amtsrichter sieht die Sache so:
„... die abgedruckte Erklärung ist nicht als eigene Billigung des Angeschuldigten zu werten. Nur derjenige billigt, der seine Zustimmung dazu kundgibt,daß die konkrete Tat begangen worden ist und sich damit hinter den Täter stellt. Dazu ist erforderlich, daß die zustimmende Kundgebung aus sich heraus verständlich ist, unabhängig von anderen Umständen. Danach erscheinen die beiden abgedruckten Erklärungen nicht als billigende Kundgebungen des Angeschuldigten. Sie sind zunächst als Erklärung einer „Revolutionären Zelle – Brigade Ulrike Meinhof" bzw. eines „Kommandos Heinz Neumann" wiedergegeben. Dies wird auch durch den Abdruck der beiden Artikel in Anführungszeichen und die besonders abgesetzten Angaben über die Verfasser deutlich gemacht. Aus dem gesamten Aufbau der Zeitschrift ergibt sich, daß es sich bei den einzelnen Beiträgen in erster Linie um eine Sammlung von Nachrichten und Erklärungen handelt, die der Redaktion des ‚ID' von Drit-

ten zukommen und auch in dieser Weise veröffentlich werden. Soweit die Redaktion einen eigenen Beitrag leistet, ist dieser erkennbar von den in Anführungszeichen gesetzten fremden Erklärung abgesetzt..."
Immerhin: Solches vermag Teile unseres Selbstverständnisses widerspiegeln.

Zurück zum ‚Spiegel'. Der wird offensichtlich auch in Leizpzig/DDR gelesen, womit BKA-Rupprecht wohl wider Erwarten Punkte für Stimmungsmache verbuchen kann. Denn die ‚Leipziger Volkszeitung' schreibt in einem längeren Artikel über die BRD, Terror und Regie von Rechts, die den Terror geschickt nützt, unter anderem: „Da kann man zum Beispiel in der BRD eine Zeitschrift abonnieren, die unter dem wenig einprägsamen Titel „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachribhrichten" erschein. Das in Frankfurt/Main herausgegebene Blättchen, Auflage 3500 Exemplare, druckt von der Baader-Meinhof-Gruppe aus dem Zuchthaus Stammberg (!) geschmuggelte Anweisungen für den Aufbau von Terrorgruppen ab, veröffentlicht Aufrufe dieser Gruppe und anderes mehr. Die staatseigene Post liefert das ins Haus. Es verstärkt sich der Eindruck, daß im Hintergrund jemand geschickt Regie führt, daß man morden läßt, um desto leichter die eigenen Ziele durchsetzen zu können." — Ei verbibscht! —
Der Artikel endet hier nicht, es folgen Ausführungen über [illegible]ntermann Franz Josef Strauß.
Schließlich: der ID hat eine Auflage von 55 500 Exemplaren pro Woche, die Zahl 3500, die von BKA-Rupprec ht zitiert und von Spiegel und Leipziger Volkszeitung übernommen wird, stammt aus dem Bericht des Verfassungschutzes 1975!

ASTA AMTSENTHOBEN !!

Göttingen
15. September

Am Donnerstag, den 16.9. wurde durch den niedersächsischen Wissenschaftsminister der Göttinger ASTA per Verfügung amtsenthoben und ein Staatskommissar eingesetzt. Als Begründung wird angegeben, der ASTA habe sich an der Herstellung und Verbreitung eines Flugblattes der Gruppe BUF (Bewegung undogmatischer Frühling) beteiligt, das sich mit der Entführung Schleyers befaßt. Damit habe der ASTA widerrechtlich das politische Mandat wahrgenommen, was im öffentlichen Interesse die Amtsenthebung verlange. Diese völlig unhaltbare Begründung wurde abgegeben, obwohl der ASTA in einer Presseerklärung vom Vortag klargestellt hat, daß das Flug[illegible]tt mit dem ASTA schlichtweg nichts zu tun hat, es vom ASTA nicht hergestellt worden ist, sondern in alleiniger Verantwortung der BUF steht. Der ASTA sehe auch keine Veranlassung, sich zu so einem brisanten politischen Thema zu äußern. Auf dem Hintergrund dieser ASTA-Erklärung und der ergebnislosen Durchsuchung seiner Räume am 14.9. 77 muß die Amtsenthebung als Willkürmaßnahme gekennzeichnet werden.

SOLIDARITÄT 'MIT DEM GÖTTINGER ASTA !!!

DOKUMENTATION ÜBER EINEN VERHINDERTEN WARNSTREIK

HAMBURG
13. September

Der Hamburger Referendarvorstand hat anläßlich des verhinderten Warnstreiks (wegen Verschlechterung der Hamburger Lehrerbesoldung) eine Dokumentation herausgegeben.
Für 1 DM ist sie zu beziehen über:
Karl-Heinz Kuke
Grindelhof 9
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/4101144

DOKUMENTATION ZUM BOSSLE–STREIK

WÜRZBURG
13. September

Zu der Kampagne gegen die Berufung von Lothar Bossle an die Würzburger Uni (s iehe ID 177, 185, 186) ist eine Dokumentation erstellt worden.
Sie ist für 1,50 DM zu haben bei:
Kai Ehlers
Rutschbahn 35
2000 Hamburg 50

VERFASSUNGSSCHUTZ BEIM SFB

WESTBERLIN
3. September

Wie jetzt bekannt wurde, läßt sich der Verfassungsschutz Tonbänder vom SFB holen, um insbesondere Rundfunksendungen, in denen Zuhörer per Telefon ihre Meinung sagen können, zu untersuchen. In letzter Zeit waren wie auch bei anderen Sendern in diesen Life - Telefonsendungen kritische Anfragen und Stellungnahmen gekommen. Mit einer Stimmanalyse scheint der Verfassungsschutz den Anrufern jetzt auf die Spur kommen zu wollen. Das diese Stimmanalysen sehr zuverlässig sind und auch durch ein Taschentuch über der Sprechmuschel oder Stimmverstellungen nicht zu verzerren sind, heißt es also aufpassen. Der SFB ist da sicher kein Einzelfall.

KEIN 2. TOTER IN MALVILLE

FRANKFURT
14.September

Im Bericht zu den Ereignissen in Malville (Der 31.Juli: Wie im Krieg) im ID 194 sind auf der Seite 22 zwei Fehler, die es zu berbessern gilt. Es heißt da, ein zweiter Demonstrant, dem ein Bein abgerissen wurde sei gestorben. Diese Information ist falsch, der Genosse lebt; und: er ist auch nicht Deutscher wie im Absatz zuvor berichtet, sondern Franzose.

Kurzmeldung zu Kalkar

Zum Redaktionsschluß erreichte uns der Anruf eines Informanten. Inhalt: Die Polizei rüstet auch für Kalkar wieder mächtig auf. Es hat eine einwächige Sonderschulung für die Beamten des mittleren Bereiches gegeben. Den Polizisten wird empfohlen, sich ‚entsprechend' einzukleiden, da die Demonstranten mit ‚Brandflaschen' anrücken würden. Ab dem 20.September ist Urlaubssperre verhängt. Durch die Polizei besetzt wird Kalkar und Umgebung schon ab 22. September - also zwei Tage vor der Demo.

ZEITSCHRIFT "NUESTRA AMERICA" ERSCHIENEN

FREIBURG
30. August

Die zweite Nummer der Zeitschrift "Nuestra America" ist in Freiburg erschienen. Sie bringt u.a. Beiträge über das venezolanische Entwicklungsmodell, über Alejo Cerpentier/den Schriftsteller, und über die Ermordung von Elisabeth Käsemann in Argentinien. In der Verlagsnotiz heißt es:
Diese im Herbst 1976 gegründete Zeitschrift beabsichtigt, eine Auseinandersetzung mit der politischen und kulturellen Realität Lateinamerikas anzuregen. Sie will Analysen und Dokumente veröffentlichen, die als Grundlage für ein fundiertes Verständnis der lateinamerikanischen Verhältnisse dienen könnten.
Das Einzelheft kostet 3,50 DM.

Die Adresse: Nuestra America, Talstr. 44, 7800 Freiburg

FUSSBALLCLUB 'ROTER STERN' WIESBADEN

WIESBADEN
September 77

Einen unabhängigen Fußballverein, der ne linke Zeitung herausgibt, wo gibts denn so was? In Wiesbaden. Seit 8 Jahren spielt der 'Rote Stern Wiesbaden' gegen Mannschaften aus Betrieben, Kneipen, Jugendzentren usw. Und dann gibt der FC Rote Stern auch noch eine „Alternative Fußballzeitung" heraus; die letzte Nummer mit Artikeln zu AKW's, Schülervertretung in Raunheim usw. und natürlich „Spielberichten". Das Selbstverständnis der Zeitung: *„Wir, Günther, Werner und na,ja, Wolfgang; die Dreierbande, verstehen uns hoffentlich noch immer, gell Wolly? !"*

Clubanschrift: FC Roter Stern, c/o Werner Schwarz, Kellerstraße 8-10, 6200 Wiesbaden

FOLKS–SÄNGER–TREFF IM DRUGSTORE

BERLIN
13. September

Am Freitag, den 4. November 1977, ab 20 Uhr (bis Sonntag Abend) soll im Jugendzentrum Drugstore ein Folks - Sänger - Treff stattfinden (Eintritt frei!).
Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Bernd Teichert
Rosenheimerstr. 11
1000 Berlin 30 oder
Tel.: 030/245595 (von 13.30 Uhr bis 17.30 Uhr

DRUGSTORE
Potsdamerstr. 180
1000 Berlin 30

LEHRER MACHT UNTERRICHT ÜBER DEN KNAST !!

Material, Berichte von den Internierten über Knastalltag, Zensur, Isohaft, Zwangsarbeit, medizinische Versorgung, Knastklappsen, Widerstand der Internierten, unzensierte Knastzeitungen etc. etc. gibt es im ID zuviel, als daß ihr es nicht nutzt !!

TVIND-ENERGIEAUSSTELLUNG

Siehe ID 194. Wendet euch an Tiedeke Heilmann, Haus Nr. 25, 3141 Barnstedt

DIE ATOMMÜLLGEISTERSHOW DER GESELLSCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG

BRAUNSCHWEIG
August 1977

Zum Anlaß des inzwischen bei der physikalisch-technischen Bundesanstalt in Braunschweig in Auftrag gegebenen Planfeststellungsverfahren für eine Wiederaufbereitungsanlage und eine Endlagerstätte für Atommüll in Gorleben möchte der Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie erneut darauf hinweisen, daß im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel demnächst 100.000 hochradioaktive Kugelbrennelemente aus dem Forschungsreaktor Jülich nicht rückholbar eingelagert werden sollen. Unsere Protestaktionen zu Ostern und Pfingsten und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit haben uns nicht die gewünschte Mobilisierung der direkt Betroffenen beschert. Seit 1967 sind nun schon mehr als 85.000 Fässer mit schwach- und mittelaktivem Müll in den tiefelgeologischen Untergrund des Assehöhenzuges versenkt worden, doch existiert neben der offiziellen Propaganda nur wenig Bild- und Schriftmaterial über die Zustände unter Tage. Wir veröffentlichen daher den Augenzeugenbericht eines Teilnehmers an einer offiziellen Führung durch die größte Atommülldeponie Westeuropas in der Hoffnung auf Unterstützung gegen die Gigantomanie der bundesdeutschen Atommüllgangster.

ENDLAGER ODER FORSCHUNGSSTÄTTE?

Am Eingang zum Konferenzzimmer, wo wir vom stellvertretenden Leiter der Atommüllkippe empfangen werden sollten, steht eine Heiligenfigur aus schwarzem Edelholz: die heilige Barbara, Schutzpatronin der Bergleute. Rechts daneben, an der Wand, ein Farbbild von mittelaktiven Müllfässern mit dem charakteristischen organgefarbenen Schimmer. Der Offizielle im blitzsauberen weißen Kittel reagiert spürbar gereizt und nervös auf die leiseste Kritik. Er wehrt sich hartnäkkig gegen die „Angriffe gewisser Bürgerinitiativen auf unsere Forschungsstätte, die lediglich in Langzeitversuchen Einlagerungstechniken für radioaktiven Müll entwickelt, also in gewissem Sinne schon ein Endlager ist, aber nicht im Sinne des Atomgesetzes".

Um diesen verbalen salto mortale zu verstehen, muß man wissen, daß im September 1976 das Wort Endlager juristisch festgelegt wurde. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist die physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig. Da damals bei ihr kein Genehmigungsantrag für ein Endlager gestellt wurde, dürfen die Müllmänner jetzt behaupten, Asse II sei kein Endlager, sondern habe lediglich Versuchscharakter. Um Diskussionen hierüber aus dem Wege zu gehen, wird noch darauf verwiesen, daß für Asse II nun mal eine „Sonderregelung" bestehe. Auf die Frage, warum denn die enorme Menge von rund 1.000 Fässern im Monat eingelagert werde, wenn Asse II doch nur eine Versuchsanlage sei, erhalte ich die lapidare Antwort: „Ohne Material keine Versuche".

Die im Umkreis von 4 Kilometern von Asse II entfernten Schachtanlagen Asse I und III sind schon in den Jahren 1906 und 1925 abgesoffen, angeblich durch „bergmännischen Unverstand", wie der Leiter der Führung mehrere Male ausdrücklich betont. Er weist darauf hin, daß die Kumpels aus dem Eisen- und Erzbergbau gekommen seien und mit dem Abbau des Kalisalzes keine Erfahrung gehabt hätten. Dabei scheint er gar nicht das Eigentor zu bemerken, das er mit dieser Aussage geschossen hat, denn es gibt nun mal auch heutzutage keine befriedigenden Erfahrungen mit der Atommüllagerung. Trotz skeptischer, warnender Stimmen amerikanischer Salzbergwerkexperten wird bei uns munter weitergebuddelt, ohne sich um Unfälle und deren katastrophale Auswirkungen zu kümmern. Stattdessen wird die infame Lüge verbreitet: „Beim größten anzunehmenden Unfall, das wäre das Absaufen der Grube, ist völlige Sicherheit gewährleistet. Radioaktivität dringt nicht ins Grundwasser. Es besteht keine Gefährdung für die Umwelt." Dies sind allerdings nichts als fromme Wünsche und der Gipfel bergmännischen Unverstandes.

Hoffen wir nur für uns und die Asse-Kumpels, daß die hölzerne Barbara auch etwas gegen radioaktive Strahlung zu unternehmen weiß. Bekanntlich ist diese Dame ja auch die Schutzheilige der Artillerie; vielleicht könnten die Kollegen von der schießenden Fakultät eingesetzt werden, wenn im Falle des Absaufens der Grube die verseuchte Bevölkerung zu fliehen gedenkt. In dem Film, den wir nun sehen, das gleiche Gequake über 100%ige Sicherheit bei Salzbergwerkslagerung und ein Loblied auf das Radium, das – ach so erfolgreich – in der medizinischen Forschung und bei der Fertigungskontrolle in der Papier- und Tabakindustrie (!) angewendet wird, aber kein Ton über Krypton, Strontium, Jod, Tritium, Plutonium und Genossen Spaltprodukte, über deren Langlebigkeit zu berichten der Anti-AKW-Bewegung vorbehalten bleibt.

DAS MITTELAKTIVE PLUMPSKLO ASSE IV

In den letzten sechs Monaten ist 50 Meter vom Schacht 2 entfernt ein neuer, 1.000 Meter tiefer Schacht gebohrt worden, die sogenannte „kavernenförderanlage Asse IV", ein weiterer Prototyp für die geplante Gorlebener Plutoniumfabrik. In einer Tiefe von 926 Metern werden hier zur Zeit die Funda-

mente einer Entladeanlage für mittelradioaktive Müllbehälter gebaut, um ein neues Spielchen zu testen: die Fässer werden dort ausgeklinkt, plumpsen die letzten 70 Meter in freiem Fall in eine 10.00 m^3 fassende Kaverne von 12 Metern Durchmesser und zerschellen auf dem Boden. Natürlich bildet sich dabei — laut GFS — „ein gewisser Staub", doch das läßt sich wohl nicht vermeiden, schließlich braucht man für das „kommerzielle Endlager" Gorleben handfeste Erfahrungen.



Auf diese Weise, so hofft man, verteilen sich Verpackungsmaterial und Inhalt gleichmäßig in der tropfenförmigen Kammer und wenn das mittelaktive Plumsklo vollgeschissen ist, soll es mit Beton zugegossen werden. Mal sehn, was dann so passiert. Während dieses Versuchs, der in Wahrheit eine Endlagerung ist, wird durch eine Bewetterungsanlage die Verbindung zur Außenwelt hergestellt sein.

Pro Minute werden momentan 5.000 Liter verbrauchte Luft und Frischluft unter Tage umgewälzt. Wieviel Mengen an Radioaktivität dabei freigesetzt werden, erfährt man natürlich nicht, nur den schon fast peinlich wirkenden Spruch vom Filter am Abluftschornstein, durch den natürlich "keine Strahlung an die Umwelt" abgegeben wird. Wer's glaubt, werde selig ...

DAS LEBENDIGE ATOMMÜLLMASSENGRAB

In demselben Förderkorb, mit dem die Müllfässer nach unten transportiert werden, fahren wir hinunter auf die 450 Meter Sohle, wo wir dann umsteigen auf eine Art Jeep, der vor einem in das Salzgebirge geschlagenen Hohlraum hält. Er hat ein Fassungsvermögen von 36.000 m^3, ist 60 Meter lang, 40 Meter breit und 15 Meter hoch, Platz genug für eine mittlere Dorfkirche. Etwa 120 Kammern dieser Kapazität stehen als Lagerstätten für schwachaktiven Abfall zur Verfügung. Sie sind untereinander durch ein ausgebautes Straßennetz von 56 Kilometer Länge verbunden.

Da Salz plastisch ist und das Bestreben hat, jeden Hohlraum auszufüllen, werden Konvergenzmessungen durchgeführt, die ergeben haben, daß jährlich eine unterirdische Gebirgsbewegung von 1 bis 5 Millimetern stattfindet, was bedeutet, daß in diesem gigantischen Massengrab keine Totenstille herrscht, sondern sowohl das beigesetzte Material als auch die Atomgruft selbst reichlich lebendig und aktiv sind.

SESAM, ÖFFNE DICH!

In rasanter Fahrt geht es tief hinein in das Erdinnere durch die schmalen, dunklen Salztunnel. Man hat das Gefühl, den Schutzhelm festhalten zu müssen. Für einige Minuten sind die Fahrzeugscheinwerfer die einzige Lichtquelle, bis eine starke Lampe ein etwa drei Meter hohes schwarzes Eisentor mit gelben Querstreifen erleuchtet. Der Fahrer fährt langsam an den linken Straßenrand heran, wo von der Decke aus eine Strippe herunterhängt, wie man sie von Wasserklos her kennt. Er zieht an der Strippe und der eiserne Vorhang zum zweiten Akt der Atommüllgeisterbahnshow öffnet sich lautlos. Mit einem stolzen Lächeln antwortet der Reiseleiter auf unsere erstaunten Gesichter.

Wir befinden uns auf der 480 Meter Sohle, wo die Einrichtungen für die Lagerung mittelaktiver Abfälle stehen. Mit einem Tansportfahrzeug werden die Abschirmbehälter hierher transportiert, von einer Krananlage übernommen und auf eine runde Öffnung gesetzt. Ein Stahlseil mit Magnetglocke wird um den Abschirmbehälter gesenkt und befördert das eigentliche Müllfaß durch eine 6 Meter starke Salzschicht in eine Lagerkammer, wo es sanft auf den Boden aufgesetzt wird. Anschließend wird das Stahlseil wieder hochgezogen.

Ein Besucher stellt die Frage (Tonbandprotokoll): "Es ist doch so, daß das Seil in den radioaktiven Raum reingeht und wieder rauskommt ...? "

"Jawoll, jawoll, jawoll ... und? ...was besagt das? ... daß das Seil auch radioaktiv wird? ... ääh ... was bewirkt die radioaktive Strahlung? Wenn ich mich einer radioaktiven Strahlung aussetzte, werde ich nicht radioaktiv, sondern die Strahlung kann irgendwie eine Veränderung — krankhaft, oder eventuell zu Heilungszwecken im Körper hervorrufen. Die Strahlung kann Körperzellen beschädigen, aber in dem Moment, wo ich die Strahlenquelle wegnehme, bin ich nicht weiterhin radioaktiv. Das ist sehr oft der Trugschluß. Dem Seil passiert gar nichts, auch wenn das 1.000 mal da reingeht und kommt wieder raus. Nur — ihre Überlegung hat eine gewisse Berechtigung. Was kann passieren? Es können trotzdem irgendwelche Fässer zerstört werden. Feinster Staub kann in der Luft schweben und der kann hier andas Seil anhaften und dann ist das Seil für uns kontaminiert. Es ist radioaktiv verseucht. Das Seil selbst tritt nicht als Strahlenquelle auf, sondern nur das Material, was als Strahlenmaterial an dem Seil anhaftet und das müssen wir kontrollieren", erklärt unser Geisterbahnfahrer wie auswendig gelernt.

Und wie sieht die Kontrolle aus? Ein Klebestreifen mit dem Radioaktivitätszeichen und der Aufschrift "Vorsicht! Kontaminiert!" ist um die Befüllöffnung herum angebracht.

Es ist doch reichlich zynisch, festzustellen, daß dem Stahlseil nichts passiert, wenn es in den radioaktiven Raum hineingeht. Doch wie sieht die Lunge des Transportfahrers aus und das Zellgewebe der anderen Arbeiter, die täglich der Strahlenbelastung ausgesetzt sind? In diesem Zusammenhang dann auch noch von der Sicherheit von Arbeitsplätzen zu sprechen, grenzt schon an makabren Galgenhumor. Die einzige Sicherheit, die die Asse-Kumpels haben können, ist der langsame Strahlentod.

BESUCH IM SCHWACHAKTIVEN SCHLAFZIMMER

Unser Geisterbahnwagen rast direkt auf einen Abgrund zu und kommt erst wenige Zentimeter vor dem Rand zum Stillstand. Eine Flutlichtanlage gibt den Blick frei auf

eine fast gefüllte Kammer, die noch etwa 10 Meter Länge, 5 Meter Höhe und ein etwa 20%iges Gefälle von 10 Metern Tiefe hat. Früher wurden die Fässer fein säuberlich gestapelt, heute werden sie einfach von oben her in die Kammern hineingekippt.

"Meine Damen und Herren! Sie stehen jetzt auf radioaktivem Müll!" Halb ernst gemeinte Entsetzensschreie (hachgottachgott), die jedoch aufgefangen werden von der besänftigenden Stimme des Showmasters: "Wenn wir hier stehen, haben wir praktisch fast überhaupt keine Strahlenbelastung, die zusätzlich zur natürlichen Strahlenbelastung auftritt." Wie beruhigend! Hier und da schaut unter deinen Füßen ein gelbes Atommüllfaßende aus den silberweiß glitzernden Salzkristallen heraus. Hier wird der radioaktive Abfall angeblich zur letzten Ruhe gebettet. Eine Salzbettdecke soll dafür sorgen, daß die vor sich hindösenden Fässer niemals wieder aufwachen, um aktiv zu werden. Oben, in der Schlafzimmerdecke sind schwarze Rillen zu sehen: die Spuren der Sprengmaschine, die das Salz für die Bettdecke ablösen.

Die Vollgastour durch das Salzberglabyrinth, die unbekümmerte Selbstverständlichkeit, mit der die Lagerkammern betreten werden und die direkte Konfrontation mit strahlender Materie ... dies alles sohl wohl auch den kritischen Besucher beeindrucken und ihm weismachen, daß Radioaktivität eigentlich ganz harmlos ist.

SANDSÄCKE GEGEN BÜRGERINITIATIVEN?

Auf der Fahrt zur Kammer, in der die Fässer mit dem sogenannten "verlorenen Betonabschirmer" gestapelt werden, kommen wir durch einen Lagerraum, in dem zwischen Bohrmaschinen und Gabelstaplern auch einige Paletten mit Sandsäcken liegen. Auf die Frage nach dem Verwendungszweck erhalten wir nur ein verlegenes Schmunzeln und erst auf die provokative Frage, ob sie bei Wassereinbruch zum Schutz der Grube benötigt werden, kommt die zögernde Antwort, daß die Sandsäcke "beim Aufruhr gewisser Bürgerinitiativen" eingesetzt werden sollen. Mehr könne er uns beim besten Willen nicht verraten. Der tatsächliche Zweck bleibt also der geneigten Fantasie der staunenden Zuhörer überlassen.

Die von einem Betonmantel umhüllten Fässer, die offiziell als schwachaktiv eingestuft werden, sind bis zu 4 Lagen übereinandergestapelt, dann mit Salz bedeckt, um wieder eine Laderampe für die "Manipulationsfahrzeuge" (Gabelstapler) zu haben. Darauf wird die nächste Viererschicht gestapelt und so weiter, bis die Kammer gefüllt ist. Sie wird dann mit einem Salzbetonstopfen verschlossen und sich selbst überlassen nach dem bekannten Motto: Mal sehn, was so passiert.

Eine Manipulation stellt auch die Einstufung schwachaktiv dar. In Wirklichkeit sind die Fässer nach Rem- und Curie-Zahl in der mittelaktiven Kategorie wiederzufinden und nur durch die Betonabschirmung werden die Werte angeblich so niedrig gehalten, daß man sie offiziell als schwachaktiv bezeichnen darf.

Als wir wieder im Auto sitzen, springt unser Reiseleiter noch mal vom Sitz und schaltet die Lampe aus, die die Kammer erhellt hat. Sein grinsender Kommentar: "Wir wollen doch Energie sparen, nicht wahr? "

"SONDERAKTION" EDELSTAHL STATT BLECHTROMMEL

Noch einmal öffnet sich nach Betätigung der WC-Strippe ein schwarzes Geisterbahntor und zehn Besucher in weißen Kitteln und gelben Schutzhelmen blinzeln in bleiches Neonlicht. Stickige Luft, blasse Wände, Schweißtropfen auf der Stirn; es ist spürbar heiß hier unten auf der 750 Meter Sohle: 42 Grad Celsius, Fiebertodtemperatur ...

Wir stehen vor den vier Bohrlöchern, in denen "in einer einmaligen Sonderaktion" die 100.000 hochaktiven Kugelbrennelemente aus dem allgemeinen Forschungsreaktor Jülich eingebettet werden sollen. In der den Bohrlöchern gegenüberliegenden Wand liegen hinter einer Plexiglasscheibe 6 Attrappen der graphitbeschichteten Kugeln. Jedes Bohrloch ist 35 Meter tief und hat einen Durchmesser von 70 Zentimetern. Je 1.000 Kugeln von Tennisballformat passen in die einen Meter hohen Kannen aus Edelstahl und pro Bohrloch sollen 25 Kannen dicht übereinander versenkt werden und der entstehende Hohlraum mit Salz, Beton und Silicagel verschlossen werden.

Der Deckel eines Bohrlochs wird beiseite geschoben, "damit sie sich überzeugen können, daß noch nichts eingelagert worden ist" . Es riecht muffig aus der Tiefe herauf. Darunter ist dann nur noch massives Gebirge.
Natürlich gilt auch hier, wie bei jeder anderen beschriebenen Einlagerungsform der Grundsatz: Mal sehn, was so passiert.

Keiner weiß, welche Eigenwärme die hochradioaktiven Elemente – einmal eingeschlossen – entwickeln werden und welche Auswirkungen dies auf den gesamten Salzstock hat und wie stark die leicht diffundierenden radioaktiven Edelgase Krypton und Tritium und Jod die Umwelt belasten werden. Was man weiß, ist, daß sie stark krebserregend sind.

Als wir zum letzten Mal unser Auto besteigen, wirft einer der Besucher seine Zigarettenkippe auf die Fahrbahn. Er wird vom Fahrer aufgefordert, die Kippe doch wenigstens an den Straßenrand zu werfen, denn "bei mir zuhause drück ich die Zigaretten auch nicht auf dem Teppich aus." Die Zufahrt zu den stark strahlenden Gräbern soll also sauber bleiben, so sauber wie die weißen Kittel dieser größenwahnsinnigen Atommüll-"Experten".

SACKGASSE ASSE

Da die Asse das größte staatlich geförderte ENDLAGER für radioaktiven Müll in Westeuropa und das größte in der BRD ist und bis zur Fertigstellung des kommerziellen Wiederaufbereitungsbetriebs in Gorleben bleiben wird und sogar über diese Zeit hinaus ihren sogenannten Forschungscharakter behalten wird, enden die Atommülltransporte aus dem ganzen Lande in der Sackgasse Asse. Die Schachtanlage Asse 2 und in Zukunft auch Asse 4 sind somit ein überregionales Problem, mit dem sich jede Anti-AKW-Gruppe in der BRD auseinandersetzen sollte.

Das Schwierige bei diesen von der GSF organisierten Geisterbahnfahrten in den offiziellen Untergrund der bundesdeutschen Atommüllgangster ist die Unüberschaubarkeit ihrer physikalisch-technischen Gigantomanie. Man sieht nur einen Bruchteil dieses 56 Kilometer langen Labyrinths und kann daher auch nicht feststellen, wo die von der GSF zugegebenen "gewissen Schwächepunkte" sich befinden. Dafür darf sich der Andenkenfetischist einen Salzbrocken mit nach Hause nehmen, ein kleines Werbegeschenk der Strahlenforscher. Für die gute Stube.

FERNSEHAKTIVITÄT STATT RADIOAKTIVITÄT

Wir haben der GSF schon des öfteren gesagt und gezeigt, daß wir ein vitales Interesse an der Beerdigungszeremonie für die Jülichkugeln in 750 Meter Tiefe haben und allzu gerne das genaue Datum der Beisetzung erfahren würden, um auf unsere Weise an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen zu können. Erst hieß es Ende April, dann Anfang August/September und neuerdings – ganz pauschal – "bis Ende des Jahres".

Doch wir werden die Öffentlichkeitsarbeit weiterhin verstärken und kontinuierlich neues Material auswerten und veröffentlichen. Die Radioaktivitäten des NDR in Bezug auf die Asse beschränkten sich zu Pfingsten auf einige Sendeminuten, während die elektronische Kamera der Preussen Elektra AG auf dem AKW Bauplatz Grohnde ihre Frensehaktivität seit Wo-

chen permanent gegen die Freunde im Anti-Atomdorf richtet. Wenn wir einmal in die Ferne sehen, bleibt uns nichts weiter übrig, als hochaktiv zu werden. Noch steckt die Geisterbahnshow der GSF in der Kinderschuhphase. Die Wasserklostrippen müssen noch manuell bedient werden. Doch wenn erst einmal die Vollautomatisierung auch hier ihren Einzug gehalten hat, wird es wohl selbst der GSF zu gefährlich sein, ihre Besucher auf die 750 Meter Sohle zu schicken. Dann sitzen gewissenlose Geisteskranke in sauberen Kitteln hinter Schalthebeln und Monitoren und beerdigen die strahlend heiße Scheiße per Fernsteuerung.

Der Name des Dorfes, an dessen Rande die Schachtanlage Asse 2 liegt, heißt R e m - lingen. Die erste Silbe des Dorfnamens scheint mir geradezu Symbolhaftigkeit auszu"strahlen", denn in "Rem" wird ja bekanntlich die Strahlenbelastung radioaktiven Materials angegeben.

Wir rufen alle Anti-AKW-Initiativen in der BRD auf, unseren Kampf gegen Asse 2 und Asse 4 zu unterstützen!

Kontaktadresse:

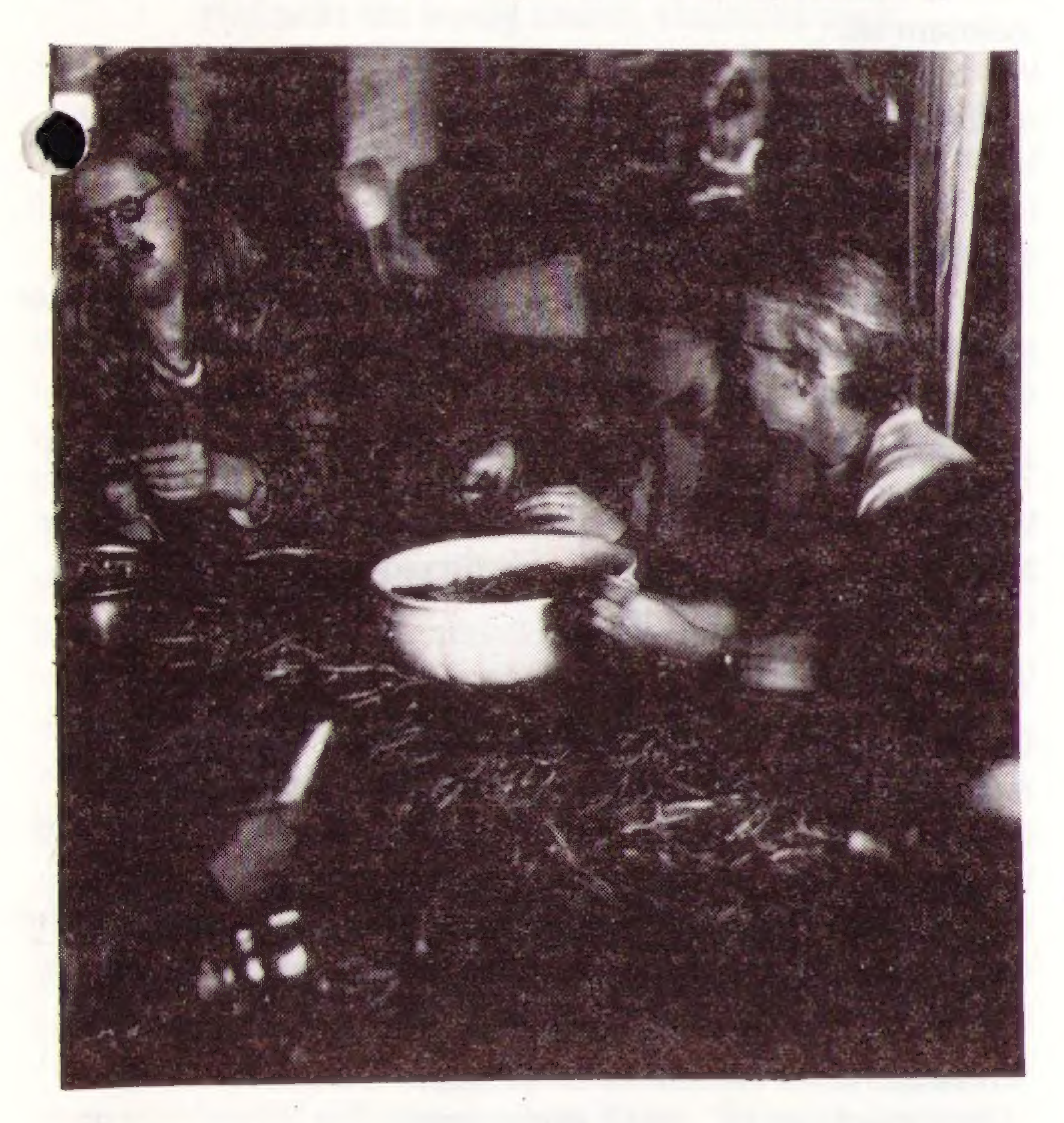
Hubert Mania
Mittelweg 37
[illegible]0 Braunschweig



DAS ROLLENDE ANTI-ATOM-DORF INFORMIERT

GROHNDE
September 1977

"Die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes bei Grohnde/Weserbergland sind am 23.8.77 aus ihrem Dorf auf dem Kühlturmbauplatz von einer Polizeiübermacht mit Schlagstockeinsatz vertrieben worden.
Diese Polizeiübermacht hat den Atomkraftwerksgegnern und Umweltschützern jedoch nicht das Wissen um die Gefährlichkeit der Atomenergieanlagen aus dem Kopf geschlagen. Sie leisten vielmehr weiter Widerstand gegen das Atomenergieprogramm und beharren auf ihrem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. (Grundgesetz Artikel 2, Absatz 2)



Im Gemeinschaftshaus wird das Mittagessen von Einheimischen und „Besuchern" vorbereitet

Der Widerstand im Weserbergland wird von den dort verbliebenen Anti-Atom-Dorfbewohnern und den Personen, die aus der Anti-Akw-Bewegung für den Kreistag kandidieren, weiterhin auf verschiedenste Art und Weise geleistet.

Wir haben Informationsmaterial über Atomenergieanlagen und andere Energieformen zum Verteilen dabei und wollen durch persönliche Gespräche und Veranstaltungen die Bürger über die Gefährlichkeit der Atomenergie informieren. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!!!

Wir fordern:
- Baustop und Stillegung aller Atomenergieanlagen
- Entwicklung neuer umweltfreundlicher Energieformen
- keine Kriminalisierung der Akw-Gegner und anderer Umweltschützer.



Nachmittagstee vor dem Gemeinschaftshaus (war das mal schön).

Nach der Räumung des Anti-Atom-Dorfes und der Vertreibung der Anti-Atom-Dorfbewohner von ihren jeweiligen Standorten haben die Dorfbewohner jetzt beschlossen, ein Anti-Atom-Dorf auf Rädern zu bauen und einen Marsch durch die Bundesrepublik zu machen. Dabei ist das erste Ziel der "Schnelle Brüter" in Kalkar, wo der Zug, bestehend aus Leiterwagen und Fahrrädern und Kraftfahrzeugen, am 24.9.77 zur Großkundgebung in Kalkar eintreffen wird. Dieser Marsch ist die Fortsetzung des Widerstandes gegen Atomenergieanlagen und andere Arten der Umweltverschmutzung. Wir wollen dabei die Öffentlichkeit über die Gefahren von Atomenergieanlagen aufklären, sie über andere Energieformen informieren, sie zu weniger Energieverbrauch anregen und so auch zur Großkundgebung in Kalkar aufrufen.

MARSCHROUTE (Beginn war am 3. September):

Grohnde	Hagen
Hameln	Wuppertal
Bad Pyrmont	Düsseldorf
Bad Meinberg	Krefeld
Paderborn	Aldecke
Erwitt/Lippstadt	Kevelaer
Niederbergheim	Goch
Neheim-Hüsten	Kalkar (24. September)
Iserlohn	

Spendenkonten: Kreissparkasse Hameln/Pyrmont, Ingrid Tondok Konto-Nr.: 105006852, BLZ: 25450110 Postsparbuch Konto-Nr.: 57.658.297

Rufnummer in Hameln für alle Vor- und Nachfragen: 05151/ 12670

Wir brauchen für den langen Marsch: Essen und Trinken, bei Wind und Regen etwas Warmes, Fahrräder, schön wäre ein Pferd, Küchengeräte, Wasserkanister, Stellwände, Schreibmaschine, Abziehgerät und Papier, alles für ein Straßentheater und Musikinstrumente, evtl. Feuerlöscher, Fahrzeuge mit viel Platz, und viele Umweltschützer und Atomenergie-Gegner."

ZU BESTELLEN! AUSSTELLUNG – "UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE"

MÜNCHEN 14. September Stoßseufzer vieler Gruppen:"Wir haben kein Material und können so die Öffentlichkeit nicht ansprechen".

Jetzt gibt es eine große Ausstellung:

STROMRECHNUNGSBOYKOTT

für einen: Sofortigen Baustop von Gösgen und Leibstadt 4–jährigen Baustop aller AKW's

GOESGEN 12.September An der letzten Vollversammlung des SAG wurde beschlossen, im Moment zu keinen weiteren Großaktionen mehr aufzurufen, weil wir nicht in eine militaristische Logik verfallen wollen. Heißt dies, daß das SAG im Tränengasnebel von Gösgen resigniert hat? Keineswegs! Arbeitsgruppen wurden gebildet mit dem Auftrag den Widerstand gegen das AKW Gösgen weiterhin voranzutreiben und eine Informationsstelle einzurichten. Eine Arbeitsgruppe arbeitet daran, 'exemplarische Zufahrtsweg Besetzungen' vorzubereiten. Eine weitere Arbeitsgruppe prüft, wie ein Stromrechnungsboykott die Pläne der Atomindustrie durchkreuzen könnte. Der Kampf gegen das AKW Gösgen geht weiter!

STOERUNG DES ZAHLUNGSVERKEHRS DER STROMRECHNUNGEN ...

Die Idee, die Stromrechnungen zu boykottieren, ist so alt wie die Anti-AKW-Bewegung. Allerdings prüfte bis jetzt noch nie jemand konsequent eine solche Aktion. Denn ein Stromrechnungsboykott ist schwierig. Wir wissen um die Probleme, die sich bei einer solchen Aktion stellen. Deshalb schlagen wir vor, in einem ersten Schritt den Zahlungsverkehr der Stromrechnungen zu stören. (z.B. man benutzt normale, von den AKW-Gegnern gedruckte Einzahlungsscheine anstelle der genormten, oder man stottert den Betrag in kleinen Raten ab, usw.) . Die Gefahr, daß jeder einzelne für sich allein handelt ist schon deshalb groß, weil die Rechnungen individuell gestellt werden, individuell eingetrieben werden. Es ist aber klar, daß ein Stromrechnungsboykott nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er gemeinsam und einheitlich angepackt wird. Wir se-

ZENSUR BEIM HESSISCHEN RUNDFUNK

FRANKFURT 13. August *Brief der Frauen-Mediengruppe Frankfurt an Dr. Gerhartz von der Hauptabteilung Musik beim Hessischen Rundfunk:*

"Sehr geehrter Herr Dr. Gerhartz!

Am 29. Juli 1977 wurde um 22.05 Uhr im 2. Programm des Hess. Rundfunks die Sendung "Das politische Lied in Chile" von Frank Wolff wiederholt. Auffällig wie ungewöhnlich daran war, daß man diese Sendung als unveränderte so nachdrücklich glaubte legitimieren zu müssen. Warum wird ein so notwendiger politischer Beitrag mit soviel Aufwand an Rechtfertigung eingeleitet? fragten wir uns. Wir haben daraufhin die Sendung erneut mitgeschnitten und mit unseren Aufzeichnungen von vor 2 Jahren verglichen. - Wir hörten und staunten! - Denn das wurde den Hörerinnen und Hörern heute, 1977, vorenthalten:

Frank Wolff: "Dies ist eine Sendung über Musik. Dabei bin ich bemüht, Musik nicht nur äußerlich in ihren tatsächlichen historischen Zusammenhang erscheinen zu lassen.
Unter dem Eindruck des eben gehörten Liedes erlaube ich mir deshalb eine moralische Mitverantwortung der bundesdeutschen Politik für die genannten Schicksale aufzuzeigen, denn manche der Chilenen, seien sie 17 oder 49 Jahre alt, könnten gerettet werden, wenn die Bundesregierung und die Länderregierungen ihre Freilassung verlangen und ihnen, falls nötig, eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen würden. Offensichtlich haben entscheidende Politiker die Opfer der deutschen Nazis und die Exilschicksale schon vergessen, und wenigstens erwähnen will ich die Unterstützung der Junta durch deutsche Kredite bzw. Umschuldungsverhandlungen."

Die demokratische Idee der Pressefreiheit ist somit schon längst zu Grabe getragen worden!
Oder sind Sie anderer Meinung?
Wir protestieren schärfstens gegen diese - einmal nachweisbare - Zensierung einer Sendung!"

Kontaktadresse:

Frauen-Mediengruppe-Frankfurt
FRAUENZENTRUM
Eckenheimer-Landstr. 72
Frankfurt
Tel. 59 62 18

" ES DRÄNGT SICH DER VERDACHT AUF" ... DASS DU AUSGESCHLOSSEN WERDEN WIRST

AUGSBURG 30. August Die Verwaltungsstelle Augsburg der IG Metall hat gegen Walter Engl, angestellt bei der Fa. Böhler und Weber KG in Augsburg, ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Die Begründung:

"Lieber Kollege Engl,
der VK-Ausschuß der Fa. Böhler & Weber KG, Augsburg hat bei der Ortsverwaltung beantragt, gegen Dich ein Verfahren nach § 11 unserer Satzung durchzuführen.
In diesem Antrag werden gegen Dich folgende Anschuldigungen erhoben:
1.) Mitte Februar 1977 wurden von Dir unter den Arbeitnehmern der Firma Böhler & Weber KG Unterschriften gegen den Tarifabschluß vom 31.1.77 gesammelt. Zu dieser Zeit bist Du noch VK-Vorsitzender in diesem Betrieb gewesen. Die Unterschriftenliste trug folgenden von Dir verfaßten Text:
"'Die Tarifkommission in Bayern hat dem Schlichtungsergebnis von Nordrheinwestfalen mit 6,9% zugestimmt. Diese 6,9% bringen wie in den vergangenen Jahren eine weitere Spaltung in schlechter- und besser-Verdienende. Der 6,9%-Abschluß reicht bestenfalls aus, die Preis-

DAUERNDE ENERGIE – UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE.

Diese Ausstellung wurde von Deutschen und Dänen in Tvind/ Dänemark erarbeitet.
Die Organisation der Ausstellung ist der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise), Elsässer Str. 9, 8000 München 80, Tel.: 089/453916 übertragen worden.
Zur Ausstellung gehören insgesamt: 18 Stellwände zu folgenden Themenbereichen: Biogas, Sonnenenergie, Windenergie (Tvind-Mühle), Atomkraft (vom Uranerz bis zum Plutonium – schafft Atomenergie Arbeitsplätze? – Radioaktivität – Nahrungskette), Wasserkraft, Energieersparnis durch Isolierung, Wärmepumpe, Unterschiede zwischen Städten, die mit alternativer Energie bzw. Atomkraft versorgt werden; eine 110 L. Biogasanlage und 1 kl. Sonnenkollektor gehört auch zur Ausstellung. Außerdem: Liedertexte, die auf der Ausstellung gesungen

werden können, Theaterstück über die Gefahren der AKWs, Puppentheater für Kinder, Diavortrag über die Entstehung der Tvind - Mühle.

Finanzierung: Die Ausstellung kostet nichts, die Transportkosten und die Kosten am Ort muß die jeweilige Gruppe übernehmen. Über den Verkauf von Plakaten, Postkarten etc. werden die Unkosten reduziert.

Genauere Informationen (Rückporto bitte beilegen) bitte anfragen bei:
Tiedeke Heilmann
Nr. 25
3141 Barnstedt
Tel.: 04134/7417 (bitte zwischen 19 und 20 Uhr)

hen in einer
ZAHLUNGSVERKEHRSSTOERUNG KEINE INDIVIDUELLE TROTZREAKTION ...
Darum hat die Arbeitsgruppe begonnen abzuklären, wie sich der Zahlungsverkehr in den einzelnen Kantonen abwickelt. Damit wollen wir einen Ansatzpunkt für die Einzahlungsstörungen herausfinden, der möglichst allen Kantonen gemeinsam ist.
Wir werden mit allen Anti AKW Organisationen Kontakt aufnehmen um abzuklären, ob sie einen Stromrechnungsboykott für möglich halten, wie sie sich daran beteiligen können. Das wichtigste, was wir abzuklären haben, ist die Bereitschaft der AKW Gegner an einem Stromrechnungsboykott teilzunehmen. Konkret: wir möchten wissen, wieviele AKW Gegner an einer Zahlungsverkehrs-Störung teilnehmen würden. In diesem Sinn rufen wir alle auf:

UNTERSCHREIBT DIE BEREITSCHAFTSERKLÄRUNG!

Wir rufen alle interessierten AKW Gegner auf, die Arbeit der SAG konkret und aktiv zu unterstützen und sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.

WIE WEITER?

Damit eine mögliche Störung des Zahlungsverkehrs erfolgreich verläuft, ist es wichtig, daß wir gemeinsam überlegen und handeln. Wir werden darum die interessierten AKW Gegner laufend über den Stand der Arbeit informieren. Nach einer breiten Diskussion werden wir dann gemeinsam entscheiden können, ob wir beginnen die Zahlung der Stromrechnungen zu stören. Ihr werdet von uns hören!

schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Goesgen (SAG) Postfach 15, 4613 Rickenbach

Dies bedeutet also zum einen: die Sendung wurde zensiert, und zum anderen: die Hörerinnen und Hörer wurden belogen, denn in der Ansage hieß es ausdrücklich:

Ansage: "Die Sendung entstand also vor 2 Jahren und ist geprägt von der unmittelbaren Betroffenheit nach dem Sturz von Allende. Manches was damals spontan formuliert wurde, würde heute vielleicht ein wenig anders, vielleicht auch ein wenig differenzierter gesagt. Da sich aber die grundsätzlichen Voraussetzungen, unter deren Eindruck diese Sendung geschrieben wurde, nicht verändert haben, scheint es uns durchaus legitim, diese Sendung so zu wiederholen, wie sie vor 2 Jahren entstand."

Was aber hat sich denn hier in "unserem Lande" in den letzten 2 Jahren so verändert, daß auf die engen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen der kapitalistischen BRD mit der faschistischen Junta in Chile nicht mehr hingewiesen werden darf?

Es ist die ständig anwachsende Reaktion in der BRD: Berufsverbote, Radikalenerlaß, Maulkorbgesetze, §§ 88 a und 130. In deren Zuge wurden die Medien insgesamt, vor allem aber Rundfunk und Fernsehen als "Anstalten des öffentlichen Rechts" selbst auch Träger der politischen Repression.

Mit der Forderung nach "Ausgewogenheit des Programms", die von allen bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden erhoben wird, findet tagtäglich eine institutionalisierte Zensur statt. Diese schon eingeschliffene Zensur erfährt eine zusätzliche Dimension dadurch, daß sich viele Redakteure nun bereits selbst einer freiwilligen "inneren Zensur" unterziehen. Die 'Ausgewogenheit' hört da auf, wo kritisches Denken einsetzt.

steigerungsrate, Steuerprogression und immer stärker werdende indirekte Besteuerung auszugleichen. Geschweige denn, daß die 6,9% einen Anteil am Produktivitätszuwachs bringen, sowie Kollege Schleinkofer dies in den Tarifnachrichten 2/77 behauptet hat. Für die Einheit der Kollegen sowie die Absicherung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen halten wir deshalb eine Festgeldforderung für die einzig richtige! Aus den genannten Gründen lehnen wir den 6,9%-Abschluß ab. Beispiel: Geh tsgruppe I a bei 6,9% = 67,34 DM br, Gehaltsgruppe VI, bei 6,9% = 215,24 Brutto."
Dir war bekannt, daß die zuständigen Gremien der IG Metall, Bezirk München diesen Tarifabschluß gebilligt haben.
2.) Auf einem Anfang Mai erschienenen Flugblatt unter dem Titel: "Aufruf zur Demonstration gegen das Kernkraftwerk Rehling am 14. Mai" bist Du als Verantwortlicher angegeben. U.a. wird in diesem Flugblatt ausgeführt:"Was für Heuchler sind doch Sperner, Loderer, Vetter, Jaumann, Schmidt, wenn sie von der "Sicherung der Arbeitsplätze" durch das Kernenergieprogramm sprechen .....". In diesem Flugblatt heißt es weiter: ".....wenn die Arbeiter eine Front machen gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die mit aller Macht dieses Kernenergieprogramm durchpeitschen und die Arbeiter von der Bewegung abspalten wollen.....".
3.) Es wird angenommen bzw. es drängt sich zumindest der Verdacht auf, daß Du über die Augsburger Bürgerinitiative "Gegen das Atomkraftwerk Rehling" mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands oder Mitgliedern des KBW zusammenarbeitest.
Aufgrund dieser Anschuldigungen hat die Ortsverwaltung beschlossen, gegen Dich ein Verfahren einzuleiten."

Die Arbeitsgruppe "Gewerkschafter gegen Atomanlagen "Augsburg" organisierte für den 26. August eine Solidaritätsveranstaltung für Walter Engl. Die Vertreter der Einzelgewerkschaften und DGB-Chef Hans Amling distanzierten sich per Anschlag am DGB-Haus von der Veranstaltung.
Am 30.8. fand dann die Verhandlung in der Ortsverwaltung statt, das Ergebnis wird jetzt in ca. zwei Wochen bekanntgegeben.
Solidaritätserklärungen und Rückfragen an:
AG "Gewerkschafter gegen Atomanlagen", c/o Stephan Kohler
Neidhardstr. 27
8900 Augsburg

BERUFSVERBOTE IN MAINZ

Kältemonteur aus Mainzer Uni-Klinik entlassen

MAINZ
6. September

Im Februar 1976 wurde der Kältemonteur F.J. Grünen aus den Mainzer Uni-Kliniken entlassen. Der Grund: Grünen ist Kommunist, und als solcher stelle er eine Gefahr für Leib und Leben der Patienten und Beschäftigten dar. Es gab zahlreiche Proteste, und den Arbeitsgerichtsprozeß gewann F.J. Grünen. Er wurde wieder eingestellt. Das Kultusministerium erzwang vom Uni-Präsidenten Schneider eine Berufungsklage. Gegen diesen Zwang klagte Schneider vor dem Verwaltungsgericht gegen das Kultusministerium. Im Oktober wurde das Berufungsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht ausgesetzt, bis die Klage von Schneider vor dem Verwaltungsgericht entschieden ist.

Obwohl diese Entscheidung aussteht, ist auf Drängen des Kultusministeriums die Verhandlung für den 2. September 1977 angesetzt worden, in der die Entlassung bestätigt wurde. Revision ist zugelassen worden.
Weitere Informationen über:

Rechtsanwälte
Hill und Krutzki
Schwanthaler Str. 52
6 Frankfurt 70
Tel. 0611/ 61 52 86

Zwei Lehrer und eine Psychologin vom Berufsverbot bedroht

Mit Schrifttafeln, auf denen zu lesen war: "Berufsverbot in Mainz, wir wollen keins", gaben Mainzer Bürger am 26.Juli 1977 während eines Demonstrationszuges ihrer Empörung über drei neue Berufsverbote Ausdruck.

Betroffen vom Berufsverbot sind zwei Mainzer Lehrer und eine Psychologin. Sibylle Humburg arbeitete bereits seit zwei Jahren als Psychologin in der Klinik für Kommunikationsstörungen. Nun - wo S. Humburg ein halbes Jahr mit festem Vertrag in der Klinik gearbeitet hat - soll sie trotz Antragstellung durch ihren Chef keinen neuen Vertrag mehr erhalten, so entschied es die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien. Eine Begründung wurde nicht genannt. Sibylle Humburg, die seit dem 1.7.77 arbeitslos ist, hat inzwischen einen Arbeitsgerichts-Prozeß angestrengt. Der Sühnetermin am 28.7.77 verlief ergebnislos. Der nächste Verhandlungstermin findet am 15.September 1977 statt.

Ähnlich sieht die Situation der beiden Lehrer Barbara Edel und Stephan Schaefer aus. Beide wurden nach ihrer Referendarzeit und dem Abschluß des zweiten Staatsexamens nicht an den üblichen Einstellungsgesprächen beteiligt, mit der Begründung, daß der Verfassungsschutz ermittle. Nachdem Barbara Edel und Stephan Schaefer sich im Kultusministerium mehrmals nach den Gründen erkundigt hatten, wurde B. Edel vorgeworfen, sie arbeite in einem "Bürgerkomitee" gegen Berufsverbote mit. S. Schaefer wurde daran erinnert, daß er schon einmal eine Anhörung hatte und daß man Erkenntnisse aus neuester Zeit von ihm habe. Mehr hat er nicht erfahren. Bei einer Anhörung vor der Referendarzeit war ihm vorgehalten worden, er habe sich an einer Demonstration gegen die Todesurteile in Spanien beteiligt.

Mit anderen Worten: wer es wagt, gegen die Unterdrückung der Menschenrechte, beispielsweise in Chile oder in Spanien, zu demonstrieren, wer sich gegen Berufsverbote in unserem Land wendet, erhält selbst Berufsverbot, obwohl er nur sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt.

POLIZEIPRÄSIDENT ENTSCHULDIGT SICH

WIESBADEN
August 1977

Ein Wiesbadener Student wurde auf dem Gang zu seinem Briefkasten von einem Uniformierten angesprochen. "Sie sind doch Herr K.? ". "Ja". "Sie sind doch im KBW? " "Nein, wie kommen sie denn darauf? " "Daß sie hier in so einem Haus wohnen, ist aber nicht angebracht!" Mit diesen Worten drehte sich der Polizist um und verließ das Haus. Student K. ist nicht im KBW. Er erhob gegen den inzwischen ermittelten Beamten Dienstaufsichtsbeschwerde. Die Antwort kam prompt:

"Sehr geehrter Herr K.,

wie zu vermuten war, ist der Beamte leider in einer Fahndungssache einem Mißverständnis erlegen. Ich bitte sehr, dies zu entschuldigen.
Im übrigen halte auch ich eine solche Äußerung in jedem Fall für gänzlich unangebracht. Der Beamte wurde dementsprechend eingehend belehrt. Ich nehme an, daß damit eine Beantwortung Ihres weiteren Fragenkataloges entfallen kann."

Student K. gibt sich jedoch mit dieser Entschuldigung nicht zufrieden, er will die Gründe des Irrtums wissen - die sind bisher noch nicht eingetroffen.

PAULSKIRCHENBESETZER WEHREN SICH GEGEN KRIMINALISIERUNG

FRANKFURT
September 77

Diese Resolution sandte uns die ‚Rote Hilfe' Frankfurt zu:

„Im September 1975 versuchte der niedergehende Franco-Faschismus seine Schreckensherrschaft durch 11 Terrorurteile zu verlängern: die Todesstrafe in Prozessen ohne jeden Beweis, ohne Verteidigung, ohne jedes demokratische Recht gegen 11 spanische Patriotische.
Ein Proteststurm von Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten erhob sich. Streiks, Demonstrationen, Besetzungen von Kirchen und spanischen Einrichtungen erzwangen am 26. September 75 die Aufhebung der Todesurteile gegen 6 Patrioten. Die anderen 5 aber sollten am nächsten Morgen hingerichtet werden.

Dagegen kam es am selben Abend erneut zu Protesten in vielen Ländern. In Westberlin wurde die Gedächtniskirche besetzt. In Frankfurt fanden zwei spontane Demonstrationen statt. Anschließend besetzten Antifaschisten die Paulskirche als Symbol des demokratischen Kampfes in Deutschland.
Sie wußten – wegen der Dringlichkeit der Sache sind gerade spektakuläre Solidaritätsaktionen notwendig.

Die Reaktion des Frankfurter SPD-Magistrats:
– auf der einen Seite geheuchelte Solidarität und Trauer um die ermordeten Antifaschisten
– auf der anderen Seite die Unterdrückung bzw. Kriminalisierung aller Solidaritätsaktionen. So wurden die spontanen Demonstrationen am Vorabend der Hinrichtung von Polizei brutal auseinandergeknüppelt. Die Paulskirche wurde ebenfalls brutal geräumt, die Besetzer erkenndungsdienstlich behandelt und bis zum nächsten Abend in Haft gehalten. Anschließend stellte der SPD-Magistrat sofort Strafantrag wegen „Hausfriedensbruch". Nirgendwo sonst wurden ähnliche Aktionen kriminalisiert.

Die Reaktion der Justiz:
– Zuerst wurde scheinheilig die Einstellung der Verfahren angeboten, wenn die Angeklagten durch eine Geldbuße zugeben, daß diese Aktion strafbar ist.

– Da die Angeklagten zu ihrer Aktion stehen, werden sie verurteilt. Beweisanträge über die Notwendigkeit der Aktionen werden abgelehnt. Es wird offen ausgesprochen, die Urteile in Spanien waren rechtskräftig, denn sie wurden ja vollstreckt. Doch die Prozeßwelle ist noch nicht zu Ende. In einem Berufungsprozeß konnte ein Freispruch durch die Solidarität mit den Paulskirchenbesetzern und das entschiedene Eintreten der Angeklagten erreicht werden. Jetzt steht die Entscheidung des Oberlandesgerichtes an, da die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch Revision eingelegt hat.

Die Angeklagten waren und sind der Auffassung, daß die Besetzung der Paulskirche zur Rettung des Lebens der spanischen Antifaschisten eine gerechte Sache war, deren Kriminalisierung verhindert werden muß und deshalb bitten wir Sie, über alle politischen Differenzen hinweg die folgende Resolution zu unterschreiben:

,Ich protestiere dagegen, daß die Antifaschisten, die 1975 die Paulskirche besetzten, um das Leben der spanischen Patrioten zu retten, kriminalisiert werden. Deshalb fordere ich das Oberlandesgericht auf, dem Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft nicht stattzugeben und den Freispruch in der Berufung zu bestätigen.'

Die unterzeichnete Resolution senden Sie bitte an: **..rike Hill, Schwanthalerstraße 52, 6000 Frankfurt/Main**."

DER VLB IST KEINE KRIMINELLE VEREINIGUNG

HANNOVER
5. August

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat schon Mitte Juli auf zahlreiche Beleidigungsklagen gegen den Berliner Polizeipräsidenten geantwortet. Der Internationalismus-Buchladen-Hannover schreibt:

„Anfang des Jahres habt Ihr davon berichtet (ID Nr. 160), daß der Geschäftsführer des Buchladenkollektivs Berlin im Zusammenhang mit einer Raubdruckgeschichte vernommen werden sollte von Berliner Bullen. Dabei sollte er sich äußern zum Verdacht,'die kriminelle Vereinigung VLB (Verband des linken Buchhandels) unterstützt zu haben'.
Der Polizeipräsident ist wohl von einer Menge Leute damals wegen Beleidigung und übler Nachrede verklagt worden. Diese Anzeigen sind mittlerweile von der Staatsanwaltschaft Berlin eingestellt worden, und vielleicht ist es ganz interessant, darüber kurz zu berichten:

Zunächst stellt die Staatsanwaltschaft Berlin fest, daß der H...weis in der Ladung, es handele sich bei der kriminellen Vereinigung, die das Buchladenkollektiv durch den Vertrieb von Raubdrucken unterstützt haben soll, um den Verband des linken Buchhandels, 'nach Aktenlage' falsch sei. Daraus lasse sich jedoch nicht ableiten, daß nun jeder, der zum VLB gehört, beleidigt fühlt, denn: die Ladung sei an Rilling adressiert worden, und man könne davon ausgehen, daß dieser 'verschlossene' Briefumschlag lediglich vom Betroffenen selbst und von einem kleinen Kreis 'zur Verschwiegenheit verpflichteter Verfahrensbeteiligter' gelesen würde. Der beschuldigte Bulle sei 'irrtümlich' davon ausgegangen, daß sich der Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gegen Rillimg als Mitglied des VLB richte. 'Die damalige Bewußtseinslage des Beschuldigten wurde ersichtlich durch seine weiteren Ermittlungen in anderen Raubdruckverfahren bestimmt. Zu einem Verfahren lagen Anhaltspunkte dafür vor, daß zumindest nach Verlautbarungen einer als 'VLB-Info' bezeichneten Zeitschrift, die nach ihrem Inhalt der Kommunikation unter den Mitgliedern des VLB diente, der Vertrieb von Raubdrucken in der Diskussion der Mitglieder einen breiten Raum einnahm und von der Informationsschrift praktisch durch die Wiedergabe geeigneter Informationen gefördert worden war, was den Irrtum des Beschuldigten verständlich erscheinen läßt!' Immerhin steht fest, daß zumindest nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Berlin bei dem Verband des linken Buchhandels keine kriminelle Vereinigung für gegeben erachtet und auch nicht als solche bezeichnet werden darf."

Kontaktadresse: Internationalismus-Buch, Königsworther Str.19, 3000 Hannover 1 Tel. 0511 / 171 73

REVISION VERWORFEN

BERLIN
August 1977

Am 6. April 1976 wurden zwei Mitglieder der KPD (Christian Heinrich und Sieghart Gummelt) wegen Gefährdung der Sicherheit der BRD nach § 89 StGB zu einem Jahr bzw. sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Ihr "Verbrechen" bestand darin, für Flugblätter verantwortlich gezeichnet bzw. sie verteilt zu haben, in denen die Westberliner Polizei aufgefordert wurde, nicht gegen die Bevölkerung des Berliner Stadtteils Kreuzberg vorzugehen, die sich für die Einrichtung einer Kinderpoliklinik im leerstehenden Krankenhaus Bethanien und gegen ein "Künstlerzentrum" ausgesprochen hatten. Die Polizisten wurden aufgefordert, sich nicht zu Bütteln der volksfeindlichen Gesundheitspolitik des Westberliner Senats machen zu lassen.

Der Bundesgerichtshof hat im Juli 1977 die Revisionen als unbegründet verworfen.
Über das ZENTRALKOMITEE DER KPD
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
gibt es zu diesem Prozeß eine Dokumentation.

Der § 89 lautet:

Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane. (1) Wer auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

RECHTSBEUGUNG UND FREIHEITSBERAUBUNG

BERLIN
September 77

Der Berliner Rechtsanwalt Heinisch teilt mit, daß seine Mandantin Ilse Jandt Strafantrag gegen den zur Zeit vorsitzenden Richter der 9.Strafkammer beim Landgericht Berlin, Handke, Strafanzeige wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung erstattet hat.
Ilse, die im Isoliertrakt von Moabit sitzt, kann seit der Entführung von Schleyer keinen Besuch bekommen, erhält weder Zeitungen noch darf sie Radio hören oder an Gemeinsc haftsveranstaltungen teilnehmen. Ihr Revisionsprozeß steht bevor (siehe ID 187). Am 9.September wollte ihr Rechtsanwalt sie aufsuchen, bekam aber einen Beschluß unter die Nase gehalten, daß Ilse nun auch keinen Verteidigerbesuch mehr bekommen könne.
Die Anwälte schreiben in ihrer Begründung der Anzeige u.a.:

„Die einzige Beziehung, die tatsächlich erkennbar ist, ist die Beziehung des Beschlusses zu dem Leitartikel der Tageszeitung ‚Die Welt' vom 7.9.77, wo der Historiker Golo Mann unter dem Titel „Quousque tandem? " die Exekutive

des Staates auffordert: „*Die notwendigen Sofortmaßnahmen: Sämtliche Vertrauensanwälte der Terroristen sind unter dem dringenden Verdacht der Komplizenschaft auszuschließen. - Von nun an darf es nur noch Pflichtanwälte geben, sicher die bewährtesten, die unabhängigsten, die teuersten, die man finden kann.*"

Überlegungen dieser Art sind jedoch nicht geeignet, fundamentale höchstrichterliche Entscheidungen aus den Angeln zu heben. Mit derselben Logik des Beschlusses könnte vielleicht morgen das letzte Wort des Angeklagten im Strafprozeß ‚vorübergehend' aufgehoben werden oder beliebig andere Fundamentalgrundsätze der Verteidigung.

Aufgrund des vorgetragenen Sachverhalts besteht der begründete Verdacht, daß der Beschuldigte (Handke) strafbare Handlungen im Sinne der §§ 336,239 StGB begangen hat.

Er hat § 148 StPO gegen seinen Wortlaut und die ihm bekannte Rechtsprechung des Kammergerichts angewendet und damit politischen Bedürfnissen den Vorrang vor der Einhaltung des Rechts eingeräumt.

Er hat verhindert, daß die zum Unterzeichneten (RA) zu bringende Anzeigenerstatterin (Ilse Jandt) diesem zugeführt wurde und ihr dadurch Freiheitsbeschränkungen auferlegt, die gesetztlich nicht zulässig sind.

Es wird hiermit schon jetzt beantragt, die Ermittlungen nicht durch Staatsanwälte der Abt.1 oder 2P der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin durchführen zu lassen. Dem Unterzeichner ist bekannt, daß Vertreter dieser Abteilungen die Vornahme von gerichtlichen Maßnahmen wie der beanstandeten grundsätzlich befürworten, wenn sie sich nicht sogar selbst beantragen, bzw. hier beantragt haben. Es ist ausgeschlossen, daß Staatsanwälte, die eine dem Beschuldigten ähnliche Rechtsauffassung vertreten, unvoreingenommen ermitteln können, so wie es das Gesetz vorschreibt.

Heinisch, Rechtsanwalt."

DIE TÜBINGER FASCHISTENPROZESSE HABEN BEGONNEN

TÜBINGEN 10. September — Zur Zeit findet vor dem Landgericht Tübingen ein Prozeß gegen 12 faschistische Schläger und (!) drei Antifaschisten statt.

Anlaß dieses Prozesses sind die Vorfälle vor der Mensa Prinz Karl am 4.12.76, als es von Seiten einer faschistischen Schlägertruppe zu bewußten, rücksichtslosen und gewalttätigen Ausschreitungen kam.

An diesem Samstag protestierten über 200 Menschen gegen eine Veranstaltung des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS) zu Rhodesien vor der Mensa Prinz Karl. Der HTS hatte den als Faschisten bekannten Karl-Heinz Hoffmann aus Nürnberg eingeladen, der schon mehrmals als Söldnerwerber für Rhodesien in der BRD in Erscheinung getreten war.

Nachdem das Studentenwerk die Raumzusage für den HTS aufgrund eines Protestes zurückzog, begann die Menge der Demonstranten sich allmählich aufzulösen.

Plötzlich stürmten 10 - 20 Leute mit Totschlägern, Holzknüppeln und Tränengas auf die Antifaschisten los und schlugen wild auf sie ein. Hoffmann selbst war der erste der Schläger. Die übrigen waren Angehörige seiner "Wehrsportgruppe Hoffmann" oder Mitglieder des HTS. Die Brutalität des Vorgehens der Schlägertruppe war unbeschreiblich: Sie schlugen rücksichtslos und gezielt auf Köpfe und Körper der Demonstranten ein. Sechs Verletzte mußten anschließend mit dem Krankenwagen in die Klinik gebracht werden, zwei davon mußten stationär behandelt werden.

Hoffmann konnte schließlich von Demonstranten überwältigt werden, die ihm seinen Totschläger abnahmen. Nach einiger Zeit griff dann schließlich die Polizei ein und nahm einige der Schläger fest.

ZUM PROZESS

Aufgrund dieser Vorfälle sind nun 12 faschistische Schläger und drei Antifaschisten angeklagt.

Die Anklagepunkte gegen die Faschisten lauten:

der gemeinschaftliche begangene Landfriedensbruch, das Führen von Waffen bei öffentlichen Versammlungen und bei einigen Körperverletzung oder schwere Körperverletzung.

Gegen sämtliche von der Polizei oder HTS-Führer Heinzmann identifizierten Demonstranten wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen dann schließlich drei bei Gericht angeklagt wurden. Die Antifaschisten werden der gemeinschaftlichen Nötigung und der Störung von Versammlungen und Aufzügen beschuldigt.

Damit wird offensichtlich der Versuch unternommen, die Vorfälle am 4. Dezember als Auseinandersetzung zwischen links- und rechtextremistischen Organisationen darzustellen, die beide in irgendeiner Weise Gewalt angewendet haben, und deshalb auf die gleich Stufe zu stellen sind. Diese Tatsache wird an einigen Punkten deutlich:

- Faschisten und Antifaschisten sitzen zusammen auf der Anklagebank, d.h. die Verfahren gegen die Antifaschisten wurden nicht von denen gegen die Schlägertruppe abgetrennt;
- die Stellungnahme von Universität und bürgerlichen Parteien sprechen von Provokationen der Linken, die die Gewalt der Rechten ausgelöst hätten;
- der Strafrahmen der Hauptanklagepunkte ist der gleiche, nämlich fünf Jahre Höchststrafe sowohl für Körperverletzung als auch für Nötigung.

DIE ERSTEN DREI PROZESSTAGE

Mittwoch, 7.9. bis Freitag, 9.9.

In den ersten drei Prozeßtagen erfolgten neben den verschiedenen Anträgen der Prozeßbeteiligten die Vernehmung der Angeklagten zur Person und die Angaben der Angeklagten zur Sache.

Gleich zu Beginn des Prozesses stellte Heinzmann den Antrag, das Verfahren gegen ihn und seine faschistischen Freunde einzustellen, wegen„erwiesener Unschuld und nicht vorhandenem öffentlichen Interesse". Seinen Antrag begründete er folgendermaßen: durch den linksextremistischen Terror der letzten Zeit (Buback, Ponto, Schleyer) sei ihr Verhalten bedingt, und somit durch das in der Verfassung enthaltene Widerstandsrecht als Notwehr oder Nothilfe gedeckt.

Das nicht vorhandene öffentliche Interesse zeige sich daran, daß selbst Exnazis, die heute führend in der Politik tätig sind (er nannte Friedrich Schäfer, SPD-MdB und Innenminister Schieß, CDU), nicht gerichtlich belangt würden. Dies würde auch durch die vollen Zuschauerbänke nicht widerlegt, da es sich bei den Zuhörern fast ausschließlich um Linksextremisten handele, die eigentliche Bevölkerung würde kaum Notiz von diesem Prozeß nehmen.

Die drei angeklagten Antifaschisten stellten den Antrag, das Verfahren gegen sie vom Prozeß gegen die Faschisten abzutrennen, da sie nicht mit diesen in einen Topf geworfen werden wollen.

Beide Anträge werden vom Gericht abgelehnt.

ERKLÄRUNGEN DER ANGEKLAGTEN ZUR SACHE

Die ersten drei Tage haben gezeigt, daß die Faschisten verschiedene Versionen für ihre Haltung zum 4.12. haben — nämlich die "Nichtssehen - Nichtshören - Nichtssagen - Version", die "aktive Demokratenversion" und die "unpolitische Version".

1. Die "Nichtssehen - Nichtshören - Nichtssagen - Version":
Der Lehrer und NPD - Mitglied Dieterle aus Sulz, beispielsweise, kam nach seinen Aussagen eigentlich nur deshalb zur Veranstaltung, weil er sich möglichst hautnahe Informationen für seinen Schulunterricht über Südafrika erwerben wollte. Weil er sich durch die blutrünstigen Parolen der Antifaschisten bedroht fühlte, holte er sich einen Schlagstock aus dem Auto.

Zufällig drückte ihm, als er vom Auto zurückkam, ein Unbekannter zwei Taschen in die Hand, in denen Schlagstöcke, Schnürhaken, ein Kasettenrecorder und Totenkopfembleme der Hoffmann-Truppe waren. Davon wußte er natürlich nichts. Mit diesen Taschen stand er vor der Post und hörte überhaupt nix.
Ein völlig Unbeteiligter also? Dem ist wohl nicht so, da Dieterle immerhin Gauführer Schwaben der Wikingjugend ist. Er versucht hier in der Gegend eine solche faschistische Jugendtruppe aufzubauen. Das kam bei Gericht nicht zur Sprache!

2. Heinzmann: Die Demokraten - Version:
Er bekennt sich zu seinen Handlungen am 4.12.; diese seien allerdings nur die Krönung einer langen Vorgeschichte von gewaltsamen Angriffen der Kommunisten auf den HTS, daher könnte man ihm diese Entgleisung vom 4.12. eigentlich nicht [illegible]l nehmen. Folgerung: wo der HTS sich einmal wehrt, sitzt er auf der Anklagebank und nicht die anderen. Auf inhaltliche Fragen kann er sich hier allerdings nicht einlassen, da seine Argumentationskette dann allzu schnell entlarvt werden würde. Im Folgenden streicht er sich und den HTS als die wahren Hüter des Grundgesetzes heraus: "Wenn die Rechte zuschlägt, dann schlägt sie zu, weil sie auf dem Boden des Grundgesetzes steht, weil sie die einzige Kraft in der BRD ist, die aktiv die Grundgesetze verteidigt". So hält er die Polizei für politisch total verunsichert, sie sei unfähig, klare Entscheidungen zu treffen. Selbst die Bundesregierung verteidigt die Linken und verunglimpft die Rechten als Rechtsextremisten.
Seine Aussagen gipfeln in einer absoluten Verharmlosung des Faschismus nach dem Motto: der Kommunismus ist viel schlimmer als der Faschismus. Denn Hammer und Sichel haben der Menschheit mehr Unheil gebracht als das Hakenkreuz: "Was sind denn die — wohl ungerechten — Morde Hitlers gegen die kommunistischen Terrorregimes in Kambodscha, Vietnam etc.?



Der geschickte Demagoge Heinzmann sieht sich also einerseits als wahren Verteidiger der Grundrechte, gleichzeitig betreibt er eine beispiellose rassistische Hetze, z.B. gegen die Völker Südafrikas, die sich gegen die weißen Minderheitsregierungen organisieren, verharmlost er faschistische Gewaltregimes ("die Bevölkerung der Ostblockländer wäre glücklich, in Ländern wie Chile oder Rhodesien zu leben") und versucht seine politischen Gegner entweder gewaltsam (siehe Schlägerei vor dem Prinz Karl) außer Gefecht zu setzen oder kriminalisiert sie mittels Anzeigenkampagnen.

3. Hoffmann:
Auch Karl-Heinz Hoffmann ist natürlich kein Faschist, sondern eigentlich ein völlig unpolitischer Mensch. Seine Aussage: Hoffmann hält den Faschismus nicht etwa für verabscheuungswürdig, vielmehr sei die Führerstruktur, nach der er aufgebaut sei, ebenso wie die Blut- und Boden-Theorie, die er ja beinhalte, veraltet.
Er verfolge kein bestimmtes politisches Ziel. Er sei bereit, unter jedem Regime zu leben, das sich an die von ihm gestellten Gesetze hält und die Menschenrechte achtet, obwohl er, ganz nebenbei, das Versammlungsgesetz und das Waffengesetz für den größten Unfug halte. Ihn interessiere hauptsächlich der militärische Aspekt. So sei die WSG eine unpolitische Organisation — wie die einen in ihrer Freizeit gerne zelten und für einen Wohnwagen sparen, interessieren sich andere mehr für eine militärische Ausbildung. Schützenpanzer und Kettenfahrzeuge könne man durchaus zu günstigen Preisen erhalten, wenn man die nötige Opfer- und Einsatzbereitschaft mitbringe. Politische Schulung und Propaganda dulde er in seiner WSG nicht, die Mitglieder seien daran absolut uninteressiert.
Es fällt schwer, diese Aussagen Hoffmanns ernst zu nehmen, zwar mag es sein, daß er ein großer Militarist ist, doch es ist nachweislich mit einer politischen Richtung verbunden: Tritt er doch überall dort mit seiner Schutzstaffel auf, wo faschistische Umtriebe sind, wie unlängst in Hamburg und München. Den Gipfel der Dreistigkeit bilden seine offensichtlich lügnerischen Aussagen zum 4.12. selbst: "Nein, er wollte im Prinz Karl keinen "politischen" Vortrag halten. Er wollte lediglich über die militärische Lage im Buschkrieg" in Rhodesien sprechen. Als er das Versammlungslokal betreten wollte, sei er von den Demonstranten heimtückisch angegriffen worden. Ein Glück, daß er einem Demonstranten einen Totschläger entwenden konnte — sonst hätte er um sein Leben fürchten müssen."
Was von diesen Aussagen Hoffmanns zu halten ist, zeigt die Rede eines Antifaschisten vor Gericht auf.

ZUSAMMENFASSUNG

Die drei Versionen zielen darauf ab, den Eindruck zu erwekken, als bestünde zwischen den verschiedenen Gruppen eigentlich kein Zusammenhang, und als wäre das Vorgehen an jenem Abend völlig planlos und durch einen tätlichen Angriff der Demonstranten provoziert worden.
Dies wird dadurch unterstützt, daß sich sowohl die HTS-Anhänger untereinander als auch die Mitglieder der Hoffmann-Truppe untereinander auf eine bestimmte Darstellung des Vorfalls geeinigt haben. Jede der Gruppen hat einen Sprecher, also Heinzmann für den HTS und Hoffmann für die Wehrsportgrüppler. Die weniger geschulten Mitglieder der Gruppen sollen sich wohl nicht in Widersprüche verwickeln, wie dies bei dem Schüler Roth (HTS) vorgekommen ist, dessen Aussage vor Gericht nicht mit der bei der Polizei übereinstimmte.
Das Gericht selbst will den Prozeß auf einer möglichst formaljuristischen Ebene durchziehen, politische Argumentationen werden so weit wie möglich abgeblockt.

AUSZÜGE AUS DER REDE EINES ANTIFASCHISTEN VOR GERICHT

Gegen wen richtet sich der Nationalsozialismus?
Völkischer Beobachter 21.3.33 (Zitat über die Errichtung des ersten KZ in Dachau)
"Hier werden die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist Reichsbanner und sozialdemokratischen Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengefaßt.."
Die Verhafteten waren aber nicht Vertreter irgendeiner Minderheit, sondern hatten 12 Millionen Wähler hinter sich!
Wurden oder werden in Chile, Portugal oder Südafrika Minderheiten unterdrückt?
Faschistische Diktaturen unterdrücken keine Minderheiten, sonst hätten sie es wohl nicht nötig, sich nur mit offener Gewalt durchzusetzen.
Heinzmann aber empfiehlt einen Pinochet für Portugal: "Nun jedoch können wir sehen, wie aus einer relativ harmlosen Rechtsdiktatur eine kommunistische Massendiktatur sibirischen Ausmaßes gemacht wird ... Der freie Westen sollte vielmehr alles tun, um die kommunistische Diktatur durch eine Konterrevolution zu stürzen ..."
Auch die faschistische Rassentheorie macht der HTS sich zu eigen, er zitiert in seinem Uni-UHU den amerikanischen Rassisten H.J. Butchers, der zu dem "wissenschaftlichen Ergebnis kam, das 3/4 der menschlichen Existenz vererbt, und das 1/4 nur bedingt beeinflußbar seien, d.h. die absolute Grenze zwischen dumm und klug (Elite!) ist unverrückbar! Butchers wurden seine Erkenntnisse als Fälschungen nachgewiesen. Der HTS aber hält ihn hoch. Auch diese Bezeichnung "Unmensch" ist im HTS-Sprachgebrauch wiederzufinden (fehlen nur noch drei Buchstaben zu "Untermenschen"), so bezeichnen sie die Schwarzen Südafrikas als schwarze Unmenschen (HTS-UHU 15.11.76).
Die Antifaschisten dokumentierten dem HTS noch weiteres faschistisches Gedankengut, das wir in dieser Ausführlichkeit nicht wiedergeben. Dann wurde auf die Veranstaltung des HTS am 4.12.76 eingegangen, von der folgendes zu erwarten war:
"Am Samstag ... wird die Serie der Südafrika-Solidaritätsveranstaltungen fortgesetzt ... Referent ist Herr Karl-Heinz Hoffmann, der über die militärische Lage in Rhodesien im Zusammenhang mit der schwarzkommunistischen Agression spricht. Hoffmann war selbst in Rhodesien und wird im Falle eines Vormarsches der Schwarz-Roten wieder als Freiwilliger in die rhodesische Armee eintreten.".
Hoffmann war also Söldner in Rhodesien, nicht nur das, er betreibt auch hier aktiv Söldnerwerbung für das Smith-Regime. Nach CHIMURENGA (Nr. 7 Juni 76, Zeitung der ZANU) bot er dem rhodesischen Regime zu Beginn 1976 über tausend Söldner an. Auch in Bayern bildet er "völlig unpolitisch" militärische Schlägertrupps aus: "Ausgerüstet mit Pistolen und Karabinern scheucht Häuptling Hoffmann hauptsächlich junge Leute zu strammen Märschen und Manövern in die Wälder an der Pegnitz. Mit Lastern in Tarnfarbe und mit Totenköpfen auf den Türen karrt der Chef seine "Schwarze Legion" zum Manöver ins Gelände. "Wir fühlen uns", gab ein Hoffmann-Legionär nach der Übung preis, "als Soldaten, als Damm gegen die rote Flut." (Spiegel 33/76)
Man darf die Gefährlichkeit der Hoffmann - Heinzmann-Verbindung nicht unterschätzen. Bisher rief Heinzmann nur dazu auf, gegen alles andersdenkende vorzugehen, allen voran gegen Kommunisten. Die Hoffmann - Schläger - Truppe steht ihm jetzt sogar offen zur Seite! Drängt sich da nicht die Parallele zur NSDAP und ihrer Waffen - SA auf?
(Presseerklärung des Antifaschismuskomitees Tübingen)

Kontaktadresse: Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen
Tel.: 07071/292635

LINKE JURAGRUPPEN GRÜNDETEN BUNDESVERBAND

SAARBRÜCKEN
16. September

Der Arbeitskreis kritischer Juristen teilt mit:

Vom 22. bis 24.7.77 fand in Saarbrücken das erste bundesweite Treffen linker Juragruppen statt. Gruppen aus Göttingen, Gießen, Mainz, Tübingen, Bonn und eine Referendargruppe aus Bochum nahmen an dem vom Arbeitskreis kritischer Juristen an der Universität des Saarlandes (AKJ) organisierten Treffen teil. In Arbeitsgruppen wurden folgende Themen besprochen: Frauenrechtsfragen, Berufsperspektive linker Juristen, Wissenschaftskritik und Erstsemesterarbeit, Musterentwurf eines neuen Polizeigesetzes und Grundgesetz und Sozialismus.

Einheitlich wurde die Gründung eines Bundesverbandes linker Juragruppen beschlossen, um vor allem die Information unter den einzelnen Gruppen besser zu gestalten. Die organisatorische Arbeit wird vorerst vom AKJ in Saarbrücken übernommen. Das nächste Treffen ist für den 9. bis 11. Dezember in Gießen vorgesehen.

Linke Juragruppen, Knastgruppen oder linke Anwälte, die an unserem Projekt Interesse haben, sollen bitte mit uns in Verbindung treten. Wir bitten alle Gruppen, daß sie ihre Infos, Zeitungen etc. an uns in möglichst hoher Auflage schicken, weil wir sie dann an alle uns bekannten Gruppen weiterleiten werden. Bis Mitte August werden von uns Tagungsprotokolle erstellt, die angefordert werden können.

Schwerpunktthema für das 2. Treffen in Gießen sind: Erstsemesterarbeit und Rechtstheorie (zu diesen Themen werden Literaturlisten bzw. Infos verschickt).

Kontaktadresse:
Arbeitskreis kritischer Juristen
Universität des Saarlandes
Bau 14
im Stadtwald
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 302 - 2936

RAUCH-HAUS KONTRA BERLINER SENAT

BERLIN
September 1977

Das Georg von Rauch-Haus-Kollektiv hat einen Offenen Brief an die Berliner Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Ilse Reichel, verfaßt:

„Nachdem wir am 9.7.77 von euch, die ihr uns schon über fünf Jahre Schwierigkeiten macht, einen Brief bekommen haben, in dem ihr uns mit Abmahnung und Kündigung droht, mußten wir uns überlegen, wie wir darauf reagieren. Ihr fordert von uns eine Dokumentation über die geleistete Arbeit des Rauchhaus-Kollektivs von 1975.

Zitat aus dem Senatsbrief: ‚Inhalt der Doku 75 soll sein: Aussagen über die Integration von Trebegängern, Aussagen über Probleme und Arbeit bei der unverzüglichen Legalisierung von Minderjährigen, Aussagen über die Selbstorganisation der eigenen Lebenspraxis und sonstige Probleme und Tätigkeiten, mit denen das Kollektiv beschäftigt ist. Methoden der Arbeit des Kollektivs müssen nicht benannt werden.'

Wenn ihr die geforderte Doku bis Ende September nicht bekommt droht ihr uns die "Kündigung mit sämtlichen Konsequenzen" an. Entweder ist das ein Witz oder eine Erpressung. Für uns stellt sich die Frage allerdings anders: entweder stillhalten oder kämpfen.

Wie kommen wir darauf: Schon seit über fünf Jahren stehen wir uns frontal gegenüber und müssen für unsere Interessen kämpfen. Dieser Offene Brief ist vor allem ein Mittel, um unseren Kampf nach außen zu tragen und uns nicht bei Verhandlungen unter vier Augen verschaukeln zu lassen.

Z.B. gehen viele Sachen in unserem Haus in die Brüche. Ihr habt uns Renovierungsgelder zugesagt, bis heute sind aber nur die Türen repariert worden und die auch nicht vollständig. Z.B. konnte der 11-jährige Micha, der aus einem Heim abgehauen war, erst dann bei uns wohnen und wieder zur Schule gehen, nachdem wir das massiv durchgesetzt hatten. Z.B. ziehen sich eure Vertreter bei den Kooperationsrunden immer in die Ecke des Nicht-zuständig-Seins zurück, wenn wir sie zu eindeutigen Stellungnahmen auffordern. Diese und viele andere Punkte zeigen: Wir sind nicht allein von eurer unfähigen Jugendpolitik betroffen, es stehen noch andere Probleme an, die durch euch nicht gelöst werden können:

Über 20% Jugendarbeitslosigkeit. Nach offiziellen Zahlen 2000 Jugendliche in Berlin, die keine Lehrstelle bekommen. Viele Leute, die sich selbst um eine Lehrstelle bemühen, sind in dieser Zahl gar nicht enthalten. Inzwischen wird es auch zur Regel, daß Jugendliche nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden.

Über 5000 Drogensüchtige in Berlin. In diesem Jahr haben sich schon 57 Leute totgefixt, das sind schon mehr als im ganzen letzten Jahr.

Ihr und eure kapitalistischen Hintermänner seid nicht in der Lage, uns einen Arbeitsplatz und eine sichere Zukunft zu garantieren. Eure Antwort auf die bestehenden Fragen ist Kontrolle und Schikane: Notensystem, Normbücher, Stechuhren, Berichtshefte und Rechenschaftsberichte. Diese Aufzählung läßt sich noch irrsinnig weit fortsetzen. Solange wir noch in eurer Gesellschaft leben, wo die Interessen von uns Arbeiterjugendlichen durch Geldsäcke bemessen und beurteilt werden, wird sich daran auch nichts ändern.
Wir sind rechenschaftspflichtig, aber nicht euch gegenüber, sondern dem Volk, das aus unseren Problemen und wie wir sie lösen lernen kann. Genauso lernen wir im Betrieb und in der Schule, uns zu organisieren und zusammen zu kämpfen."

EINE NEUE ALTERNATIVZEITUNG

UNTERAICHGARTEN 20. August

Die "Mühle"-Macher schreiben: „"DIE MÜHLE" ist eine taufrische Alternativzeitung für Niederbayern und Oberpfalz (Süd-Ost-Bayern).
Entsprechend steckt ihre Zusammenarbeit mit alternativen Informationsdiensten und dergleichen noch in den Kinderschuhen. Wie überhaupt die ganze Zeitung.
Die Mühle erscheint 14-tägig am Freitag, seit 1.7.77, im Selbstverlag, Eigendruck (Kleinoffset) und Selbstfinanzierung.
Die Herausgeber sind zu acht und leben zusammen auf einem Bauernhof ohne Landwirtschaft. Wir leben von BAföG und Teilzeitjobs. Uns geht es darum, im tiefsten Bayern ein Medium zu installieren, das als Alternative zu den einseitigen, etablierten Regionalblättern dienen kann – was Informationen über politische und /oder gesellschaftliche Vorgänge betrifft. Die etablierte Presse wollen wir, was ihre aktuelle Berichterstattung angeht, nicht ersetzen, sondern ergänzen.
Obwohl wir als regionales Blatt konzipiert sind, wollen wir uns nicht auf regional- und schon gar nicht auf kommunalpolitische Vorgänge beschränken, sondern die Auswirkungen und Bezüge der "großen Politik" auf diesen Raum klarstellen."

Kontaktadresse: "DIE MÜHLE"
Unteraichgarten
Rottenburg/Laaber

WER MACHT DIE "SÜLZE" EIN?

BERLIN September 1977

Die "Sülze" ist eine Berliner Schülerzeitung, herausgegeben in der Herderschule. Nach den Sommerferien (am 1. August) hat die Schulleitung zum Rundschlag gegen die Redaktion ausgeholt. Sie wirft den "Sülze"-Machern "Volksverhetzung" (wenn ich das Wort höre, wird mir schlecht), Einseitigkeit, Parteipropaganda (für welche Partei, wird nicht erwähnt), Verunglimpfung und noch so allerlei vor. Mit einer umfangreichen Zitatesammlung aus der Nr. 19/77 (die beanstandeten Textstellen stammen u.a. aus der Gewerkschaftspresse, aus der sie ohne Kennzeichnung abgepinnt worden waren), einem Brief an die "Herder-Schüler" und einem Schrieb an die Eltern der "Sülze"-Redakteure versucht die Schulleitung, Druck auszuüben. Die Redaktion teilt mit, daß sie weitermachen will.

Kontaktadresse: Axel Mahler, Bartningallee 7, 1000 Berlin 21



PROZESSE GEGEN JUGENDLICHE DEMONSTRANTEN

LEVERKUSEN September

Die Prozesse um das Leverkusener Jugendhaus In den Kämpen beginnen am 21. und 23. September. Die Jugendlichen bitten um Unterstützung, vor allem aus den umliegenden Städten. Zur Vorgeschichte: Anfang Februar war einem nebenamtlichen Mitarbeiter des Jugendhauses von der Arbeiterwohlfahrt fristlos gekündigt worden. Bei einer Demonstration gegen die Kündigung im März (siehe ID 170) prügelte die Polizei brutal auf 250 Jugendliche ein. Fünf Leute wurden festgenommen.

Gegen zwei der damals Festgenommenen soll jetzt ein Prozeß laufen, wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und anderem mehr. Außerdem wurde gegen achtzehn (!) Leserbriefschreiber, die sich über den Polizeieinsatz empörten, Anzeige wegen Verleumdung und Beleidigung der Polizei erstattet.

Kontaktadresse: Jugendhaus in den Kämpen, 5090 Leverkusen 1, Tel.: 02172/64315

GEGENBUCHMESSE 1977

FRANKFURT

Seit der Frankfurter „Gegenbuchmesse" von 1968 und dem „litkrit"-Treffen im November 69 in Göttingen hat es immer wieder Versuche gegeben, zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der alternativen Kleinverlage und (Literatur-) Zeitschriften zu kommen. Das lief auf die AGAV - ARBEITSGEMEINSCHAFT ALTERNATIVER VERLAGE hinaus.

Während ihrer Jahrestagung im Februar 1977 haben die 40 Mitglieder der AGAV vornehmlich aus Kostengründen beschlossen, an der Frankfurter Buchmesse vom 13. bis 18. Okt. 77 nicht teilzunehmen. Während der Messe-Tage dort wollen die AGAV-Verlage in der Frankfurter Innenstadt eine GEGENBUCHMESSE veranstalten, die jedoch bereits am **10. Oktober am Montag** beginnt und dafür am **Sonntag, dem 16. Oktober 77** endet. Die Veranstaltung kann dank der Unterstützung des Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann in den Räumen des THEATERs AM TURM stattfinden.

Fest steht schon die Teilnahme einer Vielzahl von belletristischen und politischen Kleinverlagen, die sich entweder an den Veranstaltungen oder der Ausstellung im Foyer des Theaters beteiligen wollen. Die Kosten der Organisation werden dabei anteilig übernommen. Unter der Schirmherrschaft der AGAV findet am Eröffnungsabend eine Lesung samt Diskussion unter dem Motto: 'Konfrontation oder Kommunikation' von Frauen- und Männergruppen in Zusammenarbeit mit dem Verlag Frauenpolitik in Münster und dem Trikont Verlag München statt, der auch Autoren seines Männerbuches vorstellen wird. Für den Donnerstag am 13. Oktober ist eine Großveranstaltung mit zwei Musikgruppen, den APRIL-Polit-Rockern MISSUS BEASTLY und CHECKPOINT CHARLIE eingeplant, die im Theater mit seinen 940 Plätzen stattfinden soll. Das Musikprogramm wird natürlich durch Lesungen bekannter und weniger bekannter Autoren begleitet, die in Verlagen der Alternativ-Scene mitarbeiten. Während der anderen Wochentage findet neben der Verkaufs-Ausstellung im Foyer ein ständiges Lese- und Musikprogramm statt. Dabei sind bereits Themenkreise wie Mundartliteratur, Texte für Kinder, politische Justiz und Repression, neue Sensibilität, geplant, die zusammen mit alten deutschen Liedern, klassischer Gitarre und englischen Liedern ein Programm abgeben, das auch in kleineren Räumen des Theaters stattfinden kann.

Kontakt: Rainer Breuner, Postfach 1401, 5500 Trier

LITERATUR IM DIENSTE DER STADTTEIL-ARBEIT

FRANKFURT
12. September

Zum Sinn und Zweck des ersten Frankfurter Schreiberladens schreiben die drei Betreiber:

Seit etwa 3 Jahren wird in Bergen-Enkheim der Stadtschreiberpreis verliehen, der sich inzwischen zu einem Renommierstück der Frankfurter Kulturpolitik gemausert hat und dessen Initiatoren sich zwar gerne berufen auf seine historische Bedeutung, die aber von keinem der bisherigen Preisträger tatsächlich und konsequent wahrgenommen worden ist, denn schließlich ist dies ja auch nicht der Sinn dieses Preises oder?

In Hamburg, so hört man, soll es bereits 4 solcher Stadtschreiber geben, in allen Fällen handelt es sich um Autoren von Rang und Namen. Ein Förderpreis ist es also auch nicht. Deshalb wollen wir den Aspruch beim Wort nehmen, den dieser Stadtschreiberposten beinhaltet und auch die historischen Quellen, auf die er sich beruft, dadurch daß sich eben Autoren bzw. Schreiber in den Dienst derjenigen stellen, denen der Umgang mit dem geschriebenen Wort eher Qual als Freude bereitet. Warum also nicht den Schriftsteller als "Stadtschreiber" aus seinem abgeschiedenen Kämmerlein herauslocken, damit er sich von seiner Aura befreit, dem einfachen Volke nähern kann und seinen produktiven Teil zum grauen Alltag beisteuert und Anteil nimmt an der elenden Situation derer, die nicht - wie er - in der Lage sind, aus ihrer oftmals isolierten oder erschwerten Existenz heraus adäquat verbal zu reagieren auf die Forderungen des alltäglichen Großstadtlebens, das solche Fähigkeiten permanent verlangt: z. Bsp. wenn es darum geht, sich mit diversen Ämtern und deren 'Deutsch' auseinanderzusetzen, Lebensläufe und Bewerbungen zu schreiben etc. Zu vermitteln, daß das geschriebene Wort in solchen Fällen eben nur ein Papiertiger ist, der sich durchaus zähmen läßt.

Deshalb haben wir uns, die Autoren Karlhans Frank, Wulf Goebel und Michael Kirmes, entschlossen, in Zusammenarbeit mit der Künstlergruppe "omnibus" in Frankfurt-Bornheim daselbst am 1. Oktober 1977 den ersten Frankfurter Schreiberladen zu eröffnen, um in täglichen Sprechstunden die Aufgaben wahrzunehmen, die wir zuvor skizziert haben.

Damit in unserem Laden reges Leben herrsche, werden wir zur Eröffnung eine Handzettelaktion veranstalten, die den Bewohnern die Möglichkeit gibt, uns bei Wort und Tat zu nehmen.
Sosehr wir hoffen, daß dieser Schreiberladen ein positives Echo findet, würden wir es gleichfalls begrüßen, wenn sich weitere Autoren an diesem Projekt beteiligen.

Unsere Kontaktadresse lautet:

Michael Kirmes
Damaschkeanger 6
6 Frankfurt 90

Tel. 76 44 60

Viele damit verbundenen organisatorischen Fragen sind zu lösen, von der Betreuung der Sprechstundentermine abgesehen, die neben kontinuerlichem Engagement auch Geld kosten, weshalb wir nicht abgeneigt sind, die eine oder andere Spende entgegenzunehmen.



EIN KULTUR–LADEN

KASSEL
15.September

Liebe Leute,
könntet Ihr folgendes in einer der nächsten Nummern Eurer Zeitung bringen?

Der Kasseler Kulturladen möchte seine ,Kulturkartei' vervollständigen. Die Kartei soll dem Informationsaustausch und der gemeinsamen Arbeit dienen. Gesucht sind Leute, die auf dem Gebiet der ,Anderen' Kultur tätig sind, und zwar Produzenten und ,Vermittler' , also Ausstellungsmacher, Produzentengaleristen, Künstler, Theatergruppen, Musikgruppen und andere mehr. Es wäre gut, wenn Ihr außer Adresse und Daten (seit wann, wieviel Leute) Informationen über Eure Arbeit (Arbeitsweise, Inhalte, Zielgruppen, Finanzierung) schicken würdet. Für nächstes Jahr ist ein Treffen aller Interessierten geplant. Sobald die Adressenliste einen brauchbaren Umfang hat, könnt Ihr sie zugeschickt bekommen, wenn Ihr einen frankierten Rückumschlag + 50 Pfennig-Briefmarke für Kopie schickt.
PRAXIS – ein Laden für die Kultur, **Bebelplatz 149, 3500 Kassel, Tel 0561/77891**

Ursprünglich wollten wir ein ,Freies Ausstellungsmacherkollektiv' werden bzw. bleiben. Konzeption, Erstellung und Durchführung von didaktischen, inhaltlich an gesellschaftlichen Realitäten orientierte Ausstellungen war unser Ziel und sollte es bleiben, zum Beispiel ,Von Tauschern zu Täuschern' – Ausstellung zur Warenästhetik. Dann wurde eine Ladenwohnung im Zentrum unseres Stadtteils frei. Diskussionen um Inhalte, Formen, Finanzen und Personenwechsel setzten ein.
PRAXIS – ein Laden für die Kultur hat sich zum Ziel gesetzt für und mit Freunden, Nachbarn, Arbeitskollegen, Schülern, Studenten, Lehrer, Hochschullehrer, Stadtteilbewohnern, all denen, die wie selber auch sind, zu vermitteln bzw. mit ihnen zu erproben, daß wir nicht für eine Kultur leben, sondern in einer Kultur und daß wir die selbst gestalten können.

Wir zeigen Ausstellungen von Freunden — eigene sind in Vorbereitung — da sind Künstler, bekannte und weniger bekannte, Nichtkünstler, andere Galeristen. Das sind sogenannte gesellschaftsbezogene Sachen, zum Beispiel ‚Berufsverbote' oder von Oberheidmann „Fotografiere doch keine alte Frau" und Sachen, die uns Spaß machen, ‚Ästhetisches' zum Beispiel ‚Panamarenko' oder ‚Saltoarte', eine Edition verschiedener Künstler aus einer Schachtel (Flippikram), oder beides wie eine Ausstellung über die Huichol-Indianer aus Mexico oder die Fotoausstellung von Fiebig und Schwab „Viele Grüße aus dem Sozialstaat"; wobei uns klar ist, daß wir in unseren Räumen nur einen kleinen Teil von ebenso kleinen Zielgruppen ansprechen. Die ‚Ansprache' an die Bewohner des Stadtteils oder gar der Stadt findet dort statt, wo sie sich gemeinsam bewegen. Als Beispiel: von uns organisierte Stadtteilfeste mit Infoständen, Spielaktionen (Seilspiele mit Heers), Musik- und Theatergruppen oder die Ausstellung ‚Lebensinteresse contra Profitinteresse auf dem Bebelplatz' oder die Veranstaltung ‚Wer geht noch zu Fuß im Vorderen Westen'. Aktivitäten im städtischen Freiraum einerseits und Veranstaltungen im Laden andererseits müssen in eine sinnvolle Wechselbeziehung treten. Beeinflußt wird unsere Arbeit durch Kassels ‚Stadtzeitung', die mit der PRAXIS die Räume teilt. Unsere Erfahrungen und Lernprozesse bedingen eine permanente Wandlungsfähigkeit unseres Ladens.

NEUES AUS DER PROVINZ

KREFELD
9. September

„Liebe Leute!
Damit die Welt auch mal mitkriegt, was so in der Provinz läuft, möcht'ich euch mal kurz erzählen, was hier so in den letzten 10 Tagen gelaufen ist.

Die ganze Sache begann eigentlich ziemlich harmlos. Vor etwa drei Monaten wurde in Krefeld die BÜRGERINITIATIVE NIEDERRHEIN/KREFELD gegen ATOMKRAFTWERKE (BINKA) gebildet. Zunächst waren fast ausschließlich DKPler und so dadrin. Dann besann sich die „Sponti"-Scene in Krefeld doch mal dareinzugucken. Tja, und ohne es so richtig gewollt zu haben, waren die mit „gespaltener Zunge" sprechenden DKPler raus. Aber nun begann der Laster Anfang. Denn jetzt mußten die müden Krefelder „Spontis" die Anti-AKW-Arbeit leisten. Und wie bei uns am „schönenNiederrhein" so üblich, verrante man sich nach kurzer Euphorie in ewige Diskussion und -zig Ausschüsse. Praktische Arbeit wurde (und wird) kaum geleistet. So'n paar Typen sind natürlich immer dabei, die aus derReihe tanzen und Plakate kleben und spritzen. So auch dieses Mal. Nur dieses Mal kam alles ganz anders als gewollt.

Einige Freaks überlegten sich nämlich, ob man dieses Spritzen nicht qualitativ verbessern könnte. Da kam die Idee von der Schablone auf. Von der Sonne wurde mit der Schrift in mühsamer Arbeit eine Schablone angefertigt.
Tja und dann wurde am Wochenende 2./3. September losgelegt. Es wurde so ziemlich alles verschönert. Unter anderem auch das Gerichtsgebäude. Leider wurde einer der Künstler durch eine liebe Mitbürgerin bei der Arbeit gestört und nach getaner harter Nachtschicht durch unseren „Freund und Helfer" die Polizei gestellt und dessen Arbeitsmaterialien beschlagnahmt.
Trotz alledem las man am Dienstagmorgen beim Frühstück die Zeitung und was stand dort: „Radikale Kernkraftgegner als Brandstifter? ". Denn aus dem Zufall, daß nach den kunstvollen Malereien am Landgericht ein lieber Mitbürger mit einer Leuchtkugelpistole das Gericht in Brand setzen wollte, schloß der Dorfpolizeichef Bloser, daß dies wahrscheinlich ein Racheakt der AKW-Gegner sei. Er ging sogar so weit, daß er behauptet, wer Parolen spritzt, der legt auch Brände, und wer Brände legt, der legt auch Bubacks um.

Darauhin machte die BINKA eine Pressekonferenz, wo sie die Sachen richtigstellte. Jedoch wurden die Sachen natürlich wieder verdreht in den Lokalblättern abgedruckt.

Unser lieber kleiner Polizei-Wichtelmann Bloser sah nun aber für sich eine Chance ins Rampenlicht zu kommen. Denn wann gibt es schon mal in Krefeld solchen Aufruhr. Er machte also kurzerhand die AKW-Gegner zu Terroristen und ordnete am Mittwochmorgen eine Hausdurchsuchung an. Mit ca. 20 Freunden und Helfern, darunter auch Leute vom BKA und LKA, sperrte er Straßen und durchsuchte er das Haus. Doch leider fand er weder den z.Zt. nicht auffindbaren Hanns-Martin Schleyer, noch die Leuchtkugelpistole.

Außerdem werden Wagen angehaltenund durchsucht, weil sie Kalkar-Aufkleber o.ä. draufhaben usw...

Weil wir uns gedacht haben, daß unsere Nachbarn bestimmt auch wissen möchten, was dieser Bulleneinsatz sollte, machten wir ein Transparent mit folgendem Text und hingen es nach draußen:

„Liebe Nachbarn!
Weil wir AKW-Gegner sind,kam es am Mittwoch zu diesem riesigen PolizeieinSSatz! Wartet nicht auf bessre Zeiten!"
Auf gute Nachbarschaft!"

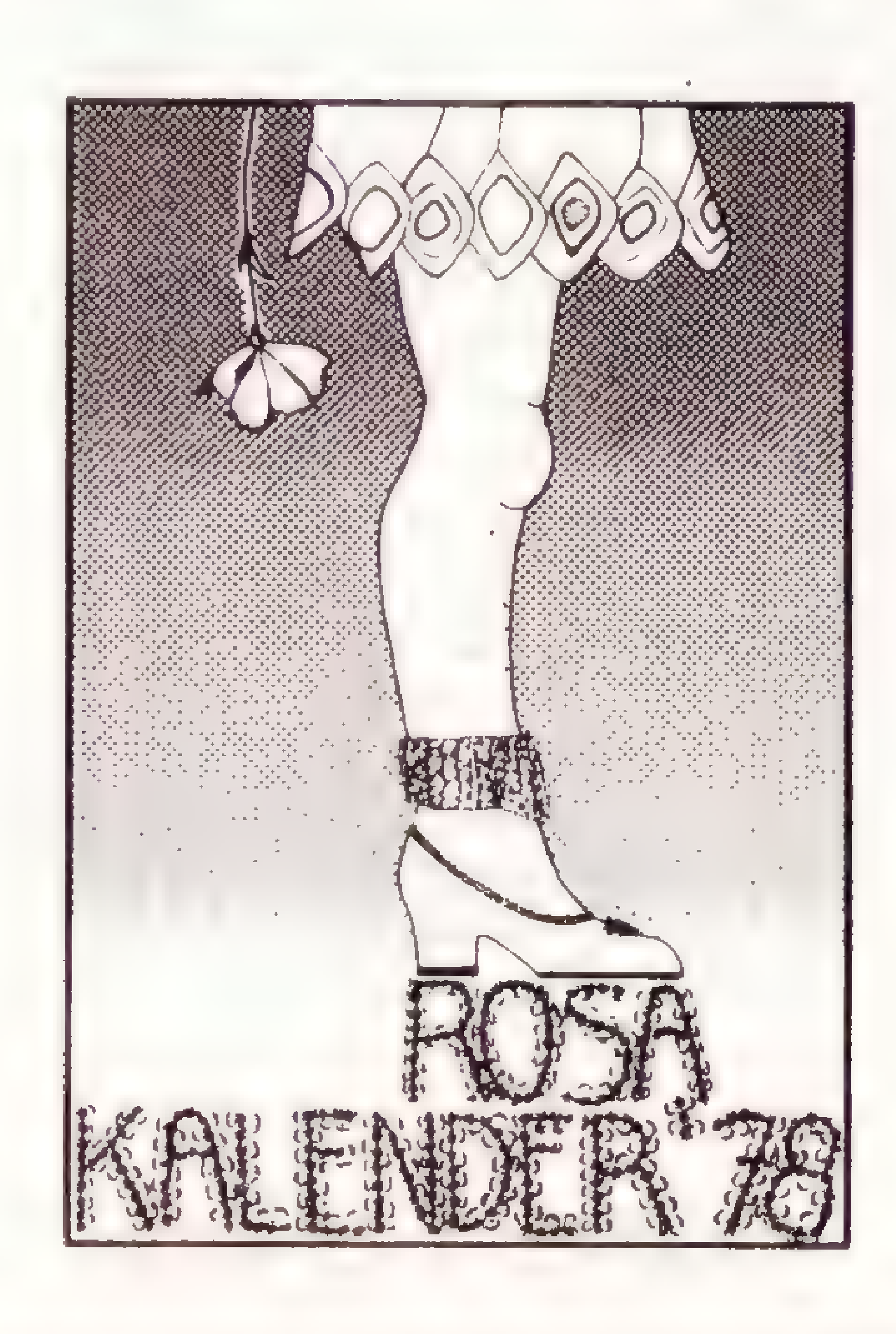
Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß das SS ein Rechtschreibefehler ist.

Soweit die Lage heute. Bis demnächst!"

1. SCHWULER TASCHENKALENDER 1978

AACHEN
13. September 77

„LiebeFreunde und Genossen,wir die Aachener Printenschwestern, haben für 1978 den 1. schwulen Taschenkalender für die BRD zusammengebastelt. Nach einer Zeit der Enttäuschung und Resignation gibt es jetzt auch in der Schwulenbewegung wieder etliche Initiativen und neue Ansätze. Einer der Versuche, die Isolation der Schwulenghettos zu druchbrechen und eine bessere Kommunikation zwischen fortschrittlichen Schwulen herzustellen ist unser "Rosa Kalender '78".
Er kostet 7 DM und ihr bekommt ihn in den linken Buchläden. Gegen vorherige Einzahlung von 7 DM (zuzügl. 60 Pf Porto) auf das Postscheckkonto Köln Nr. 241539-509 D. Castro, 5100 Aachen, oder per Nachnahme bei den AACHENER PRINTENSCHWESTERN c/o D. Castro, Oppenhoffalle 112, 5100 Aachen.



BEWEGUNG IN DER SCHWULENBEWEGUNG

BERLIN/ESSEN 10. September Zwei Männerkalender erscheinen dieses Jahr. (Aus Aachen, der in dieser Nummer angekündigt wird und einer aus Frankfurt, der Mitte Oktober erscheint.)
Zu gleicher Zeit hat sich in Berlin eine Initiative für eine gewerkschaftliche Schwulengruppe zusammengefunden. Die erste Mitteilung:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wir sind gerade dabei, in der West-Berliner ÖTV eine gewerkschaftliche Schwulengruppe aufzumachen. Damit wollen wir in der Gewerkschaft das Tabu der Diskriminierung schwuler Männer und Frauen am Arbeitsplatz brechen und in der Gewerkschaft unsere Selbsthilfe als Betroffene organisieren.
Indem wir diesen Aufruf verbreiten, möchten wir dazu anregen, auch in anderen Gewerkschaften solche Gruppen zu gründen und mit uns Kontakt aufzunehmen.
Soviel wir wissen, ist unsere Gruppe die erste innerhalb der deutschen Gewerkschaften. Nur aus England und USA ist uns Vergleichbares bekannt. Falls jedoch ähnliche Gruppen bei uns bestehen sollten, möchten wir gerne mit Euch in Verbindung treten und Erfahrungen austauschen."

Kontaktadressen:

Klaus Timm	**Manfrd Herzer**
Wittelsbacher Str. 7	**Wulffstr. 7**
1000 Berlin 31	**1000 Berlin 41**
Tel. 881.83.02	**Tel.: 791.96.09**

SOLDATENLIEDER GANZ IM ZEICHEN DER NEUEN „VORWÄRTSVERTEIDIGUNG"

SIGMARINGEN 11.September Die Soldaten Zeitung „Gegen-Druck" herausgegeben vom Antimilitaristischen Arbeitskreis (AMAK) fordert die Soldaten auf, verstärkt auf die Lieder zu achten, die in der Bundeswehr gesungen werden. Dazu gibt es zwei aktuelle Anlässe:

Einmal das zunehmend seit vergangenem Jahr faschistische Soldatenlieder (in eigener Auffassung von „Traditionspflege") wiederentdeckt werden, bzw. „aktualisierte" Fassungen faschistischer Hetzlieder als Neuentdeckungen eingeführt werden.

Zum anderen besteht zwischen dem agressiv-imperialistischen Charakter dieser Lieder und der neuen Nato-Strategie, der „Vorwärtsverteidigung" ein direkter Zusammenhang.
Zunächst zur Strategie der Bundeswehr und der Nato, die im Zusammenhang mit der Debatte über die Neutronenbombe diskutiert wurde.:
Der „Gegen-Druck" zitiert Adalbert Weinstein, den Militärexperten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:
„ ... auch der Leopard II ist kein König des Schlachtfelds mehr. Er braucht Schutz durch andere Waffen. Hilfe erhält er von einem fliegenden Waffensystem, dem Panzerabwehrhubschrauber ... Die Kombination Panzer und Panzerabwehrhubschrauber erlaubt die elastische und bewegliche Verteidigungsfront in Breite und Tiefe auszuweiten...

Doch wo soll die Tiefe hergenommen werden, die zur dynamischen Abwehr eines möglichen Feindes gebraucht wird? Unser Operationsgebiet ist nach dem Westen hin zu schmal. Wir können auch nicht linear verteidigen. Die Gegenseite zerschmetterte mit ihrem Massenaufgebot sofort jede Stellung. Wir können aber auch keinen Raum aufgeben. Denn unser Raum ist Siedlungsgebiet und Produktionsstätte. Allein in dem hundert Kilometer breiten Streifen entlang der innerdeutschen Grenze und der Tschechoslowakei wohnen 30% unserer Bevölkerung. Ein Viertel unserer Industrie ist hier konzentriert. Wenn wir so schnell sein wollen wie die Angreifer, ... müssen wir darum planen, die Tiefe, die die Beweglichkeit des modernen Kriegs verlangt, ‚vorwärts' zu suchen. Aus der Vorneverteidiung muß eine Vorwärtsverteidigung werden."

„Muß nicht die derzeitige Planung der Vorneverteidigung einer Revision unterzogen werden? Ist es denn selbstverständlich, daß ein Verteidigungskrieg nur auf dem Boden von Verbündeten geführt werden soll? Holland, Belgien und die BRD können bei Verwendung atomarer Waffen nur zerstört werden, wenn alles militärische Denken rückwärts gerichtet bleibt. Da eine lineare Verteidigung von einem Gegner immer durchbrochen wird, muß zwar beweglich abgewehrt werden. Aber warum hinten? Da ist doch noch die angriffsweise Verteidigung, das operative Zupacken mit begrenztem Ziel, aus der Defensive heraus, zur Führung der Abwehrschlacht. (...) Wohl könnte auch bei einer Vorwärtsverteidigung dem Grauen nicht überall ausgewichen werden. Doch verlagerte sich das Unheil mehr nach dem Osten."

(„FAZ" vom 4.4.77 und „FAZ" vom 26.7.77)
Diese Ausführungen sprechen wohl für sich.

Zu den Liedern:
Zunächst eine Übersicht:

„ Wenn vor Danzig die Rote Flotte im Meer versinkt
Marschall Gretschko in Bratislava am Galgen schwinkt
Ziehn die Grenis mit ihren Mardern in Moskau ein
Dann wird ewig Friede in ganz Europa sein

Wenn am Roten Platz das Deutschlandlied erklingt
Hört von fern, wie es singt.
Habt ihr unseren Hauptmann nicht gesehen
Kurz vor Moskau mit dem Marder muß er stehn
Habt ihr unseren Hauptmann nicht gesehn
Dort muß er stehn."

(Von einem Aushang in der Rommelkaserne in Dornstadt. Veröffentlicht in : Süd-West Presse Ulm am 11.8.77)

Dieses Lied

Dieses Lied gehörte bereits vor einem Jahr zum Programm bei der Ausbildungskompanie in Immendingen.

„ Heiß war der Tag und eiskalt die Nacht und die Heimat so weit.
10 Tage schon in tobender Schlacht und zum rasten da blieb keine Zeit.
Tage und Nächte stand nie der Motor,
wir schlugen und stürmten und kämpften uns vor.
Mit den Panzerkamaraden treu vereint,
immer die ersten am Feind.

Panzergrenadiere vorwärts zum Siege voran,
Panzergrenadiere vorwärts, wir greifen an!

Wie einst in Polen und in Flandern,
ja und im heißen Wüstensand,
wird jeder Feind gestellt, bis die letzte Festung fällt
und im Sturm drauf und dran überrannt, ja von wem:

Von den Panzergrenadieren,
Panzergrenadieren überrannt."

(Aus der Ellwanger-Reinhardt Kaserne zur Bataillonsübergabe des 1.Panzergrenadierbat. 302 im Juli 77 eingeübt)

In der 2./PzBtl 294 in Stetten a.k.M. befahl der Kp-Chef OLt Beller den am 1.7.77 eingezogenen Rekruten, das „Panzerlied" zu singen, ein Befehl, der nicht von allen Soldaten befolgt wurde.

„ Ob's stürmt oder schneit, ob die Sonne uns lacht
der Tag glühend heiß oder eiskalt die Nacht,
verstaubt sind die Gesichter, doch froh ist der Sinn.
Es braust unser Panzer im Sturmwind dahin.

Mit donnerndem Motor, so schnell wie der Blitz
dem Feinde entgegen, im Panzer geschützt.
Voraus den Kameraden, im Kampf ganz allein
so stoßen wir tief in die feindlichen Reihn.

Mit Sperren und Tanks hält der Gegner uns auf
wir lachen darüber und fahren nicht drauf.
Und schüttelt er grimmig und bös seine Hand
wir suchen uns Wege, die keiner sonst fand.

Und läßt uns im Stich einst das treulose Glück
und kehren wir nicht mehr zur Heimat zurück,
trifft uns die Todeskugel, ruft uns das Schicksal ab,
dann ist unser Panzer ein ehernes Grab."

Wenn die Presse dann gelegentlich nachfragt, ist die Bundeswehr-Führung um Ausreden nie verlegen: Beispiel ist dafür: „ Da ist ein junger Kommandeur, der seinen Leuten ein zündendes Lied verordnen wollte - und dabei hat er sich vergriffen", meinte gestern ein hoher Offizier der Bundeswehr - zitiert nach Südwestpresse vom 6.8.77. Bei den anderen handelt es sich regelmäßig um „Einzelfälle".

Sollten Lieder dieser Art gesungen werden oder in den Kasernen verbreitet werden, schickt den Text mit Angabe von Ort und Zeit an:

Antimilitaristischer Arbeitskreis
z.Hd. B. Plagemann
Postfach 1222
7420 Münsingen

ID BIBLIOGRAPHIE — ID BIBLIOGRAPHIE

Verlag Assoziation, Hamburg

* Erziehung zum Umweltschutz, Holger Strohm; Reihe Politische Ökologie; 11,00. Arbeitsmaterialien für Lehrer und Studenten. Vom Autor des 'Klassikers' : Friedlich in die Katastrophe.
* Mit Samthandschuh und Eisenfaust, Polizei in der BRD, hrsg. von Bruns/Schrammer/Larking/Bolle. Untersuchung zu Struktur und sozialer Zusammensetzung der POlizei; 10,00.

Verlag Rosa Winkel, Berlin

* Schwule Lyrik, Schwule Prosa; eine Anthologie. Hrsg. Elmar Kraushaar. 14,00. Literarischer Querschnitt verschiedener Autoren. Von Klaus Mann bis Rosa von Praunheim.

AG SPAK Publikationen, Berlin

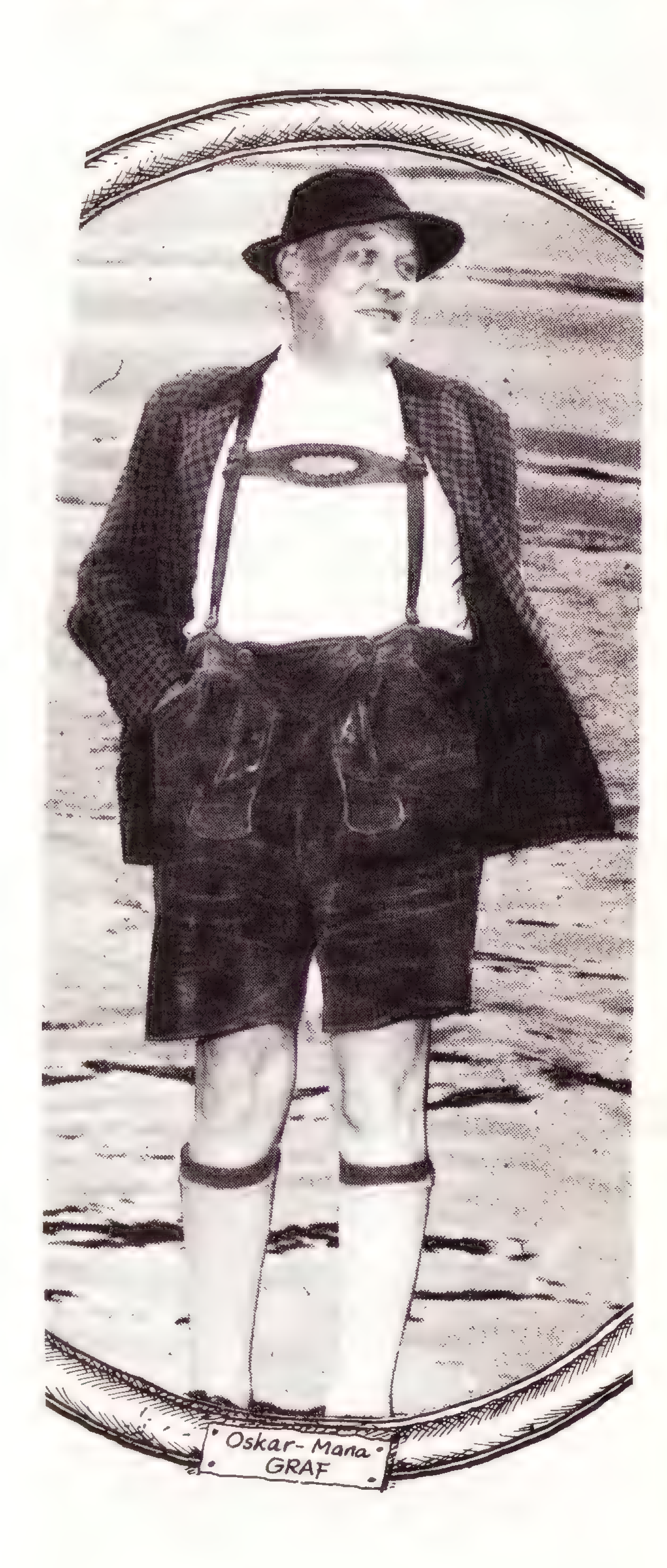
* Plutonium und Polizeistaat oder Was kommt nach Wyhl und Brokdorf; Werner Biermann; Nachbemerkung von Hans-Helmuth Wüstenhagen, 6,80. Großtechnologie - Politische Ökologie - Bürgerinitiativen
* Zur Alternativen Ökonomie II, 13.00. Die Suche nach Alternativen, die nicht nur auf den Freizeit Bereich beschränkt bleiben, sondern auch die materielle Reproduktion absichern, hat zu einem sprunghaften Anwachsen der Zahl von Projekten 'alternativer Ökonomie' geführt. Theorie, Praxis und Diskussion verschiedener Beisspiele - Kneipen, Bäckereien, Selbsthilfegruppen, Kooperativen usw- vorwiegend in Selbstdarstellungen .
* Obdachlosenpolitik in der BRD. Trendlinien kommunaler Politik, Projekterfahrungen; 13,00.
* Medizin als Strafe, Erfahrungen aus dem Strafvollzug, Autorenkollektiv Ärztegruppe für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten, 8,50.

Plakat - Bauernverlag, Stuttgart

Der Verlag ist ein Projekt des Sozialistischen Büros Offenbach und bringt kritische Studien zur Agrarpolitik und Landwirtschaft. Neu:
* Abschied von der Provinz, Albrecht Funk; Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik, 10,00.

CIRA, Genf

ist die Abkürzung für 'Centre Information de Recherches sur L'Anarchisme', welches 1957 gegründet wurde und eine umfangreiche internationale Dokumentation von Texten des Anarchismus betreibt. Die Bibliothek bezieht laufend den gröten Teil der anarchistischen Periodika und Publikationen aus der ganzen Welt, sowie neuere Forschungen und wissenschaftliche Arbeiten.
Das CIRA - Bulletin erscheint zweimal im Jahr und enthält unveröffentlichte Artikel von historischem und bibliographischem Interesse, Rezensionen, Liste von Neuerscheinungen und mehrsprachige Nachrichten des CIRA. Mitglieder (Mindestjahresbetrag 15 Franken) können Bücher ausleihen.
CIRA, Case postale 51, CH - 1211 Genf 13



INTERNATIONALES

MARSCH FÜR' S LEBEN

MALVILLE/LARZAC
15. September

Der 2. Internationale Gewaltfreie Marsch für die Entmilitarisierung beendete seine Elsass-Etappe am 21. Juli in Lauterburg (ID 181/188/189).
Zu seiner Fortsetzung mit den Zielen Malville - Naussac - Larzac fand sich die „serpant des luttes" (Schlange der Kämpfe) am 22.Juli in Gerstheim (Elsass) zusammen. Die Teilnehmerzahl dezimierte sich und schwankte von nun ab zwischen 50 - 100 Marschierern. Die Stationen waren Orte, an denen sich die Menschen im Kampf gegen Projekte (AKW's, Staudamm, Militärgelände usw.) befinden, die ihren Lebensraum und ihre Existenz bedrohen:

Gerstheim: Seit 26.Jan.77 besetzter Platz, auf dem ein meteologischer Mast der EDF (staatl. Energiekonzern Frankreichs) steht, um Messungen für den Bau des geplanten AKW's Gerstheim-Erstein durchzuführen.

Heiteren: besetzter Platz, auf dem ein noch nicht fertiggestellter Mast der Hochspannungsleitung AKW Fessenheim - Paris steht (ID 186).

Balschwiller: ist betroffen vom Bau des ‚Grand-Canal' (der neue Rhein-Rhone-Kanal). Hier fand ein Fest gegen den Bau des Kanals statt, mit elsässischer Folklore ‚Roger Siffer u. Geranium' und einem Theaterstück über die Leidensgeschichte des Elsass vom ‚Pappendeckl-Theater'.

Bourogne: Die Demonstration gegen die Stationierung von Pluton-Raketen auf dem Militärgelände Fougerais wurde von einer Straßensperre durch CRS-Bullen aufgehalten. Protestzug mit Autos und Traktoren durch verschiedene Dörfer bis nach

Montbeliard: Demonstration gegen den Bau des Grand-Canal entlang der Trasse.

Vaudoncourt: selbstverwaltetes Dorf. Die Bewohner treffen die Entscheidungen für ihr Gemeinwesen (Haushalt, Bauten, Schulbetrieb etc.) kollektiv. -Jeder weiß was vorgeht!

Besancon: Besuch in der Uhrenfabrik LIP. Seit April 76 wieder besetzt und seit Ende Mai 77 Wiederaufnahme der Eigenproduktion zur Ausbezahlung der Gehälter. Die LIP.s schilderten uns ihre Lage: sie sind von der Demontage des Maschinenparks bedroht, dagegen haben sie Barikaden aus Beton und Eisen an beiden Eingängen gebaut. Ständige Repressalien indem ihnen Strom und Wasser abgedreht werden, dabei sind einmal 100 000 Uhrwerke, die in Kühlräumen bei konstanter Temperatur lagern, zerstört worden. Wir diskutierten mit ihnen über verschiedene Kampf/Widerstandsformen: violant - non violant.

Novillars: Wir sperrten für 2 Stunden die grosse Ferienstraße gen Süden N 83 und leiteten den aus Süden zurückkehrenden Ferienverkehr über eine Nebenstrecke durch einen malerischen Teil des Doubs-Tales, das vom geplanten Rhein-Rhone-Kanal zerstört werden soll.

Lons-le-Saunier: Demonstration mit Masken für Entmilitarisierung und gegen die friedliche wie militärische Nutzung der Kernenergie. In Lons ist eine Zusammenballung von Militärstreitkräften.

Sennecy-le-Grand: die EDF plant hier den Bau eines ‚Hyper-Phoenix', 2x 1800 MW, Die bisherigen Arbeiten wie Untersuchung und Kauf des Geländes wurden mit Erfolg verhindert/sabotiert.

Lyon: Vorbereitung auf das Malville-Wochenende mit der MERA (Mouvement Ecologiste Rhone - Alpes).

Malville: 30./31.Juli Ankunft Freitagabend in Montalieu, einem der 4 Sammlungspunkte (die anderen waren Morstel, Polyrieu, Courtenay), nachdem wir auf Schleichwegen Polizeikontrollen umgehen konnten dank ortskundiger Führer. Am Samstagmorgen um 6.30 wurden wir brutal geweckt, eine Masse von CRS-Bullen (ca. 500) hatten das Camp umstellt und die Zelte wurden durchsucht. Mitgenommen wurde niemand. Nachmittags fanden Foren zu versch. Themen statt, auf denen dann aber über das Vorgehen beim Marsch am Sonntag geredet wurde. Um 19 Uhr VV des Camps Montalieu. Hier ıch

schlägt ein Vertreter vom Koordinationskommite drei Vorgehensweisen vor:

1. verschiedene Märsche (Sternmarsch) von den 4 Sammelpunkten aus in Richtung Bauplatz
2. ein gemeinsamer Marsch (die 4 Teilmärsche sammeln sich vorher) in Richtung Bauplatz
3. ein gemeinsamer Marsch auf der N 75 (außerhalb der „verbotenen Zone")

Um 1. und 2. wurde heftig gestritten, dann entschied sich die Mehrzahl für den 2. Vorschlag, nach dem Bekanntwerden, daß die anderen 3 Camps schon dafür gestimmt hätten. Im Nachhinein stellte sich das als ein Fehler dar, denn so stauten sich die 80 000 (Schätzung des Comite) auf den engen Straßen unterhalb der Hügel von Faverge, wo ab Mittag schon gekämpft wurde und die ankommenden Massen konnten schwer bzw. kaum bis dorthin vordringen. Es wäre sinnvoller gewesen an breiter Front vorzugehen, bzw. an mehreren Stellen. Ein weiterer Fehler in diesem Zusammenhang war die Isolierung der Ausländer, bes. der Deutschen schen in Morestel. Dies ermöglichte dem Prefekten Jannin zu seiner faschistoiden Hetzkampagne gegen die Deutschen . Viel wurde auch kritisiert das Fehlen einer besser organisiertne Information/ Kommunikation während des Marsches. Es war da vom Koordinationskommite und ihrer monatelangen Vorbereitung wenig/fast nichts zu spüren, sie waren es ja die das Gelände gut kannten. Bestimmend für den Gang der Ereignisse war jedoch die Brutalität der Polizei, die zunehmend rücksichtsloser Tränengas - Offensivgranaten und was sonst noch für ein Zeug in die Menge ballerten, und deren erste Opfer schon gegen 13 Uhr vom Sanitätsdienst durch die auf den engen Straßen kilometerlang , in strömenden Regen stehenden Menschenmassen, an fassungslosen Gesichtern vorbei abtransportiert wurden - im Hintergrund die dumpfen Detonationen der Granaten - gespenstische Szenerie, die Wut in einem aufsteigen ließ und gleichzeitig Ohnmacht gegen solch eine Übermacht von Gewalt.

Unter diesem Eindruck stand auch die Versammlung vom Hauptteil der Demonstranten auf einem freien Feld hinter der Front. Es wurde hin und her diskutiert, was zu machen sei und schließlich beschlossen, da hier ein Durchkommen unmög-

lich schien, sich nach Poleyrieu zurückzuziehen und dort von Neuem zu beraten, um von dort aus einen neuen Anlauf zu machen. Aber es war schon abzusehen, daß bei der Niedergeschlagenheit der Leute kein nueer Anlauf zustandekommen würde und so wurde dann auch in Poleyrieu die Demo aufgelöst. (Weiteres im ID 194)

St.Maurice: de l'Exil: Hier ist ein AKW, 4 x 1300 MW, geplant und vorbereitende Arbeiten (Anfahren von Kies aus der Rhone für die Nivelierung des Baugeländes)sind unter dem Deckmantel einer anderen Firma schon im Gange, obwohl das Planfeststellungsverfahren noch lange nicht abgeschlossen ist. Wir unterstützen das örtliche Comite beim Blockieren der Arbeiten: wir hielten die Kieslaster an und diskutierten mit den Fahrern, bald darauf mit den eilig heraneilenden Unterchefs/Chefs. Wir forderten eine Stellungnahme des verantwortlichen Unterprefekten. Ein Trupp Gendarmen "observierte", notierte sich die Autonummern und ließ uns sonst in Ruhe.



Cruasse —: Meyesse: Hier ist ebenfalls ein AKW geplant (übrigens an der Rhone soll mal alle 40 km eins stehen!). Es gibt ein gut arbeitendes Comite, von Bürgermeister und kath. Pfarrer unterstützt, die Dossiers über die Zerstörung des gesamten Südens durch den Bau von AKW's an der Rhone erstellt haben, u.a. sollen im Znetral-Massif über 20 Staubecken/Talsperren (siehe auch Naussac) errichtet werden, deren Wasser zur Kühlung der AKW's gebraucht wird, da das Rhone-Wasser nicht ausreicht.

Montelimar: Demonstration für Vital Michalon, der durch eine Offensivgranate (ihre Druckwelle zerriß ihm die Lunge) in Malville ums Leben kam. Wir besetzten eine Kreuzung, Straßen wurden besprüht mit

"Vital tu es avec nous" und
" Vital Michalon tu es vivant".



Naussac : 5./6.Aug.: Großes Treffen (ca. 10 000) gegen den Bau eines Staudamms/Talsperre bei der ein ganzer Landschaftsteil mit mehreren Ortschaften u.a. Naussac im Wasser verschwinden soll. Das Treffen stand unter dem Zeichen von Malville. Das Comite war sehr verunsichert und grenzte sich stark gegen die Ereignisse dort ab.Dies rief vielfachen Protest hervor, der sich am Sonntag bei der Demonstration aktiv umsetzte: zunächst weigerte sich ein großer Teil der Demonstranten sich an dem Marsch nach Naussac, der vom Bauplatz wegführte, zu beteiligen (hier schallten Rufe wie "nous sommes tous des Ecologistes allemands") und forderten stattdessen zum Bauplatz zu marschieren. Erst nachdem die zuvor gefallenen beleidigenden Äußerungen (gegen langhaarige Freaks und "Schlägertypen" von Malville) eines Comite-Sprechers zurückgenommen wurden, beteiligten sich alle am Marsch nach Naussac. Im Anschluß daran fand noch, trotz Warnung "da gibt's dann noch mehr Tote" und der Versuch des "Ordner-Service" (den die maoistische Humanite—Rouge gestellt hatten) den Weg zu versperren, ein friedlicher Marsch zum Bauplatz statt. Wir setzten uns vor dem Eingang auf die Straße, es folgten Proklamationen, Sprechchöre, Diskussionen über Malville (ein Vertreter des Verteidigungskommites berichtete über den Prozeß in Bourgoin, ID 194). Die CRS hatten sich bei unserem Kommen hinter den Bauzaun zurückgezogen, griffen uns aber nicht an. Nach einer Stunde zogen wir wieder ab. Diese Aktion hat uns Mut gemacht, nach der Deprimierung von Malville sich nicht von den Repressalien und der Bullen-Übermacht einschüchtern zu lassen, sondern offensiv zu bleiben.

Larzac : 13.-15. Aug.: Hier fand der Marsch sein Ende, ein gutes Ende, denn das Treffen der 80 000 war ein großes Erfolg (siehe auch ID 194).Es hat uns gezeigt, daß die Skepsis gegenüber Massenveranstaltungen nach den deprimierenden Ereignissen von Malville nicht immer zutreffend ist.
Es bleibt aber der Gedanke, daß alternative, vielschich tigere auch kleine (anzahlmäßig) Aktionsformen verstärkter gefunden und angewendet werden müssen.

Kontaktadresse: Frank Linke
Brüder-Knauss-Str. 66
6100 Darmstadt, Tel. 06151/661304



ZUR ANTI-AKW- UND ÖKOLOGIEBEWEGUNG IN SPANIEN (TEIL II)

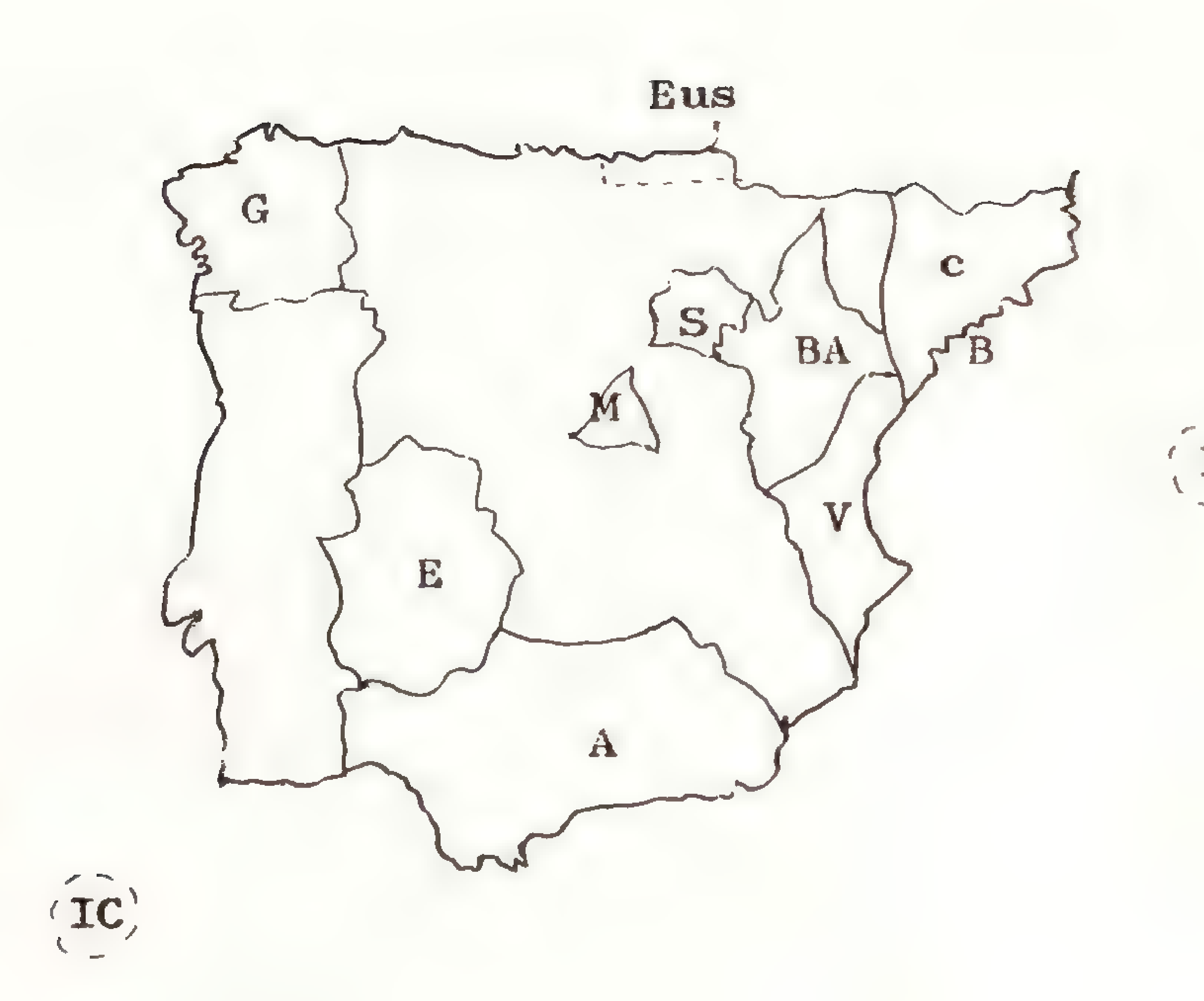
MADRID
1. September

In der vorigen Ausgabe (ID 194) wurden Initiativen in den beiden Provinzen Galizien und Euzkadi vorgestellt. Hier weitere Informationen über die spanische Umwelt-Bewegung:

SORIA

Die Provinz zeichnet sich außer durch weite Felder und Pinienwälder durch eine hohe Emigrationsziffer, das Fortbestehen des "caciquismo" (Klüngelwirtschaft in rückständigen, von wenigen beherrschten Landgebieten) und eine niedrige Bevölkerungsdichte aus.Vielleicht war das einer der den ausschlaggebenden Gründe, sie als Standort des spanischen Forschungszentrums Almazan auszuwählen. Es umfasst:
Reaktor JEM III, schneller Brüter CORAL II, Sodiumkreislauf HL-40, Kernfusionsversuchsanlagen, Brennelementfabrikation, Wiederaufbereitungsanlage zur Behandlung von Atommüll, Plutonium-Laboratorium.

Der Bau wurde trotz tausender Einsprüche, die ihn als Gefahr für den Fluß Duero ansehen, unter dem Schutz der Guardia Civil wiederaufgenommen.



KARTE ZUR ALLGEMEINEN ORIENTIERUNG

A	Andalusien
B	Barcelona
BA	Unteres Aragon
C	Katalonien
E	Extremadura
Eus	Baskenland
G	Galizien
IB	Balearen
IC	Kanarische Inseln
M	Madrid
S	Soria
V	Pais Valencia

UNTERES ARAGON (BAJO ARAGON)

Das Gebiet umfaßt 85000 Bewohner, hauptsächlich Bauern auf 250 000 ha, die mit 5 000 Traktoren und 500 Mähmaschinen, einer für spanische Verhältnisse sehr hohen Zahl, arbeiten. 26 000 ha werden künstlich bewässert, entsprechende Möglichkeiten bestehen für 140 000 ha. An Energiequellen gibt es die Wasserkraft des Ebro sowie die Hälfte der spanischen Kohlereserven. In den Provinzen Teruel und Zaragoza entlang des Ebro werden Oliven angebaut.

Nach dem Krieg wurde viel Gewicht auf die Kohlesuche gelegt. Ein Staudammprojekt der Gesellschaft ENHER überflutete zwischen Mequinenza und Rivarroja auf 150 Km Länge gute Ackererde, die ehemaligen Bewohner der DörferMequinenza und Fayon kämpfen immer noch um die entsprechenden Entschädigungsqutoen.
Da diese Region während der Republik weitgehend anarchosydikalistisch in Kooperativen organisiert war, war hier die Repression der Sieger besonders stark, was jetzt zu einer skeptischen Grundeinstellung gegenüber politischen Bewegungen beiträgt.
1974 wurden die ersten Atomkraftwerke angekündigt, erst 1976 bildete sich dagegen die DEIBA (Verteidigung der Interessen des Unteren Aragon), eine Vereinigung, die im Rahmen der frankistischen Gesetze arbeitet und ein Buch in Auftrag gibt, das in engem Zusammenhang mit den konkreten Auseinandersetzungen geschrieben wird.

In Andorra ist ein Wärmekraftwerk geplant, das 1 050 MW erzeugen soll und 12 kg pro Sekunde SO_2(das sind 300 000 Tonnen jährlich) in die Luft blasen wird und damit die Landwirtschaft im Umkreis zerstören wird. Die Kühlung wird aus einem Stausee vorgenommen, der ursprünglich zur Bewässerung gebaut wurde. Die 2 000 Bauarbeiter und 1 500 Bergarbeiter aus einer benachbarten Mine sind auf Dauer in grossen Barackensiedlungen untergebracht, die dabei entstehenden sozialen und psychischen Probleme haben schon einige Tote gekostet.
Die zahlreichen Energieleitungen, die das untere Aragon durchqueren, sind für einen Teil seiner Bewohner zum Symbol für etwas geworden, das DEIBA als Kolonialisierung bezeichnet: nur 2 % der hier produzierten Energie wird in der Region selbst verbraucht. Es besteht eine Konkurrenz zwischen dem Einsatz des Wassers als Kühlmittel oder für die Landwirtschaft, zwischen der Verwendung der Region als Atommüllplatz oder Nahrungsmittelproduzent.
Im Gegensatz dazu stößt der KKW-Bau in der Umgebung von Escatron auf Zustimmung: die fruchtbare Huerta, die hier vor 20 Jahren lag, ist durch ein bereits gebautes Wärmekraftwerk zerstört worden, so daß beim Auslaufen der Funktion dieses Kraftwerks den Bewohnern keine andere Arbeitsmöglichkeit mehr bleibt als der KKW-Bau.
Die sieben von DEIBA beauftragten Mitarbeiter, die das Buch erstellen sollten, bereisten zuerst die Gegend. Dabei trafen sie an zahlreichen Stellen auf staatliche Firmen unter Regie des Industrieförderungsinstitutes INI. Insgesamt wurden 300 direkte Einzelbefragungen durchgeführt. Dann wurden in Caspe und Alcaniz zwei Symposien mit halbstündigem Wechsel der Diskussionsleiter durchgeführt, gleichzeitig wurde die DEIBA zur offensiven Interessenvertretung umgewandelt, die sie unter dem Franco-Regime nicht sein durfte. Es wurden Pressekonferenzen abgehalten, Kontakt zu anderen Gruppen in Katalonien hergestellt, in Caspe fand eine Traktordemonstration statt. Das t raditionelle Volksfest "tambores" wurde durch Aufkleber auf den dabei verwendeten Trommeln politisiert, die sich gegen das INI und die Elektrizitätsgesellschaften ENDESA und ENHER richteten. Das Buch ist inzwischen erschienen, für die Bauern gibt es eine Sonderausgabe mit extra großen Schriftzeichen, die in der Region selbst zu einem Sonderpreis verkauft wird.
Am 21. Juli erklärte der Bürgermeister mit allen Stadträten des im Einzugsgebiet des geplanten KKWs gelegenen Ortes Caspe über die lokale Rundfunkstation seinen unwiderruflichen Rücktritt und ruft zu einer Protestdemonstration auf, an der 4 000 Personen teilnehmen.

MADRID

Die "grünen Gruppen" Madrids sehen sich derzeit hauptsächlich vor drei Problemen:
Gredos : eine Sierra (Gebirge), die eines der beliebtesten Ausflugsgebiete darstellt und von einem Konsortium, an dem der Regierungspräsident Suarez beteiligt ist, urbanisiert werden soll. Der Widerstand dagegen wurde relativ spontan von einer losen Koalition aus Bergsteigern und Anarchisten getragen, eine ihrer bekanntesten Parolen war: "Gredos para cabras y montaneros - no para chupones y domingueros" (Gredos für Ziegen und Bergsteiger - nicht für Geldsäcke und Sonntagsausflügler).

Valcotos: in einem Tal in einem anderen Gebirgsgebiet soll nach einem 1975 vom Ministerrat gebilligten Projekt eine Siedlung für 3 885 Personen entstehen. Es wird von den Bauern und Viehzüchtern bekämpft, die Nac hteile für die künst-

liche Bewässerung und ihre Weiden sowie eine chemische Anreicherung des Stausees Pinilla del Valle befürchten. Sie verweisen darauf, daß das Projekt zu 70 % in einem Gelände liegt, dessen rechtlicher Status etwa den deutschen Naturparks vergleichbar ist und daß jetzt schon unter Knappheit an Wasser, Elektrizität und Straßenbau leidet. Im Sommer kommt dort auf 6 000 Einwohner ein Arzt. Der Bürgermeister des Ortes Rascafria und die Vereinigung für das Studium und den Schutz der Natur verlangen, daß das ganze Tal zu einem Naturmuseum erklärt wird, womit es unantastbar wird.
Casa de Campo: der einzige mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die Einwohner Madrids erreichbare Naturpark. Er war erst königliches Jagdgelände, wurde dann von der Republik der Stadtverwaltung geschenkt mit der Auflage, ihn nicht zu verändern. Dennoch wurden nach und nach eine Pferderennbahn, ein Club, ein Attraktionspark, eine Seilbahn und ein Zoo auf öffentlichem Boden errichtet und an private Nutzer übergeben. Damit ist die als bebaubar vorgesehene Fläche von 34 ha(2 % von 1 700 ha) schon überschritten. Inzwischen gehen ziemlich sichere Gerüchte um, daß die Stadtverwaltung wegen der niedrigen Rentabilität des Parks besorgt ist und eine Consulting Firma mit den entsprechenden Untersuchungen beauftragt hat. Diese Firma macht eine Meinungsumfrage, deren Objektivität allein durch die Tatsache beleuchtet wird, daß ihre Aufsichtsratsmitglieder mit den Banken liiert sind, die die bisher in der Casa de Campo arbeitenden Vergnügungsunternehmen finanziert haben. Man spricht von Plänen für einen zweiten künstlichen See, einen Fernsehturm mit Restaurant, ein Planetarium, eine einspurige Eisenbahn.

PROVINZ VALENCIA

Das Land Valencia war lange Zeit eine Symbiose von hoher Bevölkerungsdichte und gartenähnlichen Kulturen (Huertas) mit Anbau von Reis und Zitrusfrüchten. Sie wird zunehmend gestört durch:

- forcierte Industrialisierung durch die Stahlwerke in Sagunto, Ford, die Zementwerke El Turia, Esso von Castellon,IBM in Puebla de Vallbona
- ungezügelte Urbanisierung, z.B. das Projekt Villanova mit 100000 Einwohnern
- Spekulation mit Küstenlandschaften, z.B. in Benicasim, Cullera, Gandia, Benidorm, Alicante
- die Trassenführung der Autobahn "del mediterraneo".

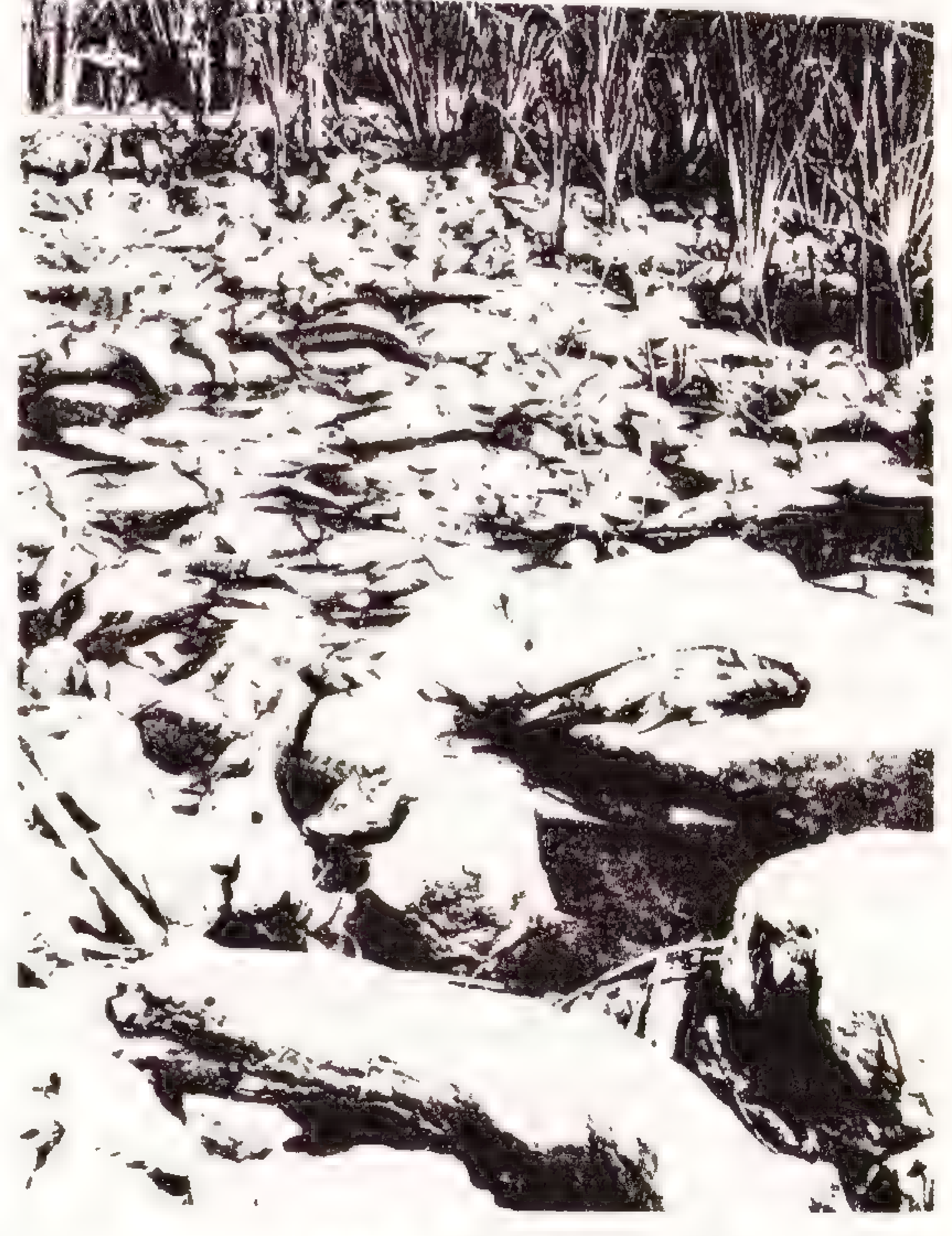
Einige der wichtigsten Konflikte der letzten Zeit:
El Saler: ein Waldgebiet, das erst Eigentum der Stadt Valencia war und zwischen der großen Lagune La Albufera und dem Meer lag, nach und nach privatisiert und durch Golfplätze, Straßen, Wohnanlagen und Parkhäuser zerfressen wurde, die schwache Mobilisierung der Nachbarschaftsvereinigung konnte nicht verhindern, daß die Pinien allmählich absterben.
La Albufera: diese Lagune stand durch Abwässer schon kurz vor dem biologischen Umkippen, jetzt soll ein Abwässersammler gebaut werden,der bis zur Mündung des Flusses Turia ins Meer führt, allerdings ist keine Kläranlage vorgesehen, bevor die Abwässer ins Mittelmeer geleitet werden.
Turia: im Rahmen des "Plan sur" soll dieser Fluß aus der Stadt Valencia rausgelegt werden; da Valencia nur 0,7 m^2 Grünfläche pro Einwohner besitzt (Madrid und Barcelona 10 m^2), verlangen die Anwohner die entstehende freie Fläche als Park, die Entwicklungspläne sehen stattdessen die Führung der Autobahn Madrid - Levante über die neue Freifläche vor,Opposition von seiten der Nachbarschaftsvereinigungen,der Berufskammer, der jungen Handelskammer und der Vereinigung der Freunde des Landes mit der Parole „el Llit del Turia es nostre y el volem vert" (Das Bett des Turia gehört uns und wir wollen es grün), inzwischen ist es an die Stadt übereignet worden, damit besteht die Gefahr latent weiter.
Cofrentes: ein KKW im Bau an den Ufern des Jucar, der die Huerta bewässert, die Gefahr wurde bisher nicht genug beachtet.
Castellon: eine bisher wenig geschädigte Tiefebene, in der jetzt eine Esso-Raffinierie und eine Ammoniakfabrik gebaut werden sollen, dagegen Unterschriftensammlung.

Die politischen Organisationen benutzen die ökologischen Forderungen als Anschauungsmaterial, um die Notwendigkeit demokratischer Stadtverwaltungen oder der regionalen Autonomie zu beweisen. An anderen Aktivitäten arbeitete AEORMA zeitweilig bei El Saler, die Berufsorganisationen der Architekten und Licenciados (Studenten mit Abschluß) machten Ausstellungen mit Gegenvorschlägen zur Urbanisierung, in Valencia wurde ein Gebiet zur Einrichtung eines botanischen Gartens von Nachbarschaftsvereinigungen besetzt.Insgesamt hängt die Initiative noch weitgehend von Einzelpersönlichkeiten ab.

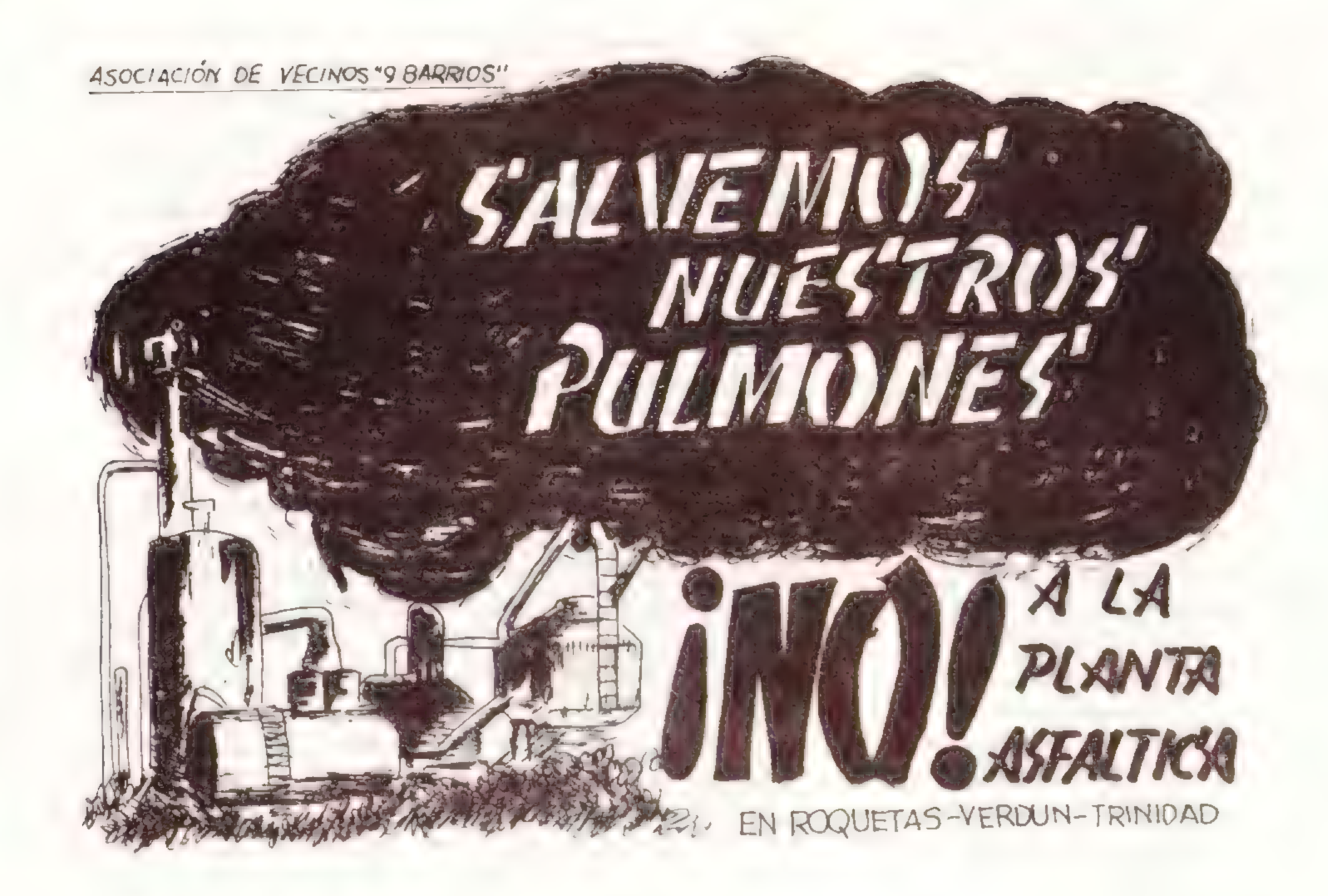
KATALONIEN

Lange Zeit wurden ökologische Verbrechen in Katalonien aus Angst vor den Koalit ionen der Verursacher mit den Mächtigen nicht aufgedeckt. Das erste Zeichen, daß das anders werden könnte, war eine Demonstration am 7.8.76 in Torroella de Montan, an der 3 000 Personen teilnahmen. Sie richtete sich gegen das Fischsterben im Teruel, das von der Papierfabrik Torras-Hostench verursacht worden war, deren Besitzer Xucla gleichzeitig Vorsitzender der Deputation der Provinz Gerona ist. Die Proteste blieben aber ergebnislos, ähnlich wie die gegen den Qualm, der dauern über die Autobahn und den Ort Sarria del Ter zieht. Erfolgreich waren sie gegen das Projekt, in der Region massiv Eukalyptus anzupflanzen (für die Papierherstellung). Eine ähnliche Verfilzung von Industrieinteressen und lokalen Machtstrukturen findet man in der Provinz Lerida zwischen dem Besitzer der INPACSA-Papierwerke, Garreta, und dem Bürgermeister Porcioles. Die Folgen davon sind u.a. ein Fischsterben im Segre.

Ein Wettbewerb "Angeln nach seltsamen Gegenständen" im Segre, der von einer Umweltschutzvereinigung ausgerufen worden war, wurde verboten, zumindest ist aber bekannt,daß in diesem Fluss der Anteil an Zyaniden außergewöhnlich hoch ist.
Andere ökologische Streitpunkte:
Costa Brava: trotz des Massentourismus haben sich noch einige Gebiete weitgehend natürlich erhalten, z.B. das Cap de Creus, die Sümpfe der Bucht von Rosas und der Mündungen von Ter und Daro, die Steilküste zwischen l'Estartit und Escal. Gegen ihre Erschliessung wenden sich die Grupo de Defensa des Aiguamolls Empordaneses, die Lliga per la defensa del patrimoni natural, der Congres de Cultura Catalana mit Wanderausstellungen, Radiosendungen und einem Volksfest in der umstrittenen Region.



Fischsterben in Katalonien



Aufkleber einer Nachbarschaftsvereinigung:

Nachbarschaftsvereinigung „9 Stadtteile", retten wir unsere Lungen! Nein zur Asphaltfabrik in Roquetas – Verdun – Trinidad!

Ebrodelta: auf der Halbinsel von Alfaques sind eine 130 000 Bewohner-Siedlung und ein Sporthafen geplant, dagegen wenden sich Tausende von Einsprüchen von Gruppen aus Amposta und Barcelona, zusammengefaßt von der Wandervereinigung Pena excursionista ampurdanesa, dem CCC und DEPAMA.
Pyrenäen: Verstärkung des Straßenbaus zur Erschließung eines großen Wintersportzentrums bei Queralbs/Nuria, die Proteste der Wandervereine erreichten zumindest einiges zur Veränderung der Trassenführung und die Einrichtung eines Nationalparks.
An KKWs ist das Zentrum bei Tarragona zu erwähnen, die Initiativen dagegen werden von der Coordinadora Anti-Nuclear de Catalunya zusammengefaßt, besonders in Katalonien sind die KKW-Gegner sehr aktiv und gut organisiert. Bei den Demonstrationen gegen ein Wärmekraftwerk in Cubelles wurde der Straßenverkehr einige Male blockiert, das Eingreifen der Guardia Civil führte zu Verletzungen.

x)- Anmerkung: Die portugiesischen Eukalyptushaine, die in der Hand von Kooperativen sind, finden keine Abnehmer mehr für das Holz.

BARCELONA

Barcelona erlebt einen Prozeß der Verwandlung ehemaliger Handwerkerviertel in Suburbs mit, die Trennung von Wohnen und Leben läßt die innere Kommunikation des Stadtteils zerfallen, gleichzeitig werden ehemalige Ramblas (zum Spazierengehen geeignete Straßen) in Schnellstraßen verwandelt.
Auf dem wertvollen Ackerboden der Umgebung wachsen Hochhäuser in die Luft, im Baix Llobregat-Industrieviertel. Die auf Flußboden gebauten Neustädte zeigen nach kurzer Zeit Risse in den Wänden, in Besos waren sie so bedrohlich, daß im Mai 6.000 Bewohner auf die Straße gingen, die Läden und die Schulen schlossen und den Stadtteil mit Barrikaden umgaben, um Verhandlungen über Reparaturen zu erzwingen. Die Nachbarschaftsvereinigungen versuchen, die Auseinandersetzungen möglichst auf den gesamten Stadtteil auszuweiten. So wurde eine umweltbelastende Asphaltfabrik in La Trinitat bei Nou Barris besetzt und von den Anwohnern demontiert. Inzwischen ist sie stillgelegt und wird als Ateneo (Kulturzentrum des Viertels) verlangt.

Weitere Probleme sind die Ansiedlung gefährlicher Industrien in Poble Nou, die Restauration des Born (ehemaliger Markt) in Barcelona und die Öffnung der Straßenbahnhallen in Sants, die jetzt leerstehen, für die Anwohner.

EXTREMADURA

Extremadura gilt als das "Aschenputtel Spaniens" in bezug auf das Einkommen, die sozialen und Bildungseinrichtungen und neuerdings auch wegen der Sitte, es mit KKW's anzureichern, von denen gesagt wird, daß man sie am liebsten in Gegenden baut, wo wenig Widerstand zu erwarten ist.
Daß die Rechnung nicht mehr ganz aufgeht, zeigte die zweite Demonstration gegen das KKW bei Valdecaballeros, die am 14. August in der Provinzhauptstadt Badajoz stattfand und 5.000 Teilnehmer, davon viele aus den Dörfern und Delegationen aus den Teilen Spaniens, in die die Emigration der "extremenos" geht (Euskadi, Catalunya) zählte. Trotz Genehmigung wurde sie von der Guardia Civil mit Schlägen aufgelöst.

ANDALUSIEN

Die sozialen Verhältnisse in Andalusien lassen sich durch eine Ziffer andeuten: nach einer Erhebung der Gewerkschaften beträgt die Arbeitslosigkeit unter den Tagelöhnern in Sevilla zur Zeit 70 %. Die ökologischen Organisationen wie Andalus, Averroes und Anao befinden sich erst im Aufbau. Eine ihrer Parolen lautet "aire corrompido, igual a sistema corrompido" (verschmutzte Luft entspricht dem verschmutzten/korrumpierten System). Ihre Bemühungen konzentrieren sich gegenwärtig auf die Rettung des Naturparks Donana.
Die Donana ist ein Sumpfgebiet von 100.000 ha an der Mündung des Guadalquivir, das noch nicht erschlossen ist und sich durch enormes Tierreichtum auszeichnet: Damhirsch, Hirsch, Wildschwein, Königsadler, Wanderfalke sowie durch typischen Pflanzenbestand: Zistrose, Kork, Heidekraut, Pinien und ein in Europa seltenes System von Wanderdünen. Das Problem besteht darin, daß zur Füh-

rung der Straße Cadiz-Huelva parallel zum Strand diese Dünen festgelegt werden müssen, damit wird das Gleichgewicht im Nationalpark selbst infragegestellt, weil die Zufuhr von Sand notwendig ist. Ein anderes Problem ist, daß die zu erwartende Abnahme der Insekten beim Trokkenlegen der Sümpfe zu einem Vogelsterben führen kann. Sie werden auch dadurch bedroht, daß die L agune von Medina bei Jerez de la Frontera, in die sie bisher ausweichen konnten, wenn die Donana zu wenig Wasser hatte, durch eine Baustelle und eine andere durch Stacheldraht geschützte Pumpe allmählich trockengelegt wird. Schließlich wird bei Annalcollar ein Bergbaugebiet geplant, dessen Abwässer in den Guadalmiar geleitet werden sollen. Im 30 bändigen Projektbericht soll mit keinem Wort auf ökologische Folgen eingegangen worden sein.

BALEAREN UND MITTELMEER

Nach Aussagen von Cousteau, dem berühmten Unterwasserforscher und derzeitigen Direktor des Ozeanografischen Museums in Monaco, ist das Mittelmeer bedroht, wenn auch noch nicht verloren. Besonders der Merkuriumsgehalt im Thunfisch ist 3 mal so hoch wie in den im Atlantik gefangenen Fischen. In den nächsten drei Jahren sollen 76 Laboratorien in den 15 Anrainerstaaten Kontrollmessungen mit gleichen Anlagen und Fragestellungen durchführen.
Im Sommer machte die sechstgrößte der Balearen, die bis dahin weitgehend unbekannte Insel Dragonera (Dracheninsel) Schlagzeilen. 1974 war sie an einen katalanischen Privatmann mit der Auflage verkauft worden, 50 % der Fläche natürlich zu erhalten, der Rest soll urbanisiert werden, außerdem soll ein Sporthafen angelegt werden, sodaß im Endeffekt 4.000 Personen die Insel bevölkern werden, die jetzt unbewohnt ist.



Werbetafel, von einer Nachbarschaftsvereinigung umfunktioniert:

Die Schule soll anfangen!

Hat Dein Sohn einen Platz in der Schule?

Nein, aber wir kämpfen um einen!

Auf! Gemeinsam setzen wir es durch! Versammlung der Nachbarn von Vernera Alta

Diese Pläne riefen den Protest von Ornithologen, Naturgeschichtlern und Architekten hervor, der Bebauungsplan wurde trotzdem einstimmig angenommen.
Kurz nachdem er Rechtskraft erlangt hatte, wurde die Insel von etwa 50 Anarchisten besetzt, die erklärten, bleiben zu wollen, bis die urbanisierende Firma ihre Absicht erklärte das Projekt aufzugeben. Weitere Gruppen, die auf die Insel übersetzen wollten, wurden von der Guardia Civil abgeschnitten, so auch der Lebensmittelnachschub. Die Sängerin Maria del Mar Bonet erklärte ihre Solidarität. Filmaufnahmen von Mario Camus für den Film "Auch das Meer stirbt" wurden von der Marinekommandantur verhindert.
Überlegungen der Provinzbehörden, die Dragonera zu kaufen und in einen Naturpark umzuwandeln, scheitern bisher an Geldmangel. Der Staatssekretär für Raumordnung und Umwelt besuchte sie während der Besetzung, ohne mit den Besetzern zu sprechen. Nach 12 Tagen wurde die Besetzung ergebnislos abgebrochen, einige Rechtsanwälte legten vor dem Verwaltungsgericht Widerspruch gegen den Bebauungsplan ein. Bisher ist das weitere Schicksal der Insel unklar.

Ähnlich ist die Situation bei der drittgrößten der Balearen, Formentera, die vom Tourismus wenig berührt wurde, jetzt aber in sein Blickfeld gerückt ist. Auch hier sprechen sich die Bewohner gegen eine weitere Urbanisierung aus.

Auf Mallorca beabsichtigt eine Schweizer Gruppe die Verwandlung der Costa del Poniente (zwischen Illetas und San Telmo) in eine Domäne des Luxustourismus. Um diese Aufwertung einer bisher dem Massentourismus gehörende Zone zu erreichen, müssen einige Schlüsselforderungen erfüllt werden, nämlich die Reinerhaltung der Strände (!!), die Reduzierung der Gebäudehöhen und die Erhöhung der Qualität der Hotels auf 4 oder 5 Sterne.
Die fünftgrößte der Balearen, Cabrera, dient z.Zt. als Manövergelände, auf dem auch scharf geschossen wird. Begreiflicherweise widersetzt sich die Armee allen Versuchen, sie in einen Naturpark zu verwandeln.



DAS SPANISCHE NUKLEARPROGRAMM

- ● KKW im Betrieb
- ◐ KKW im Bau
- ◔ KKW genehmigt
- ○ KKW geplant

KANARISCHE INSELN

Auf den kanarischen Inseln beabsichtigt eine deutsche Investorengruppe die Einrichtung eines Naturparks (!!) auf Las Palmas. Er soll mit 200.000 qm eine Touristenattraktion werden und eine Sammlung von Kakteen aus allen Ländern, ein Amphitheater, 2 künstliche Seen, einen Vogelpark und anderes umfassen.

AKW--DEMO IN MONTALTO D' ITALIA

Rom 28.8. "Contro il piaggo/potere operaio! (Gegen den Regen ArbeiterMacht!") riefen Sprechchöre, während am 28. August ein bunter Haufen von etwa 8000 Demonstranten der noch jungen Anti-AKW-Bewegung Italiens im Nieselregen über die Autobahn nach Montalto di Castro liefen, 114 km nördlich von Rom, wo das erste AKW des Landes gebaut werden soll. Der Marsch und die abschließende Kundgebung auf dem Marktplatz der Kleinstadt Montalto di Castro beendete das zweitägige Treffen der Gegner von Atomkraftwerk-Planern und Erbauern in Italien. Rufe während des Marsches: "Contro gli centrali nucleari/ nuclei armati proletari" (etwa: gegen die Atomkerne/ bewaffnete proletarische Kerne), "lotta dura per la verdura" (hart ist der Kampf ums Gemüse).
Auf dem Marktplatz sprachen Vertreter der Bewegung und ein Bauer aus Montalto zur Frage der Rücksichtslosigkeit der AKW-Planer und über die Ahnungslosigkeit der Bevölkerung bis hinein in die Parteien einschließlich der kommunistischen, was die unabwendbaren Gefahren dieser Projekte nicht nur für die Italiener heute, sondern für zig Generationen danach betrifft.
Die Aufklärungskampagne und der Kampf stehen noch am Anfang, Montalto di Castro steht exemplarisch für Italien da, weshalb einer der Redner die Ausrufung von "Montalto d'Italia" proklamierte.
Zu einem Ereignis besonderer Art gestaltet sich der Auftritt des in Italien jedermann bekannten und gegenwärtig bedeutendsten Theatermachers Dario Fo, der inzwischen auch an mehreren bundesdeutschen Bühnen gespielt wird. "Zuerst kommt der Mensch, dann die technische Entwicklung", sagte Fo vorweg in Anlehnung an Mao Tse Tung, um seinen Standpunkt zu verdeutlichen. Dabei bemängelte er die Haltung der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), die in Fragen der Atomenergie diese Maxime vernachlässigt. "Spaß zur Politik machen, Politik zum Spaß machen" lautet die Devise Dario Fo's, die er sogleich verwirklichte: Dario Fo gelang es, auf unnachahmliche Art einen Atomwissenschaftler und AKW-Händler zugleich darzustellen, der die Harmlosigkeit solcher Anlagen demonstriert und sichtbar auftretende Pannen eloquent wegzureden versucht. Daß es Fo ohne besonderen technischen Aufwand, Bühnenbild oder Mitspieler während seines viertelstündigen Atomsketches gelingt, unter Einsatz eines englisch/deutsch/italienisch-klingenden, mit einem Schuß Trick-Film-Toncharakteristik bereicherten Sprachverschnitts bei gleichzeitiger, automatischer Einspielung technischen Lärms, und mit dem Gestus eines mit allen Werbewassern gewaschenen Gebrauchtkernkraftwerk-Händlers den Prozeß der Vorbereitung und Durchführung von Kernspaltung in einem Reaktorgehäuse für jedermann wiedererkennbar und überzeugend darzustellen, erklärt Dario Fo's Einmaligkeit und Popularität als Schauspieler und Theatermacher. Die atemlos mitgerissenen italienischen Zuschauer forderten anschließend stürmisch mehr.

DER HEISSE HERBST FÄNGT IM SOMMER AN

ALICANTE 13. September Am 22. August traten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Schuhindustrie in Elche (in der Nähe von Alicante) in den Streik. Sie wollten damit die Unternehmer zwingen über neue Tarife zu verhandeln. Am 24. August dehnte der Streik sich auf Elda, Petrel, Monovar, Sax und Villena aus und damit auf das Zentrum der Schuhindustrie Spaniens; einige Tage später schließen sich Mallorca, Logrono, Albacete, Valencia und Murcia an. 60.000 Arbeiter befinden sich im Ausstand, die ganze Schuhindustrie ist lahmgelegt und das zum erstenmal in ihrer Geschichte.
Der Arbeitgeberverband FICE (Federacion de Industriales del Calzado) dekretiert prompt das lockout und erklärt, alle Streikenden von der Krankenversicherung abmelden zu wollen.

Dieser Streik hat sich und das ist eine seiner Besonderheiten, unabhängig von der Gewerkschaft USO (union sydical obrera, kleinere sozialistische Gewerkschaft, vgl. CFDT in Frankreich) und den KP - nahen Arbeiterkommissionen entwickelt. Auch die große sozialistische Gewerkschaft UGT (Union General de Trabajadores), die dachte, die Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten zu können, scheiterte; der Streik erwuchs aus Versammlungen, Diskussionen und Beschlüssen des movimiento asamblear10, der "Versammlungsbewegung". Diese Bewegung ist unabhängig von den Gewerkschaften und Parteien, sie ist auf die Schuhindustrie beschränkt, auf ihre besondern Probleme, sie geht davon aus, daß nur die Versammlungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und die hier gewählten Delegierten für alle verhandeln und sprechen können.

Dies ist umso erstaunlicher, zieht man die Beschaffenheit der Schuhindustrie in Betracht. Sie besteht nicht etwa aus großen Fabriken, wo sich massenhaft Arbeiter(innen) organisieren können, sondern aus tausenden von kleinen und Kleinstbetrieben, diese beschäftigen 25% der Arbeiter(innen) und stellen 21% der Gesamtware her; 25% aller Betriebe beschäftigen zwischen 25 und 250 Arbeiter(innen) mit einem Anteil von 63% an der Produktion, 15 Betriebe beschäftigen mehr als 250 Arbeiter(innen).
Die Heimarbeit allein bezieht 1/3 aller Personalkosten dieser Industrie auf sich; die Heimarbeiter(innen), die weder krankennoch sozialversichert sind und die niedrigsten Löhne erhalten, treten mit in den Streik.
Hinzu kommt, dßa es in dieser Gegend und in diesem Industriezweig kaum Kampferfahrung gibt: kleine Städte, Elche ist der größte Ort mit 80.000 Einwohnern, ansonsten schwankt die Bevölkerungszahl zwischen 10 und 30.000, gewerkschaftliche und politische Organisationen gab es hier in den letzten 40 Jahren keine.

Die Schuharbeiterinnen und Arbeiter äußerten sich heftig und konzessionslos: regelmäßige Streikposten zwischen 200 und 300 Leuten, Demonstrationen, tägliche Versammlungen, auch physische Auseinandersetzungen mit der Polizei ... o todos o ninguno, alle oder keiner: viele weigerten sich trotz guter Angebote ihrer Unternehmensleitung an die Arbeit zurückzukehren, bis nicht dasselbe für alle erreicht wäre.
Die Unternehmer mußten den movimiento asamblear10 akzeptieren, die Gewerkschaften, die leiten, führen und verhandeln wollten, wurden uninteressant als Verhandlungspartner.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter formulierten ihre Forderungen in den Versammlungen, die sie jeden Tag in Fußballstadien und auf den Straßen abhielten: a) Lohnerhöhungen zwischen 5.000 und 8.000 pts monatlich (1oo pts = ca. 2,80 DM), 30 Tage vollbezahlter Urlaub, 50% des normalen Lohnes während des Militärdienstes, Sozialversicherung für die Heimarbeiter(innen), gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Versammlungsfreiheit während der Arbeitszeit, Wiedereinstellung der aus gewerkschaftlichen und politischen Gründen Entlassenen,

Lohnsteuer zulasten der Unternehmer, Kinderkrippen und soziale Zentren für Betriebe mit mehr als 500 Arbeiter(innen), 40-Stundenwoche.

Die Unternehmer verloren an jedem Streiktag 300 Millionen pts., sie weigerten sich dennoch während des Streiks über diese Forderungen zu verhandeln. Nach 2 Wochen Streik dekretiert die Generalleitung für Arbeit (Sektion des Arbeitsministeriums, die zuhilfe gerufen wurde) die Bedingungen der Beilegung des Konfliktes: Verlängerung der jetzigen Tarife bis März 1978, darüber hinaus, 4 Wochen Jahresurlaub, 2 Prämien für Wehrdienstleistende, eine von 15 und eine von 30 Tagen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit (die Frauen werden in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, wahrscheinlich bezieht sich diese Forderung mehr auf die unterschiedliche Bezahlung in den verschiedenen Bereichen, vor allem wohl auch auf die Heimarbeit), Anhebung der Löhne um 25%.

Die Arbeiter beugen sich, doch in dem Bewußtsein, daß es weitergehen wird, wenn nicht jetzt, so im Herbst, daß das bißchen, was erreicht wurde, mehr werden muß, daß das ganze nur der Auftakt war zu einer größeren Auseinandersetzung.

Die "Europäanisierung", oder vielleicht auch das Modell Deutschland, der soziale Pakt, den die Gewerkschaften heute Spanien anstreben, ist gescheitert — hier durch die Wiederbelebung der Erinnerung an Zeiten der direkten Aktion und der direkten Demokratie.

AUSSENSEITER DER GESELLSCHAFT BILDEN KOORDINATION

MADRID
25.August

In Madrid gibt es seit 5 Monaten die ,Coordinadora de Grupos Marginados' (Koordinationsstelle der Randgruppen). Sie vertritt Minderheiten, deren Situation als Minderheit wichtige Rückschlüsse auf die gesamtgesellschaftliche Situation zulässt. Anfänglich war der Hauptinhalt ihrer Tätigkeit der Kampf gegen das ,Ley de Rehabilitación y Peligrosidad Social ' (Gesetz für Rehabilitation und gegen Gemeingefährlichkeit), ein Gesetz, das Bestimmungen über alle von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Gruppen vom Landstreicher bis zum Homosexuellen zusammenfasst. Die ersten Kontakte zu ihrer Bildung fanden anlässlich der ,Woche der Solidarität mit den „gewöhnlich" (nicht explizit politischen) Gefangenen' statt, die vom 21. bis 25 März in der juristischen Fakultät der Universität Complutense in Madrid stattfand.

Gegenwärtig wird die Koordinationsstelle von folgenden Organisationen gebildet:
Colectivos de Siquiatrizados en Lucha (Kollektive der in Psychiatrien Eingewiesenen im Kampf)
Comites de apoyo a la Coordinadora de Presos en Lucha (Komitees zur Unterstützung der Koordination der Gefangenen im Kampf, kurz: Unterstützungskomitees der COPEL)
Minusvalidos Unidos (Vereinigte Körperbehinderte)
Mujeres Libres (Freie Frauen)
Colectivo Feminista (feministisches Kollektiv)
Mercurio (Homosexuellenorganisation)
Frente Homosexual de Accion Revolucionaria (Revolutionäre homosexuelle Aktionsfront)
Movimiento Democratico de Homosexuales (Demokratische Homosexuellenbewegung)
Accion Domunista (Kommunistische Aktion)
Confederacion Nacional de Trabajadores (CNT, anarchosyndikat)
Man rechnet mit dem baldigen Beitritt der Organisationen der Behinderten, Asociaciones de padres y amigos de subnormales. Möglich ist auch die Integration Gruppen der Zigeuner, Kriegsdienstverweigerer und Drogenabhängigen.
(El Pais — Flugblätter)

RÄUMUNG BESETZTER HÄUSER IN FLORENZ

FLORENZ
24. August

Am 31.7.77 wurde in Florenz das Zentrum in der Via Calzazioli 8 von der Polizei in einer großangelegten Aktion geräumt. Der Häuserblock mit über 100 Zimmern war Ende Februar 77 von Studenten, Arbeitslosen und sonstigen Freaks besetzt worden. Aus der Bevölkerung wurde damals das gesamte Mobiliar für die Besetzer gespendet, da kaum jemand eigene Sachen hatte. Ca. 400 Genossen waren an einem Zimmer interessiert.

Die Hausbesetzung stand in Zusammenhang mit der Universitätsbesetzung im Frühjahr, während der u.a. eine Kommission gebildet wurde, die sich mit dem Wohnungsproblem beschäftigt. In Florenz sind 26.000 Studenten nicht ortsansässig. Für nur ca. 3% stellt das Studentenwerk Zimmer zur Verfügung.

Nach der Besetzung des Häuserblocks, zweier ehemaliger Hotels, entwickelte sich die Via Calzazioli zu einem alternativen Treffpunkt, zum Ausgangspunkt für politische Initiativen in der Stadt. Versammlungen der Uni - Fakultäten, der Frauen, der Arbeitslosen usw. fanden statt; eine Anti - Theater - Gruppe bildete sich; gleichzeitig war das Haus Anknüpfungspunkt für Genossen, die seit Jahren aus der Bewegung ausgestiegen waren. Innerhalb des Hauses gab es ziemliche Auseinandersetzungen, hauptsächlich über das Verhältnis von Politik und Persönlichem, aber dadurch wurde die Situation im Hause klarer, und ein gemeinsames Zusammenleben begann.

Nach der Besetzung gab es nicht endenwollende Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, die aus Kommunisten und Sozialisten besteht. Ohne Ergebnis geht es in die Ferien. Am 29. Juli schließen in Florenz die Fabriken, die Bevölkerung ist in Ferien, und überläßt den Touristen die Stadt. Zwei Tage später läßt die "rote" Stadtverwaltung das linke Zentrum räumen — die Kommunisten und Sozialisten sehen die "allgemeine öffentliche und nationale Sicherheit und Ordnung " in Gefahr.
Die Rausgeschmissenen wohnen vorläufig in einem Studentenwohnheim. Sie brauchen dringend Geld:

Spendenkonto: Via Calzazioli
Postscheckkonto Berlin-West
Nr. 22.000-102

„6–JAHR–FEIER" IN CHRISTIANIA

KOPENHAGEN
13.September

Neues aus dem „Freistaat", der freien Stadt Christiania:
Im September, vom 23. bis zum 25., wird in Christiania die ,6-Jahr-Feier' begangen. An diesen Tagen wird ein riesiges Kultur-Festival in der freien Stadt über die Bühne gehen: Filme über Christianias Geschichte, Entwicklung und Kämpfe; Filme über internationale Aktionen, Ausstellungen von in Christiania lebenden Künstlern aller Sparten, Shows, Kabaretts, Theatergruppen, Musikgruppen, Konzerte, viele, viele Happenings.

Dieses Festival soll den ungebrochenen Lebenswillen der Christianitter zeigen, soll zeigen, daß keiner der Bewohner gewillt ist, den Freistaat zu verlassen, der jetzt seit 6 Jahren besetzt ist.
Die Einnahmen wandern aufs Konto „støt christiania = støt danmark", woraus viele Aktionen, Dokumentationen und Aufbau-Projekte Unterstützung erhalten.
Besucher aus aller Welt sind liebevoll eingeladen, aber es gilt: „No camping in Christiania!".

Kontaktadresse: Stat Christiania, Dronningensgade 14
Kopenhagen / Dänemark
Tel. (01) 57 93 57

ARGENTINISCHE FILMEMACHER VERSCHWUNDEN

BUENOS AIRES
6. September

Die Militärs in Argentinien haben vor einem Jahr Beweise dafür geliefert, daß sie anscheinend verstanden, daß die Kultur Teil des Volksbesitzes ist; systematisch bereiteten die Militärs die Ausrottungskampagne von Natur- und Geisteswissenschaftlern wie Artisten vor. Aus passiven Zeugen wurden aktive Teilneher.

Raimundo Gleizer, Dokumentarfilmemacher und Haroldo Conti, Novelist und Drehbuchautor wurden von den Militärs in Buenos Aires kurz hintereinander entführt in Operationen, die normalerweise die Totschlägerbanden durchführen. Die Häuser der Entführeten wurden geplündert und alles was Wert zu haben schien zerstört.

Als neues Gesetz hat die Diktatur das Raubrecht eingeführt, um ihre Söldner zu entlohnen. Die wenige Habe des Volkes ist Teil der Kriegsbeute der Besatzungsmacht.

Gleizer und Conti stehen seit einem Jahr mit auf der Liste der Vermißten, nichts weiß man seither über sie.

In einem Land, in dem schwere Elektroschocks die erste Stufe der spitzfindigen und bestialischen Folterungsmethoden sind, denen alle politischen Gefangenen unterzogen werden, kann man sich leicht das Schicksal von Gleizer und Conti vorstellen.

Einen politischen Gefangenen aus dem Kerker der Diktatur zu reißen ist ein ungeheurer Sieg und die internationale Solidarität kann hier mithelfen.

Wie Beispiele zeigen, ist dies eine reelle Möglichkeit, Teil dieser Überzeugung ist die Freiheit von Raimundo Gleizer und Haroldo Conti fordern.

Machen wir diese Forderung zu unserer Sache.

Vereinigung Südamerikanischer Filmemacher

TAG DER SCHWULENBEFREIUNG

NEW YORK
6. Juli

In den amerikanischen Zeitungen ist der g ewöhnliche, nicht-diskriminierende Ausdruck für schwul gay, was auch fröhlich bedeutet. Wie im deutschen gibt's natürlich auch homosexual, (objektiv naturwissenschaftlich) lesbian für lesbisch, und diskriminierende Ausdrücke für schwul wie queer (verdreht) oder auch faggot (lahmarschig, sich hängen lassen ...). Ich halte das für erwähnenswert, weil mir in der deutschen Übersetzung, beim häufigen Gebrauch des Wortes schwul, eher die Assoziation schwül einfällt und weniger die fröhliche, befreiende Bedeutung wie im Englischen.

Ende Juni kam es in vielen US-amerikanischen Städten zu Schwulenversammlungen und Demonstrationen. Die Bürgermeister mancher Städte erklärten offiziell einen Tag des J a hres (den 26. Juni) für den Schwulentag (gay pride day), so wie ja auch die Arbeiterklasse und die Frauenbewegung ihren Tag haben.

In New York marschierten 100.000 Homosexuelle und Lesbierinnen die 5. Avenue hoch und erinnerten mit Plakaten und Sprechchören an 1969, als die Polizei eine Schwulenbar in Greenwhich Village überfallen wollte, aber von hunderten von Homosexuellen daran gehindert wurden, die sich wehrten und zurückschlugen. Anita Bryant, die eine reaktionäre Hetzkampagne gegen Schwule und einen Verband "Rettet unsere Kinder" anführt, wird enorm von der US-Rechten unterstützt und stand daher auch im Mittelpunkt der Kritik: "Anita, you bitch, we'd rather fight than switch". (s. auch Bild)





In San Francisco, wo 1/6 der Wähler (Einwohnerzahl der Gegend: 3,14 Millionen) homosexuell sind, demonstrierten 375.000 Leute. Daß soviele kamen, lag wohl daran, aß in der Woche vorher Robert Hillsborough ermordert wurde. Der 33-jährige wurde von 4 Jugendlichen, die ihn von einem drive-in aus verfolgt hatten, wo sie ihn bei einem Treff mit seinem Liebhaber gehänselt hatten, unter wüsten Beschimpfungen erstochen.

Die Fahnen vor dem Rathaus in San Francisco waren am gay freedom day deshalb auf Halbmast. Reden, die von den unterschiedlichsten Gruppen gehalten wurden, wandten sich fast alle gegen den Imperialismus und sprachen sich als Alternative für starke Befreiungsbewegungen der Schwarzen, der Indianer, der Frauen, der Schwulen, aller Unterdrückten aus.

In vielen anderen Städten wurde demonstriert, so 5.000 in Los Angeles, 1.500 in Atlanta, 2.000 in Seattle, usw.

(aus GUARDIAN, v. 6.7.77)

SCHWERE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN NICARAGUA

BONN
August 77

Im Nordosten Nicaraguas waren Guerilla-Gruppen der Untergrundbewegung FSLN in den Jahren 1975 bis 1976 am aktivsten. Seit dieser Zeit scheint dieses Gebiet durch militärische Einheiten quasi besetzt zu sein. Berichte, die ai vor allem aus kirchlichen Quellen zugeleitet wurden, sprechen von häufigen willkürlichen Morden, Folterungen und zahlreichen, offiziell nicht bestätigten Verhaftungen der Landbevölkerung, die der Unterstützung von Guerilleros verdächtigt wird. Nahezu alle von der lokalen Kirche dokumentierten Übergriffe von Polizei- und Militäreinheiten sind von der römisch-katholischen Hierarchie des Landes bestätigt worden.

Wie aus dem Bericht von a i hervorgeht, gibt es in Nicaragua neben den offiziell bekannten Gefängnissen eine Anzahl ländlicher Lager, in denen viele verhaftete Campesinos festgehalten und verhört werden. Das wahrscheinlich bekannteste und größte Lager liegt in Rio Blanco. Es sit einem Posten der Nationalen Garde im östlichen Matagalpa zugeordnet. Campesinos aus dieser Gegend sollen eine Verlegung nach Rio Blanco mit einer „faktischen Todesstrafe" verglichen haben.

Die wenigen Campesinos, die nach ihrer Verhaftung wieder freigelassen wurden, gaben amnesty international gegenüber an, mit Elektroschocks, Schlägen mit Gummischläuchen, Scheinhinrichtungen durch Hängen, und Fast-Ertränken in schmutzigem Wasser, gefoltert worden zu sein.

Im Departemento Zelaya, wo nach Angaben von Geistlichen die meisten Morde geschehen und die höchste Anzahl an Vermißten zu verzeichnen ist, soll nicht ein einzige Campesino vor ein Militärgericht gestellt worden sein. Militärgerichte haben seit der Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Rechte und der Ausrufung des Kriegsrechts am 28. Dezember 1974 für politische Gefangene die Funktion ordentlicher Gerichte übernommen. Verhaftungen und auch Freilassungen werden oft nicht bestätigt oder gemeldet. Nach Auffassung von ai kann allerdings die noch immer bestehende Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien durch das Verfassungsrecht nicht länger gerechtfertigt werden, denn der bewaffnete Aufstand vom Dezember 1974, auf den das Kriegsrecht beruht, war ein Einzelfall, dem keine weiteren schweren Störungen der öffentlichen Ordnung folgten. Es scheint, als ob die Regierung des Präsidenten Somoza Debayle den Ausnahmezustand dazu mißbrauche, die politische Opposition zu unterdrücken.



BEI DER HEIMREISE VON BELFAST FÜR 10 TAGE VERSCHWUNDEN

BOCHUM
11. September

Der Bochumer Wieland Giebel wurde während eines Urlaubs in Belfast mehrere Male von der Polizei festgehalten, was Irlandfahrer nicht überraschen mag, und aber dann beim Rückflug nach Düsseldorf während der Zwischenlandung in London/Heathrow verhaftet und 10 Tage inhaftiert, ohne Kontakt zu seinen Angehörigen, einem Anwalt, einem Pfarrer oder der Botschaft. Er schreibt selbst:

„Erklärung zu meiner Festnahme nach einem Belfast Aufenthalt:

„Die Soldaten fragten nach meinem Mann. Ich sagte ihnen, daß er nicht da wäre...Ein Soldat schlug mich auf den Hinterkopf und ich fühlte, wie mir das Blut den Rücken herunterlief. Ich verlor das Bewußtsein. Ein Krankenwagen kam und brachte mich ins Krankenhaus. Die ganze linke Seite meines Gesichts war grün und blau...Mein Mund war aufgesprungen und die Lippen sehr geschwollen."

Bernadette Hyland, 28 Jahre, Mutten von 3 Kindern
13. August 77

„Am Freitag, den 5. Aug. 1977 um 15.30 Uhr, war ich allein zuhause, als jemand gegen unsere Tür trat. Als ich öffnete, kamen vier Soldaten herein und fragten mich nach meinem Namen und meiner Adresse. Ich antwortete nicht und einer von ihnen hielt mir ein Hartgummigeschoß-Gewehr an den Kopf und wiederholte die Fragen. Da gab ich meinen Namen und meine Adresse an. Einer von ihnen sagte, daß dies ein republikanisches Haus sei und daß es sorgfältig durchsucht werden sollte. Als ich fragte, ob ich meinen 13 Jahre alten Bruder holen dürfte - er war in einem Haus auf der andern Straßenseite - haben sie es mir nicht erlaubt. Einer von ihnen - ein rothaariger Soldat - blieb bei mir im Wohnzimmer, während die andern drei nach oben gingen. Der Soldat, der bei mir war, nahm eine kleine irische Fahne von der Wand und ging zur Haustür und wedelte damit in der Luft herum und sagte, daß ein St. Patricks-Tag-Abzeichen, das er im Zimmer sah, nur ein Haufen Dreck wäre. Als ich erwiderte, daß einige Leute nicht so dächten, richtete einer der Soldaten, der gerade die Treppe von oben wieder herunterkam, sein Gewehr auf meinen Kopf und fragte, was ich da gerade gesagt hätte...."

Jacqueline Henry, 14 Jahre

Dies sind Auszüge aus Protokollen über Mißhandlungen von Iren durch die britische Armee in Belfast direkt nach dem Besuch der Königin. 17 dieser Protokolle und weitere Informationen - schriftlich und auf Band aufgenommen - führten zu meiner Festnahme am Donnerstag, den 25.8.77, gegen 18 Uhr am Flughafen Heathrow, London.

Zwei Tage zuvor war ich bereits zusammen mit einem Professor aus Frankfurt und seiner Familie etwa eine Stunde lang von 10 britischen Soldaten im Stadtzentrum von Belfast festgehalten worden, die bei einer Routineuntersuchung die Berichte von mißhandelten Iren bei mir gefunden hatten.

Wir mußten uns an eine Wand stellen, wurden von einem bewaffneten Soldaten in Schach gehalten, während die Berichte über Funksprechgeräte an das Hauptquartier durchgegeben wurden. Unser Hinweis, daß dieses Vorgehen illegal sei, wurde beantwortet mit: „Wir sind das Gesetz". Weitere Fragen verhinderte die Drohung mit dem leicht angehobenen Gewehr. Erst als ein deutschsprachiger Offizier eintraf und über unsere Forderung nach sofortiger Rückgabe der Berichte mit dem Hauptquartier sprach, wurde ihm bestätigt, daß sie ungelesen zurückzugeben seien.

Nach diesem ersten Versuch der britischen Armee, die Veröffentlichung der Berichte zu verhindern, die ich von der „Association for legal justice" (Gesellschaft für Gerechtigkeit nach dem Gesetz) erhalten hatte, wurde ich die nächsten beiden Tagen beschattet. Vier Soldaten waren am nächsten Tag bei strömendem Regen vor dem Haus postiert, in dem ich wohnte. Ich wurde bis zu meinem Abflug viermal überprüft.

Die besondere Angst vor der Veröffentlichung dieser Materialien rührt daher, daß die britische Regierung Anfang dieses Jahres vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßbourg der Folter beschuldigt und für schuldig befunden wurde. Die britische Regierung sagte daraufhin zu, weitere Folterungen und Mißhandlungen zu unterlassen.
Die britische Armee und die Regierung wollten versuchen, eine internationale Öffentlichkeit über ihr Verhalten zu verhindern.

Ich habe meinen Jahresurlaub dazu verwendet, Materialien hauptsächlich über die Situation von Jugendlichen in Belfast zu sammeln, die im Krieg aufgewachsen sind, um darüber ein Buch für junge Leute in der BRD zu schreiben. Dazu führte ich Gespräche mit Eltern, Lehrern, Jugendleitern und vielen Jugendlichen, auch aus paramilitärischen Organisationen. Ich konnte dabei auf meine Erfahrungen und Kontakte während meiner zweimonatigen Tätigkeit in der von der britischen Regierung bezahlten Stadtranderholung in Belfast während der Sommerferien 1975 zurückgreifen.

Meine Festnahme in Heathrow erfolgte nach dem „Prevention of Terrorism (temporary provisions) act 1976", einem Notstandsgesetz, nach dem man 7 Tage festgenommen werden kann, ohne daß eine Anklage erhoben werden muß. Seit 1976 dient dieses Gesetz dazu, Jugendliche und Erwachsene in diesen 7 Tagen so fertigzumachen, daß sie auch Geständnisse über Dinge unterschreiben, die sie nicht zu verantworten haben.

Von 1971 bis 1975 konnten Iren für Monate oder Jahre in Internierungslagern festgehalten werden, ohne daß ihnen ein Prozeß gemacht werden mußte. Aufgrund eines Geheimabkommens zwischen der IRA und der britischen Regierung und wegen des internationalen Drucks wurde die Internierung 1975 aufgehoben.

Als ich am 25.8.1977 am Londoner Flughafen aus Richtung Belfast ankam, wurde ich von der Paßkontrolle (Beamte des Staatsschutzes) schon erwartet und in ein Verhörzimmer zu vier Beamten gebracht, die mich fotografierten, Fingerabdrücke nahmen und mich dann in den folgenden Tagen hauptsächlich nach Personen befragten, mit denen ich zusammen war.

Insgesamt wurde ich bis zum Mittwoch, den 31.8.77, zehnmal verhört, jeweils ein bis zwei Stunden. Bereits beim zweiten Verhör am Freitagnachmittag wurde mir vom verhörenden Offizier, Dedectiv Seargent FRANCIS, mitgeteilt, daß aufgrund der bei mir gefundenen Materialien und der bisherigen Recherchen in Nordirland und der BRD kein Verdacht wegen krimineller oder terroristischer Aktivitäten gegen mich bestünde.

Das Notstandsgesetz dreht aber die Beweislast um: Ich muß beweisen, daß ich unschuldig bin. Wenn man nicht weiß, wovon man seine Unschuld beweisen soll, fällt einem das ziemlich schwer. Als Hilfe wurde mir angeboten, präzise meine „sämtlichen Bewegungen in Belfast" anzugeben und eine genaue Aufstellung der Personen, die ich getroffen habe, den Ort der Treffen und den Inhalt der Gespräche. So sei am ehesten gewährleistet, daß meine Unschuld bewiesen werden könne.
Ich verzichtete auf einen Unschuldsbeweis, erläuterte mein Interesse an der Situation der Jugendlichen in Belfast und gab keine Namen preis, da das ein Vertrauensbruch gegenüber den Gesprächspartnern gewesen wäre und sie möglicherweise Repressionen ausgesetzt worden wären.

Während der Haft durfte ich keinen Pfarrer, Anwalt oder Verwandte verständigen. Ich saß in einer Einzelzelle mit Klo. Meine Freilassung wurde mir damit erklärt, daß der Fluglotsenstreik voll auszubrechen drohe und man mir die Chance geben wollte, die letzte Maschine nach Düsseldorf zu erreichen. Ich wurde freigelassen, nicht abgeschoben, kann also jederzeit wieder nach GB oder Nordirland.
Meine Freilassung habe ich vor allem der von meiner Freundin verständigten britischen Presse zu verdanken, die sich für mich eingesetzt hat. Der Honorarkonsul in NI stellte dieselben Fragen wie die Polizei (welche Kontakte?) und belog meine Freunde zweimal, als er mitteilte, die irische Polizei habe mich am Montag bzw. Dienstag ins Flugzeug gesetzt. Das AA tröstete damit, daß ich mich entweder abgesetzt habe, um ein neues Leben zu beginnen, oder - später - von der IRA entführt worden sei. Die deutsche Botschaft wurde von meiner Festnahme nicht unterrichtet, was wahrscheinlich ein Verstoß gegen das Wiener Abkommen ist.

Wieland Giebel, Wohlfahrtstr. 100, 4630 Bochum 1
Tel.: 0234 - 77 18 07"

DIE LAGE DER TAMILISCHEN MINDERHEIT IN CEYLON (SRI LANKA)

Übersetzung aus dem Englischen

FRANKFURT 12.September — In der letzten Zeit gab es in Ceylon eine Eskalation der Gewalt und wir glauben, daß die Öffentlichkeit von den Grausamkeiten und dem Terror erfahren sollte, den die oben genannte Gemeinschaft, die Minderheit der 3,5 Millionen Tamilen, ausgesetzt ist.

Am 4.Februar 1948 erlangte Sri Lanka — vordem Ceylon genannt — seine Unabhängigkeit von den Briten. Bei der Machtübergabe schufen die Briten einen besonderen Verfassungszusatz, der der Minderheitengruppe der Tamilen Rechte garantierte. Das Regime der singalesischen Mehrheit jedoch führte die Amtsgeschäfte in einer Weise fort, die Gruppendenken und Hass schuf, was die Tamilen zum Schweigen bringen sollte. Bemerkenswert ist auch, daß der verstorbene S.W.R.D. Bandaranayaka 1956 den „Nur - Singhalesisch"-Erlaß ins Leben rief, wodurch Singhalesisch (Sinhala) zur einzigen offiziellen Landessprache wurde und alle Regierungsbeamte der

tamilischen Minderheitengruppe gezwungen wurden, Singhalesisch zu lernen, da andernfalls ihre jährliche Gehaltserhöhung gestrichen wurde.

Als die Tamilen erkannten, daß sie in ihrem eigenen Land als Bürger dritter Klasse behandelt wurden, forderten sie den Föderalismus. 1958 begannen die Singhalesen, tamilische Strassenschilder und andere Dinge,die in tamil geschrieben waren, zu zerstören. Dies führte 1958 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen und tausende von Tamilen verloren ihr Leben, Eigentum usw. Nach drei Jahren normalisierte sich die Lage und die Tamilen wagten, ohne vor Verfolgung sicher zu sein, in singhalesischen Gebieten zu leben und zu arbeiten.

Mittlerweile begannen die Föderalisten mit gewaltlosen Agitationen wie dem ‚Satyagraha-Hungerstreik' etc., die vom singhalesischen Regime gewaltsam beendet wurden. 1970 gewann Frau Srimavo Bandaranayaka die Wahlen, und ihre Regierung setzte eine neue Verfassung auf und Ceylon wurde eine Republik mit dem Namen Sri Lanka. Die neue Verfassung ~~machte den Budhismus~~
machte den Buddhismus zur einzigen Staatsreligion und singhalesisch zur einzigen offiziellen Landessprache. Zu diesem Zeitpunkt führte die Regierung das Standardisierungsprogramm mit dem Ziel ein, die wachsende Zahl der tamilischen Studenten aufzuhalten, die in alle Fakultäten der Universitäten sowie in andere höhere Bildungsanstalten eintraten. Ein tamilischer Student, der die Universität besuchen wollte, sollte 25 Punkte mehr als ein singhalesischer Student aufbringen obwohl beide ein und dieselbe Prüfung ablegten. Als diese Bestimmung in Kraft trat, verloren die intelligenten tamilischen Studenten alle Hoffnung bezüglich des Studiums und der Beschäftigung, was sie veranlasste, eine Studentenbewegung mit dem Namen ‚Tamil Student's Federation' (Föderation der tamilischen Studenten) zu gründen. Die ‚Tamil Student's Federation' organisierte Demonstrationen, in denen sie die Rassenunterschiede kritisierten, denen ihre Volksgruppe ausgesetzt war.

Der Studentenführer Satyaseela und weitere 42 Personen wurden verhaftet und vier Jahre lang ohne jegliche Gerichtsverhandlung im Gefängnis festgehalten. Sie wurden gefoltert und hinter den Gittern allen möglichen Grausamkeiten ausgesetzt. Ein Mitglied dieser Studentenorganisation weigerte sich, um der Freiheit der Tamilen willen, sich zu ergeben, obwohl er von der Polizei einen Schuß unterhalb des Knies abbekommen hatte. Er wollte die Welt durch die Opferung seines Lebens wissen lassen, wie die Tamilen behandelt werden. Statt sich in die Hände der Sicherheitspolizei zu begeben, schluckte er Zyanid. Alle tamilischen politischen Parteien mit den verschiedensten Ideologien vereinten sich zur ‚Tamil United Liberation Front' (Vereinigte Tamilische Befreiungsfront) und forderten eine separate tamilische Nation, ‚Tamil Eelam', die aus den überwiegenden tamilischen Gebieten wie die Nord- und Ostprovinzen bestehen sollte. In den Wahlen von 1977 ging die singhalesische Vereinte Nationalpartei als Sieger hervor und Herr J.R.Jayawardene übernahm die Regierungsgewalt, und die Vereinigten Tamilischen Parteien, die in den tamilischen Gebieten mit der Forderung der Trennung um Stimmen warben, gewannen fast alle Sitze, um die sie sich beworben hatten und wurde Oppositionspartei.

Noch nie in der Geschichte Ceylons hatte die tamilische Partei die Stellung der Opposition eingenommen. Dadurch fühlten sich die Singhalesen in ihrer Vorherrschaft bedroht und Mitte August 1977 begannen die Rassenausschreitungen. Bisher sind Hunderte von Tamilen getötet und vergewaltigt worden. Nach Berichten der BBC und der Stimme Amerikas werden 25 000 tamilische Flüchtlinge mit Schiffen und Flugzeugen aus den singhalesischen Gebieten mit leeren Händen in ihre „Homelands" zurückgeschickt. Mit massiver Unterstützung der von den Singhalesen geführten Ordnungsmacht wurden Häuser und Läden in tamilischen Gebieten angezündet.

Es ist höchste Zeit für die Tamilen, eine getrennte tamilische Nation, ‚Tamil Eelam' zu gründen, da die tamilische Rasse in Sri Lanka mit Füßen getreten wird, nur weil sie zufällig als Minderheit geboren ist.

Um mehr Öffentlichkeit zu schaffen und besonders den Ceylonesen hier und in Ceylon zu zeigen, daß eine breite Widerstandsbewegung in der BRD entsteht, wie sie bereits in Kanada und England existiert (6000 bei Demonstrationen in London) sind darüberhinaus Demonstrationen geplant.

Kontaktadresse: Tony Makesch, Sandweg 35
6000 Frankfurt/M; Tel. 0611/ 49 21 67

2 DEUTSCHE GENOSSEN IN HOLLAND VERHAFTET

ARNHEIM
2. August

Ein neues Stadium scheint die Zusammenarbeit der deutschen und holländischen Behörden erreicht zu haben. Zwei deutsche Genossen reisten über den Grenzübergang bei Arnheim nach Holland ein und es passierte folgendes:

Die holländischen Polizisten zogen eine Liste aus der Tasche und suchten. Plötzlich ein freudiges Erkennen und der Ausruf: „Aha, deutsche Terroristen!". Es folgten Aussteigen, Leibesvisitation und Einsperren in einer fensterlosen Zelle von ca. 8qm mit der Begründung, die Personalien müßten überprüft werden. Jeder Protest gegen diese Maßnahme wurde lapidar beantwortet mit: „ In Holland ist alles möglich", „Es handelt sich um eine Personenüberprüfung" und „Es wird nicht mehr lange dauern". Nach sechs (!) Stunden erfolgte Freilassung und Erlaubnis, nach Holland einzureisen.
Jeder Hinweis, es gäbe keinerlei Rechtsgrundlage für eine solche Festnahme, da die Polizei einen Grund dafür, der einer gewesen wäre, nicht nennen konnte, wurde achselzuckend beantwortet: „Wir können auch nichts dafür", „Wir warten auf Anweisungen aus Den Haag", „Es dauert so lange, weil das Ministerium in Den Haag mit den deutschen Stellen so lange Fernschreiben austauschen muß". usw..

Hinzuzufügen ist noch, daß nach beiden Genossen natürlich weder gefahndet noch sonstwas wird, wie ja auch die Weiterreisegenehmigung zeigte. Es gibt also schwarze Listen, die die deutschen Staatsschutzbehörden den Nachbarstaaten weiterreichen und aufgrund derer man durchsucht und stundenlang festgenommen werden kann, ohne Rechtsgrund, der wenigstens den Schein wahren könnte.

Vielleicht kümmern sich holländische Genossen mal drum, wie das Modell Deutschland auf ihr Land abzufärben beginnt?

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

2) Wir haben Fotos vom Antiatomdorf in Grohnde, wo es noch stand.

3) Bilder von Malville

4) Bilder von einer Solidaritätsdemo Frankfurter AKW-Gegner zum Tode von Vital Michalon

5) Einige Bilder von Kalkar, insbesondere vom Bauzaun

6) Fotos von einer AKW-Demo in Montalto di Castro in Italien

7) In baldiger Kürze haben wir Fotos von der Hoffmann-Gruppe

8) Ferner erhielten wir noch die Bitte, die folgende Anzeige abzudrucken:
„Für ein Buch über Chile, Argentinien und Uruguay, das hier in den USA gedruckt werden soll, suche ich Fotos aller Art. So bitte ich Leute, die in den letzten Jahren in einem dieser Länder waren und Bidler gemacht haben, mir zu schreiben. Ich hoffe, so ein paar Fotos zu bekommen, die hier noch nich veröffentlicht worden sind. Meine Adresse:
Konrad Ege
Washington Area CALC
1322 18th Street NW
Washington D.C. 2oo36
USA "

Postscheckkonto Bilderdienst: Gerd Kever, Frankfurt, Nr. 360 811 – 608
Preise: 5.- DM Porto und Versand und Grundmühe plus 1.- DM pro Bild
Sonderwünsche siehe ID 175

Immer ein offenes Ohr

Verteil' ich Flugblätter gegen's Berufsverbot,
werd' ich schon ganz zittrig.
Denn ein bucklicht Männlein sagt:
"Das alles ist rechtswidrig!"

Meine Freundin geht zur Uni hin,
tut den Marx zitieren.
Schon ist's bucklicht Männlein da,
fängt an zu notieren.

Ihre Häuser sind vom Abriß bedroht.
Die Mieter machen 'ne Wandzeitung.
Flugs kommt's bucklicht Männlein an,
sorgt für die Verbreitung.

Geh' ich in mein Stammcafé
trink Kaffee und eß Kuchen,
sitzt ein bucklicht Männlein da,
tut den Staat verfluchen.

Sprech ich von AKW's und Umweltschutz,
zitiere Fakten,
schreibt's das bucklicht Männlein auf
für ganz persönliche Akten.

Gesetzte Herren steh'n am Rand 'ner Kundgebung.
Ich schleich mich 'ran und belausch das Ganze.
Sagt doch das bucklicht Männlein mir:
"Du miese kleine Wanze!"

Mein Freund, der geht zum Staatsexamen,
sitzt da so ein Waldschrat.
Mit wem spricht das bucklicht Männlein wohl?
Na, mit dem Oberschulrat.

Geh' ich in ein Wirtshaus rein,
will ein bißchen schwätzen,
kommt das bucklicht Männlein an:
"Darf ich mich dazusetzen?"

Geh' ich hin zum Klüngelkerl,
will'n Artikel schreiben,
sagt das bucklicht Männlein mir:
"Laß das lieber bleiben!"

Tret ich für die Einheitsgewerkschaft ein,
sag: "Uns're Gegner sind die Unternehmer!"
Sagt ein bucklicht Männlein mir:
"Du Kommunist bist unvereinbar!"

Seh' ich durch mein Schlüsselloch,
blick' ich in ein Auge.
Steht das bucklicht Männlein da,
sagt: "Ich suche den Herrn Traube."

Geh' ich mal ins Kino rein,
um was zu erleben,
sitzt das bucklicht Männlein schon
auf dem Stuhl daneben.

Genossen, wenn in ferner Zeit
Ihr die Gesellschaft mal befreit,
Genossen, ach, ich bitt', ich bitt',
befreit das bucklicht Männlein mit!

(Melodie: trad. Text: Walter, Rolf, Richard. Bild: P.A. Wiber)



8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 – 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo" , „verlängerung" „adresswechsel" außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.